

## MEXICO 86



### „Wie im Kindergarten“

Deutschland hat schon vor dem Spiel gegen Dänemark das Achtelfinale erreicht. Dennoch gibt es - diesmal durch Rummenigge (Foto) - wieder aktuellen Wirbel. Spielt er - er will, oder spielt Allos? Für Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble in seinem Gastbeitrag für die WELT steht fest: Ein gesunder Rummenigge gehört ins Team. (S. 8).

**WM heute:** Die ARD überträgt von 20 Uhr an live die Begegnung Algerien - Spanien. Um 21.45 Uhr folgt Nordirland - Brasilien als Aufzeichnung. (S. 9)

**Spitzenkampf:** Die WM hat ihren ersten großen Schläger. Am 17. Juni treffen im Achtelfinale Europameister Frankreich und Weltmeister Italien aufeinander. (S. 9)

## Genscher warnt jetzt vor Einsätzen in Nicaragua

„Aufbauhelfer“ frei / Hat die Besetzung der deutschen Botschaft Folgen?

B. CONRAD / H. HECK, Bonn  
 Die Bundesregierung hat den Vereinigten Staaten für ihre Mithilfe bei der Freilassung der von den Contras in Nicaragua entführten acht deutschen „Aufbauhelfer“ gedankt. Die US-Regierung hatte erheblichen Druck auf die von ihr unterstützten anti-sandinistischen Rebellen ausgeübt. Dabei gab vermutlich die bevorstehende Abstimmung im Kongress über die weitere Hilfe an die Contras den Ausschlag.

Die vor drei Wochen Entführten waren am Dienstag um 18 Uhr Ortszeit in dem nicaraguanischen Dorf Presilitas von der Rebellenbewegung „Demokratische Kräfte Nicaragua“ (FDN) freigelassen worden. Fünfzehn Stunden später traf der von Bonn alarmierte SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Wischniewski, der in Managua als Vermittler tätig war, in Presilitas ein, um die „Aufbauhelfer“ in seine Obhut zu übernehmen. Die entscheidenden Gespräche mit Vertretern der Contras hatte der Bürochef des Bundesaußenministers, Jansen, in Honduras geführt. Genscher appellierte an alle Deut-

schen, sich künftig nicht in Gebieten aufzuhalten, in denen ein Bürgerkrieg geführt werde. Auch die Organisationen, die „Aufbau-Einsätze“ wie jene in Nicaragua leiteten, sollten sich ihrer Verantwortung bewußt sein.

Als rechtswidrigen Akt, der sich am Anfang negativ auf die Bemühungen Bonn auswirkte, habe, bezeichnete Genscher die gewaltsame Besetzung der deutschen Botschaft in Managua durch Sympathisanten der Entführten am 20. und 21. Mai. Die Frage strafrechtlicher Folgen wird

SEITE 3:  
 Weitere Berichte

noch geprüft. Nachdem geklärt ist, daß Helfer der evangelischen Organisation „Dienste in Übersee“ maßgeblich an der Besetzung der deutschen Botschaft beteiligt waren, will die Bundesregierung in Gesprächen mit der evangelischen Kirche sicherstellen, daß „Dienste in Übersee“ keine Unterstützung aus Steuergeldern mehr erhalten.

Die Freilassungsmaßnahmen sind nach Meinung von Entwicklungsmi-

nister Jürgen Warnke „durch Prestigeerwägung auf beiden Seiten des nicaraguanischen Bürgerkrieges erschwert worden“. Warnke warf der SPD vor, daß sie die Entführung der Brigadisten zum Anlaß genommen habe, in ihrem offiziellen Pressedienst Präsident Reagan zu beschimpfen. „Rau schweigt zu dieser ungesäglichen Verunglimpfung des Staatsoberhauptes unseres wichtigsten Verbündeten - er ist nicht Herr im Haus der SPD.“

Die Sicherheitsbehörden haben der Bundesregierung mitgeteilt, daß von den zwölf deutschen „Brigadisten“, von denen acht von den Contras gefangen genommen waren und vier entkommen konnten, „eine Person der DKP angehört und mindestens vier weitere dem Verfassungsschutz durch Aktivitäten der Neuen Linken bekanntgeworden sind“. Nach diesen Informationen sind seit Ende 1983 „etwa 1000 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland als sogenannte Arbeitsbrigadisten nach Nicaragua gereist“, um mit „praktischer Solidaritätsarbeit“ das sandinistische Regime zu unterstützen.

## Emnid sagt Sieg Albrechts voraus

FDP liegt bei sechs Prozent / Sieben Prozent für die Grünen / Keine rot-grüne Mehrheit

DW. Bonn  
 Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid in Niedersachsen im Zeitraum vom 3. bis 5. Juni (auf der Basis von 600 Befragten) hat folgende Ergebnisse erbracht:

1. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre?

CDU	47 %
SPD	38 %
FDP	6 %
Grüne	8 %

2. Was meinen Sie, wird Ernst Albrecht (CDU) Ministerpräsident bleiben oder wird Gerhard Schröder (SPD) neuer Ministerpräsident werden?

Albrecht	67 %
Schröder	31 %

3. Angenommen Sie könnten den Ministerpräsidenten direkt bestimmen: Für wen würden Sie sich entscheiden?

Ernst Albrecht	54 %
Gerhard Schröder	46 %

4. Könnte die SPD die absolute Mehrheit erreichen oder ist das ganz ausgeschlossen?

Möglich	20 %
Ausgeschlossen	79 %

5. Wird die FDP in den Landtag kommen oder glauben Sie das nicht?

Ja	57 %
Nein	42 %

6. Wer wird die Landtagswahl gewinnen, wer wird die meisten Stimmen bekommen: CDU und FDP gemeinsam oder SPD und Grüne gemeinsam?

CDU und FDP	61 %
SPD und Grüne	38 %

7. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

CDU/CSU	46 %
SPD	41 %
FDP	5 %
Grüne	7 %

## Osten bietet „wirksame“ Kontrollen an

Warschauer Pakt will 25 Prozent der Truppen abbauen / Vorschlag für neues „Forum“

R. ESTARRUOL, Budapest  
 Der Warschauer Pakt und die NATO sollen nach einem Vorschlag des östlichen Militärblockes ihre Truppenstärke in Europa in den kommenden ein oder zwei Jahren um jeweils 100 000 bis 150 000 Soldaten verringern. Darüber hinaus soll bis Anfang der 90er Jahre eine 25prozentige beiderseitige Truppenreduzierung - oder ein Abzug von je 500 000 Mann - erfolgen. Gleichzeitig bot das östliche Militärblock zum Schluss seines Gipfeltreffens in Budapest „wirksame“ Kontrollen zur Überwachung dieser Maßnahmen an, einschließlich „Inspektionen vor Ort“. Ein paritätisch besetztes noch zu schaffendes Kontrollorgan solle diese ad hoc ausführen.

Bei den Luftstreitkräften schlug die östliche Seite eine 25prozentige Reduzierung der Mannschaften und Ausrüstung vor, wobei die taktischen, mit Atomwaffen bestückten Flugzeuge einbezogen werden sollen. Bei schrittweiser Realisierung des Plans könnte dies bedeuten, daß in Europa in den 90er Jahren vom Atlantik bis zum Ural rund eine Million Soldaten weniger stationiert seien, verläutete aus Budapest.

Zum Unterschied zu der vergangenen Tagung im Oktober 1985 in Sofia, hat jetzt der Warschauer Pakt den von Gorbatschow im April dieses Jahres in Ost-Berlin angekündigten Abrüstungsvorschlag als eine eigene ge-

meinsame Initiative veröffentlicht. Die Vorschläge gehen weit über die feststen Kompetenzen der Wiener MBFR-Konferenz, die für die konventionellen Waffen und Truppen in Mitteleuropa zuständig ist, hinaus. Dieser Appell richtet sich an alle Länder beider Bündnisse sowie an die bündnisfreien europäischen Staaten. „Angesichts der Dringlichkeit, die militärische Konfrontation in Europa abzubauen“, schlagen die Ostblockstaaten die Schaffung eines neuen Sonderforums vor.

Als Möglichkeit böte sich für dieses Forum eine Änderung der Verhandlungsmandate der seit fast 13 Jahren andauernden Wiener MBFR-Gespräche. Aber auch eine Kompetenzerweiterung der Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen in Stockholm oder ein neu zu schaffendes Verhandlungsgremium an dem sich auch die neutralen und Blockfreien Ländern beteiligen könnten, scheint dem Warschauer Pakt zur Realisierung des Vorschlag-Paketes geeignet. Die von den Truppenreduzierungen betroffenen Einheiten sollten entlassen und die Waffen zerstört oder in neutralen Gebieten gelagert werden.

Über den weiteren Verlauf der Reduzierung bis zur vorgesehenen Null-Option der Massenvernichtungswaffen im Jahre 2000 schweigt sich das Budapest-Dokument aus.

Auch wird nichts darüber gesagt, was jenseits des Urals zu geschehen hat.

Bemerkenswert ist, daß in dem Bündel der meist alten Vorschläge die Bindung zwischen strategischer Waffen und Weltraumwaffen nicht mehr ausdrücklich hervorgehoben wird. Nichts deutet in dem Kommuniqué auf die Unstimmigkeiten zwischen der „DDR“-Delegation und den Vertretern der UdSSR an. Die „Aktivitäten renaissancekräftiger Kräfte, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland“ werden dafür pflichtgemäß erwähnt. Die Sowjetunion hat sich aber bereit erklärt, „im Falle der vollständigen Beseitigung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa“, die in der „DDR“ und CSSR stationierten operativ-taktischen Raketen zu liquidieren.

In Genf kamen unterdessen gestern amerikanische und sowjetische Abrüstungsexperten zu einer nicht angekündigten Plenarsitzung zusammen. Dabei trafen sich die Gruppen, die über strategische Waffen sowie über Mittelstrecken- und Weltraumwaffen verhandeln. Normalerweise werden solche Beratungen nur zum Beginn und zum Ende einer Sitzungsperiode einberufen. Zwischen durch wurden sie bislang nur anberaumt, wenn eine der beiden Seiten neue Vorschläge unterbreiten wollte.

## Heute will Dollinger die ASU retten

DW. Bonn/München

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will grundsätzlich an der Abgas-Sonderuntersuchung (ASU) für Autos festhalten. Heute steht er deshalb vor einer Kraftprobe mit seinen Kollegen in den Bundesländern: Bei der Verkehrsministerkonferenz in München soll geklärt werden, unter welchen Umständen die von Bayern, dem Saarland und der Hansestadt Hamburg im Alleingang für überflüssig erklärte Abgassonderuntersuchung doch noch zu retten ist. Dollingers Position: „Den Bundesländern steht nicht das Recht zu, gültige Rechtsverordnungen des Bundes direkt oder indirekt außer Kraft zu setzen.“

Es ist geboten, weil immer mehr Landesregierungen Sinn und Wirkung der am 28. Mai 1984 im Bundesrat beschlossenen Entgiftungsmaßnahme in Zweifel ziehen. Leidtragende des Bund-Länder-Streites sind vor allem die Autofahrer: Wer ohne ASU-Plakette vom bayerischen Neu-

lm ins schwäbische Ulm fährt, wo die ASU-Regelung beibehalten wird, geht das Risiko der Bußgeld-Zahlung ein.

Das Hauptargument der ASU-Gegner ist, daß die Senkung der Kohlenmonoxid- und Kohlenwasserstoffwerte bei Altfahrzeugen zu mehr Stickoxidemissionen führe. Die aber seien Hauptursache des Waldsterbens. Dollingers Gegenposition: Die ASU reduziere den Kohlenmonoxid-Ausstoß um 1,1 Millionen Tonnen und die Emission der Kohlenwasserstoffe um 60 000 Tonnen. Im Bonner Verkehrsministerium werden aber Nachbesserungen erwogen. Dazu gehört möglicherweise eine ASU-Erweiterung auf Dieselfahrzeuge. Fahrzeuge, die vor 1970 gebaut wurden, sollen von der Prüfung ausgenommen werden.

Dollingers Parteifreund, der bayerische Verkehrsminister Jaumann, will am Ausstieg aus der Sonderprüfung mit dem Argument festhalten, daß ein vereinfachtes Prüfverfahren -

Untersuchungen im Rahmen des TÜV-Turnus - dasselbe Ergebnis bringt. Zudem dürfe nicht beim Leerlauf gemessen werden, sondern unter Lastbedingungen. Die Motorregulierung bringe ohnehin nur bei den Kohlenmonoxidwerten eine nennenswerte Senkung: 23 Prozent. Am Freitag werde Bayern einen Bundesrats-Entscheidungsantrag einbringen. Neben den ASU-Aussteigern Bayern, Saarland und Hamburg ergibt sich folgendes Meinungsbild in München:

Kiel hält an ASU fest - Bußgeld: 30 Mark. Bremen: Droht mit 100-Mark-Bußgeld - säumige Fahrer sollen aber zunächst mündlich ermahnt werden. Stuttgart: „Wir sind bundestreu.“ Auch Mainz will die ASU-Plakette beibehalten. Das ist auch der Kommentar in Wiesbaden. Berlin: „Wir scheitern nicht aus.“ Hannover: Die Polizei will „stillhalten“, wenn Fahrzeuge ohne ASU-Plakette angetroffen werden. Düsseldorf: Alleingänge sind widersinnig. Ebenso der des Saarlandes.

## DER KOMMENTAR

### Eine Lehre

BERNT CONRAD

Die Entführung von acht deutschen „Aufbauhelfern“ in Nicaragua hat ein glückliches Ende gefunden. Das ist im Interesse der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu begrüßen. Doch die Affäre, die in den letzten drei Wochen viel, möglicherweise zuviel Aufmerksamkeit verursacht hat, erfordert kritische Anmerkungen.

Zunächst ist festzustellen, daß es sich bei den Entführten teilweise um gutgläubige Idealisten, teilweise aber auch um militante Aktivisten linker Observanz gehandelt hat, die der Bundesregierung höchst negativ gegenüberstehen. Das wurde gleich am Anfang deutlich, als Gesinnungsgenossen der Entführten die deutsche Botschaft in Managua „besetzten“, den Botschafter quasi gefangen hielten, Schränke und Türen aufbrachen und Akten entwendeten. Dies sollte schnell gerichtlich geahndet werden.

Daß Bonn trotzdem alles in seinen Kräften stehende getan hat, um die Entführten freizubekommen, entspringt der Für-

sorgepflicht für deutsche Staatsbürger, die in Schwierigkeiten geraten sind - unabhängig von ihrer politischen Einstellung. Umso notwendiger war der Appell Genschers an alle Betroffenen, künftig Gegendungen zu meiden, in denen ein Bürgerkrieg tobt.

Diese Aufforderung gilt allen „Aufbauhelfern“ in Nicaragua und anderswo, besonders aber ihren Auftraggebern, in erster Linie dem Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal. Es war unverantwortlich von diesem Büro, junge Menschen unter Lebensgefahr in Kriegsgebiete zu entsenden und nach eingetretene Schäden auch noch die Angehörigen der Entführten gegen die Bundesregierung aufzuheizen, weil diese angeblich nicht genug für deren Freilassung tue.

Das ist die Kehrseite einer Affäre, die hat im übrigen wieder einmal gezeigt, daß sich die Bundesrepublik Deutschland im Ernstfall auf die Unterstützung durch Washington verlassen kann.

## Wenig Aussicht auf schärfere Gesetze

DW. Bonn

Im Bundeskabinett besteht offensichtlich wenig Neigung, als Konsequenz aus den gewalttätigen Ausschreitungen der vergangenen Tage in Wackersdorf und Brokdorf das Demonstrationsstrafrecht zu ändern. Regierungssprecher Ost berichtete gestern in Bonn, Bundeskanzler Kohl halte „nichts davon, jetzt auf die Schnelle über Gesetzesänderungen zu reden“. Zuvor hatte es geheißelt, Zimmermann habe im Kabinett verlangt, die gesetzlichen Bestimmungen zu verschärfen.

## Treffen der „Solidarität“

DW. Warschau

Die Untergrundführung der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität“ hat sich nach Angaben von Friedensnobelpreisträger Lech Walsas heimlich getroffen, um über das weitere Vorgehen nach der Verhaftung ihres Führers Zbigniew Bujak zu beraten. Walsas teilte mit, er habe eine Erklärung der Untergrundführung unterschrieben, in der Bujaks „Kampf für die Rechte der Bürger und Arbeiter“ herausgestellt worden sei.

## Scharfer Wind im Blätterwald

J.B. Hamburg

Durch die deutsche Presselandschaft weht ein scharfer Wind, die Konjunktursonne strahlt nur mäßig. Ein lebhafter Export und der nur langsame Aufschwung des privaten Verbrauchs engen den Wachstums-spielraum der Verlagsbranche ein. Der Umbruch bietet aber jenen Unternehmen, die gut gerüstet in die Offensive gehen, viele Chancen, meint Peter Tamm, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag AG (Berlin).

Seite 13: Ertragsstark

## CSU-Streit um Wackersdorf

DW. München

Die Entscheidung der bayerischen Regierung über die zweite Teilerichtungs-genehmigung für Wackersdorf ist nach den Worten von Justizminister Lang offen. Erst müsse die Wirtschaft überzeugend darlegen, ob die „Wiederaufarbeitung heute und in Zukunft notwendig ist“. Diese Äußerungen Langs auf einer CSU-Veranstaltung in Regensburg stehen im Gegensatz zur Meinung von Ministerpräsident Strauß, für den „ein Rückzug nicht in Frage kommt“.

Seite 4: Zimmermanns Fazit

## Gewerkschaft will an die Börse

DW. Neuss

Die Gewerkschaften wollen sich nicht von der Bank für Gemeinwirtschaft (BKG) und dem Versicherungsunternehmen Volksfürsorge trennen. schließen einen Gang an die Börsen zur Kapitalbeschaffung aber nicht aus. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, sagte gestern in Neuss, der Verkauf der Wohnungen der Neuer Heimat sei jetzt die einzige Möglichkeit, die wirtschaftlichen Probleme des Unternehmens zu lösen.

## „Eins Plus“ nun auch in Bayern

DW. Bonn

Das ARD-Satellitenprogramm „Eins Plus“ wird nun auch in Bayern voraussichtlich schon in absehbarer Zeit zu sehen sein. Der zuständige Aufsichtsrat der Münchner Gesellschaft für Kabelkommunikation (MGK) hat gestern den vom Bayerischen Rundfunk (BR) vorgelegten Vertrag zur Einspeisung des Programms in die bayerischen Kabelnetze genehmigt. Bayern war das einzige Bundesland, das dieses Programm noch nicht genehmigt hatte.

## Chinas KP-Chef sucht in Bonn einen Verbündeten

Peking strebt Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen an

JOCHEN HEHN, Hongkong

Wirtschafts- und handelspolitische Themen stehen bei dem heute beginnenden fünftägigen Besuch des chinesischen KP-Generalsekretärs Hu Yaobang in der Bundesrepublik Deutschland im Vordergrund der Gespräche. Für die Bundesregierung dürfte es dabei von großem Interesse sein, aus erster Hand Informationen über den künftigen Kurs der chinesischen Reformpolitik zu erhalten. Bonn-Besucher Hu wird versuchen, seine Gastgeber davon zu überzeugen, daß Chinas „Politik der offenen Tür“ von Dauer ist und nicht an die Person ihres Initiators Deng Xiaoping gebunden ist.

Die Bundesrepublik ist für Peking ein Staat, mit dem seit 1972 Beziehungen gepflegt werden. Selbst historisch sind Vorbelastungen nicht auszumachen, denn nach der durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg erzwungenen Abtretung aller Kolonien - auch der in China - kamen sich Deutschland und China als gemeinsame Verlierer schon sehr früh politisch, wirtschaftlich und kulturell nä-

her. Die Bundesrepublik ist heute Chinas wichtigster wirtschaftlicher Partner innerhalb der EG. Hu Yaobang will die Bundesregierung deshalb ermuntern, mehr als bisher die Initiative für die Schaffung eines starken gemeinsamen Europa zu ergreifen. Denn Europa könnte nach Meinung Hus zu einem natürlicher Verbündeten Chinas werden, das schon heute für die UdSSR eine wirtschaftliche Herausforderung darstellt.

Bei dem Zusammentreffen mit der Bundestags-Abgeordneten wird das Gespräch Hu Yaobangs mit dem SPD-Parteivorsitzenden Brandt einen besonderen Stellenwert haben. Seit Brandts Besuch 1984 in Peking haben die Beziehungen der KP Chinas und der SPD einen Stand erreicht, wie sie sonst nur zu sozialistischen Bruderparteien gepflegt werden. Brandt ist für die Chinesen nicht nur der Parteichef, sondern auch der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, mit der China über ein gemeinsames Vorgehen im Nord-Süd-Dialog in Verbindung steht.

Umwelt - Forschung - Technik  
 Leserbrief und Personalien  
 Fernsehen  
 Wetter: Freundlicher

Seite 6  
 Seite 7  
 Seite 18  
 Seite 20



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Rückschritt in Budapest

Von Rüdiger Moniac

Die erste Bewertung des vom Warschau-Pakt-Gipfel in Budapest gemachten neuen Abrüstungsvorschlags für Europa zeigt, daß der Osten offensichtlich der Vielzahl früherer lediglich einen neuen hinzufigte, dessen Realisierbarkeit weit hinter seinem propagandistischen Effekt zurückbleibt.

Gorbatschow führt, wie es den Anschein hat, wieder die seit Jahrzehnten altbewährte Methode der sowjetischen Führung vor, mit neuen Rüstungskontrollvorschlägen neue Hoffnungen in der westlichen Öffentlichkeit zu wecken. Wenn es dann aber an die echten Verhandlungen zwischen den Fachleuten beider Lager gehen soll, zeigt sich, wie bereits in den jetzt schon seit langem laufenden Bemühungen in Wien, Genf oder Stockholm, daß die Sowjets tatsächlich doch nicht den Willen zur Abrüstung haben. Dann zeigt sich auch, daß sie die Rhetorik besser beherrschen – und das auch nur deshalb, weil ihnen die Beeinflussung des westlichen Handlungswillens, Verteidigungsbereitschaft zu erhalten, wichtiger ist als die Entlastung der eigenen Wirtschaft von den riesigen Rüstungsaufwendungen.

Gorbatschow bestätigt sich damit in der Tradition sowjetischer Beeinflussungspolitik gegenüber dem Westen. Der Ruf, der ihm bei seinem Amtsantritt vorauslief, er wolle in der Außenpolitik den neuen Weg wirklichen Ausgleichs mit dem Westen gehen, ist nach Budapest endgültig zerstoßen. An einem konkreten Punkt läßt sich die Fadscheinigkeit der angeblichen sowjetischen Abrüstungsbereitschaft regelrecht beweisen: Der Budapest Vorschlag an den Westen sieht für beide Seiten zahlenmäßig gleich große Verminderungen konventioneller Truppenstärken vor.

Dieses Prinzip, würde es verwirklicht, widerspricht der Forderung nach gleicher Sicherheit, da der Osten sehr viel mehr Soldaten unter Waffen hat als der Westen. Die ungleiche Reduzierung hatte der Osten bei den Wiener MBFR-Verhandlungen längst anerkannt. Dort hatte die östliche Seite am 20. Februar 1986 selbst angeregt, 11 500 sowjetische Soldaten sollten abgezogen werden, wenn im Gegenzug 8500 amerikanische nach USA verlegt würden. Gorbatschow muß sich in großer interner Erklärungsnot befinden, wenn er einen Vorschlag als „neu“ entriert, der hinter die alten Vorschläge zurückgeht.

## Opferfest

Von Peter M. Ranke

Die islamische Welt hat gerade den Fastenmonat Ramadan mit dem frühen Opferfest „Id el Fitr“ beendet. Kaum waren die ersten Lämmer geschlachtet und am Spieß gebraten, trafen sich an der gemeinsamen Grenze die Außenminister Syriens und Iraks zu einem ersten Versöhnungsgespräch seit Beginn des Golfkrieges vor mehr als fünf Jahren. Die Frage ist, wer opfert und wer geopfert wird.

Die beiden Minister sprachen zunächst nicht über den Golfkrieg, in dem ihre Regierungen auf verschiedenen Seiten stehen. Syrien unterstützt das Ayatollah-Regime in Iran, während Irak die arabischen Golfstaaten hinter sich weiß. Das Thema Golfkrieg und sein Ende wird wohl erst bei einem Treffen zwischen dem syrischen Präsidenten Assad und dem irakischen Staatschef Saddam Hussein näher besprochen werden. Das soll auf einer arabischen Gipfelkonferenz im Juli sein. Unbestimmt bleibt, ob es wirklich gelingen wird, Syrien aus dem Bündnis mit Iran herauszubringen.

Aber heute schon ist Teheran tief beunruhigt über einen möglichen Seitenwechsel Syriens und hat seinen Vize-Außenminister Ali Bescharat nach Damaskus entsandt. Dort lobte Assad die „strategischen Beziehungen“ zu Teheran, während eine irakische Zeitung diese strategische Achse als „Allianz des Verrats“ schmälerte. Aber das muß, wie man in Nahost weiß, kein Hindernis für einen politischen Handel sein.

Irak hat gerade in Paris neue Waffenlieferungen für 3,5 Milliarden Franc beantragt, kann aber nicht mehr zahlen. Rohöl hat als Tauschobjekt seinen Wert verloren. Auch die Saudis springen nicht mehr in die Bresche. Syrien kann seine laufenden Finanzverpflichtungen nicht mehr erfüllen. So scheint es, daß der Golfkrieg zum Erliegen kommt, weil die Kriegsanstrengungen nicht mehr finanzierbar sind.

Genau an diesem Punkt haben die Vermittler, Jordaniens König Hussein und der saudische Kronprinz Abdullah, angesetzt, um eine Aussöhnung zwischen Bagdad und Damaskus zu arrangieren. Die Saudis scheinen bereit zu sein, Syrien eine „Ablösung“ zu zahlen. Das Treffen an der Grenze kann daher der erste Schritt zum Ende des Golfkrieges sein.

## Eulen nach Athen

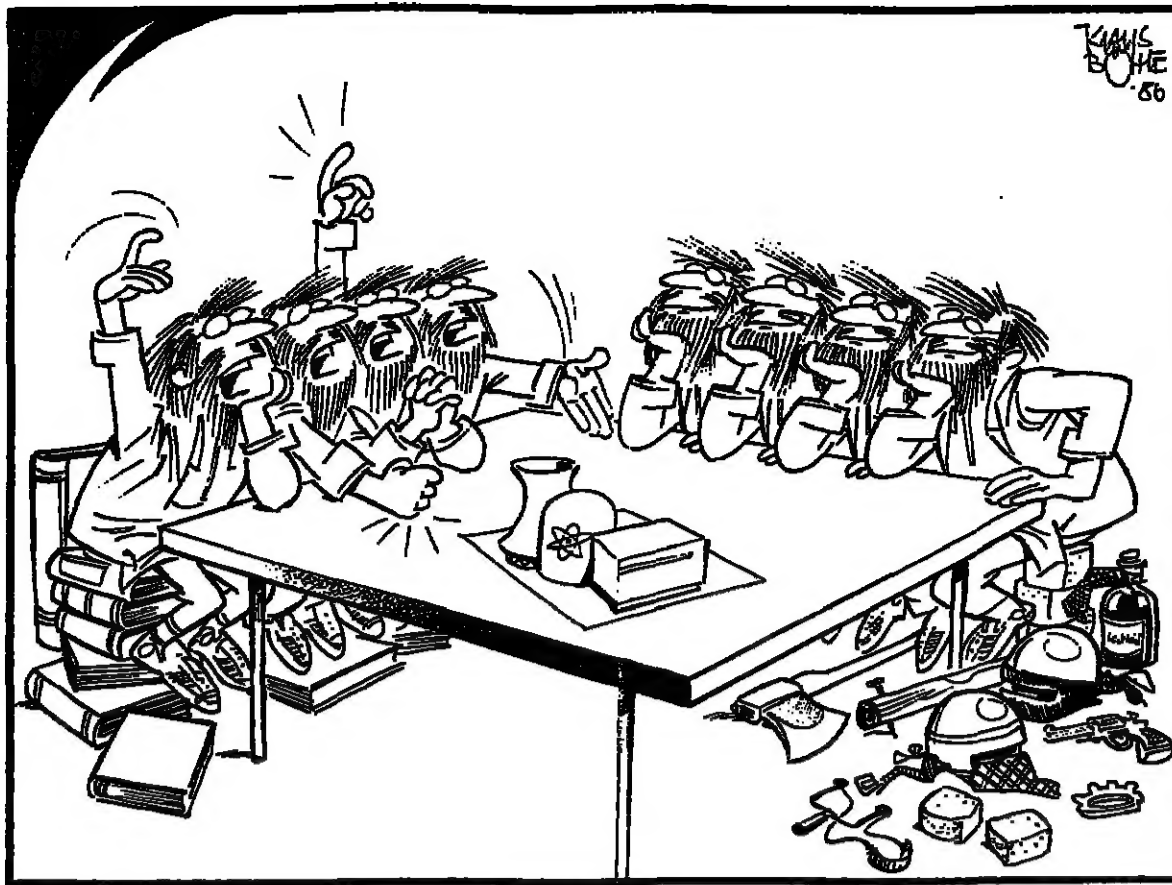
Von Hans-Jürgen Mahnke

Die Europäische Gemeinschaft mutet nicht nur den Steuerzahlern, sondern der ganzen Welt immer mehr zu. Butter für die Käiber – als dieser Vorschlag vor Monaten gemacht wurde, gab es noch einen Sturm der Entrüstung; in der vergangenen Woche wurde das aber dann doch beschlossen. Und nun der neueste Streich: EG-Rindfleisch für Lateinamerika. Vor kurzem schien das noch unvorstellbar. Jetzt sollen rund hunderttausend Tonnen nach Brasilien verkauft werden.

Dabei ist der südamerikanische Subkontinent für die Rinderzucht prädestiniert – große Flächen, günstiges Klima, dort muß den Tieren für den Winter kein Dach über den Kopf gebaut werden. Trotzdem läuft das Geschäft – dank gewaltiger Subventionen. Bei jedem Kilo, für das die Brasilianer (wie zuvor die Sowjets und die Rumänen) 1,30 Mark zahlen, muß der europäische Steuerzahler mehr als sieben Mark zuschießen. Denn für rund 8,50 Mark wurde es von den Erzeugern aufgekauft. Allein dieses signalisiert, in welcher Sackgasse die Agrarpolitik steckt, wie gewaltig die Fehlentwicklungen waren.

Als die EG 1957 gegründet wurde, gehörte Südamerika zu den traditionellen Lieferanten der Europäer. Nicht nur diese Einfuhren gibt es bis auf einen kleinen Rest für hochwertige Ware praktisch nicht mehr, weil die EG-Produktion aufgrund hoher garantierter Preise immer weiter ausgedehnt wurde. Sondern die EG hat, um mit den Überschüssen fertig zu werden, mit stark gedrückten Preisen den anderen auch Märkte abgejagt. Und jetzt werden die Handelsströme sogar umgekehrt.

Dieses hat schmerzliche Konsequenzen, ganz abgesehen von den Kosten. Die Absatzmöglichkeiten der Industrie werden eingeschränkt. Und die Vorbehalte der Entwicklungsländer gegen eine neue Liberalisierungsrunde im Welthandel, die auch von der Bundesregierung so heiß favorisiert wird, werden geschürt. Und warum das alles? Weil man nicht weiß, was mit den gewaltigen Überschüssen geschehen soll.



Arbeitsteilung

KLAUS BOHLE

## Rau – ein Grünling?

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Niedersachsen-Wahl am Sonntag kann die Bundestagswahl nicht um sieben Monate vorgehen. Man kann aber von einer Problem-Wahl sprechen. Die SPD testet das Rau-Konzept, die CDU das Kohl-Konzept.

Das geschieht unter den Bedingungen der Konkurrenz-Demokratie. Deren Ideal ist: Starke Regierung und starke Opposition. Eine starke Bundestagsopposition setzt eine schwache außerparlamentarische Opposition voraus. Es scheint, als kehre dieser Normalzustand langsam wieder zurück. Vergleich man den „heißen Herbst“ 1983 mit den Demonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf, so zeigt sich, daß nicht einmal Tschernobyl ausreichte, um die außerparlamentarische Bewegung so vehement zu mobilisieren.

Um so mehr rücken die Flugsand-Wähler ins Blickfeld. Deren Anteil nimmt in dem Maße zu, wie die Bindung der Stammwähler an die Volksparteien abnimmt. Die wenigsten Wechselwähler entscheiden sich aus politischen Kalkülen. Immer mehr bestimmt die Minderheit jener Umwandler die Wahlen, die sich vom Fernsehduell-Wahlkampf beeinflussen lassen. Die Spitzenkandidaten zeigen sich gefahren lächelnd die Zähne – eine Abart der Werbepolitik: Sag mal „Cheese“! So dieser Tage auch in Niedersachsen.

Ernst Albrecht ist nicht Helmut Kohl, aber er ist ein gestandener Ministerpräsident, wie Kohl mittlerweile ein gestandener Kanzler. Beide haben das gleiche Wahlkampfkonzept: Erfolge ihrer jeweiligen Regierung plus wirtschaftlicher Aufschwung ergibt Optimismus, und Optimismus gewinnt die Wahl.

Gerhard Schröder ist nicht Johannes Rau. Die bundespolitische Zuspitzung „Hoffnungsträger Rau fordert Wende-Kanzler Kohl heraus“ läßt sich nicht auf Niedersachsen übertragen. Schröder ist eher ein machtiuster Politiker als ein Hoffnungsträger, und Albrecht hat in Hannover nicht sich selbst zu wenden. Dennoch haben Schröder und Rau dasselbe Wahlkampfkonzept: Vorgeblicher Durchbruch zur absoluten Mehrheit; verbale Absage an die Adresse



Politisches Selbstmordprogramm? Rau, Schröder FOTO: SVEN SIMON

der Grünen, um möglichst viele Sympathisanten der außerparlamentarischen Bewegung einzufangen; Schwerpunkt bleibt aber wie eh und je der „Kampf um die Mitte“, weil nur wechselnde Randwähler der Union (gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, Landwirte, Frauen) den Wahlsieg bringen könnten.

Die SPD baut Rau als „besseren Menschen“, als Verkörperung eines „neuen Zeitgeistes“ auf. „Bruder Johannes“ als einmaliger, als unverwechselbarer Heilsbringer? Irrtum. Das Ganze ist eine Neuaufgabe des siegreichen Wahlkampfes von Willy Brandt im dramatischen Jahr 1972.

Brandt selbst nannte es damals „Compassion“. Dieses Wort weist, daß nicht er das Original dieser Art Wahlkampf war, sondern Kennedy. Rau entpuppt sich als Abglanz Brandts, der seinerseits ein Kennedy-Abglanz war.

Doch 1988/87 ist nicht 1972. Rainer Barzel Versuch, Kanzler Brandt im Bundestag zu stürzen, hatte eine derartig atemberaubende Polarisierung erzeugt, daß Brandt mit einem versöhnlichen Bergpredigt-Wahlkampf (sein „Compassion“-Spruch: „Habt Mut zu dieser Art Mitleid. Habt Mut zur Barmherzigkeit. Habt Mut zum Nächsten“) den größten Wahlsieg der SPD im Bund erringen konnte. Aber zur absoluten Mehrheit hat es nicht einmal unter so unwider-

bringlichen Umständen gereicht. Im Jahr 1986 ist die SPD mit wahlkämpferischer Hilfe des DGB dabei, künstlich jene innenpolitische Polarisierung zu inszenieren, die 1972 tatsächlich entstanden war. Wie damals Brandt soll Rau (sein Slogan: „Versöhnen statt spalten“) als der gute Mensch und Staatsmann erscheinen, der unserem angeblich heillos zerrissenen Land den inneren Frieden schenkt.

Rau möchte die „Willy wählen“-Wahl von 1972 wiederholen. Kann er das? Er hofft es, weil ihm im Mai 1985 in Nordrhein-Westfalen die Überraschungssieg mit absoluter Mehrheit gelang.

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Brandt und Rau siegen aus der Position des Regierungschefs. Im Januar will Rau aber als Kandidat der Oppositionspartei siegen, und zwar mit absoluter Mehrheit. Das hat bisher nur einer geschafft – Lafontaine im Saarland. Mithin stellt sich Rau die Aufgabe, eine bundesweite Lafontaine-Wahl zu stemmen. „Bruder Johannes“ ein Lafontaine?

Zieht man das Fazit, so steht unter dem Strich: 1. Wenn Brandt unter den Umständen des Jahres 1972 die absolute Mehrheit nicht erreichte, dann ist es in höchstem Maße unwahrscheinlich, daß Rau sie 1987 holen kann. 2. Folglich wäre ein Kanzler Rau allenfalls als Profitur der mehrheitsbeschaffenden Grünen denkbar. Schröder mag sich in der Provinz über die Skrupel, von den Grünen abhängig zu sein, hinwegsetzen, obschon Börsenbessische Erfahrungen schrecken. Ein Kanzler Rau jedoch müßte als „Grünling“ – wie auch jeder Auswechselkandidat der SPD – gegen die USA (Abrüstungspolitik), gegen die NATO (Sicherheitspolitik) und obendrein gegen die „kapitalistische“ Wirtschaft (Ausstieg aus der Industrie-Gesellschaft) antreten. Das wäre ein politisches Selbstmordprogramm.

Erinnern wir uns des erfahrenen Kärners der Sozialdemokraten. Herbert Wehner sagte: „Wenn die SPD in Bonn die Macht verliert, wird sie fünfzehn Jahre brauchen, um sie zurückzugewinnen.“ Es sind erst vier Jahre um.

## SALT und die europäische Bequemlichkeit

Warum Ronald Reagan Druck auf die Sowjets ausübt / Von Herbert Kremp

Der amerikanische Präsident hat die weitere Beachtung der Rüstungsbegrenzung (SALT I und SALT II) an das Wohlverhalten der Sowjetunion gegenüber den beiden Abkommen gebunden. Die vom Kongreß nicht ratifizierte SALT-II-Verabbarung der Carter-Zeit (1979) hielt Ronald Reagan bisher peinlich ein, obwohl die Sowjetunion den Kern der Abmachung, einen annehmenden Gleichstand der Raketenrüstung anzustreben, nicht beachtet. Sie rüstete und rüstet darauf los, quantitativ und was viel wichtiger ist, qualitativ. Der Raketenstyp SS 25, der bereits bei der Truppe eingeführt wurde, bedeutet angesichts seiner Leistungsfähigkeit eine Sprengung von SALT II – er weist in die Richtung einer Politik der Überlegenheit. Sowjetische Überlegenheit hat aus der Natur des Systems heraus den Charakter potentieller politischer Erpressung. Die technische Qualität der Waffen ist dabei nicht exakt bestimmbar. Es kann sein, daß sie zur Hälfte nicht besser sind als Tschernobyl.

Die Ankündigung Ronald Reagans, SALT II für hinfällig zu erklären, fällt den Sowjets bis Ende des Jahres nicht auf den qualitativen Sinn der vereinbarten Rüstungsbegrenzung besinnen, entspricht den politischen Proportionen der beiden Weltmächte. Während die offene Gesellschaft der USA sozusagen täglich die Offenlegung des Rüstungsstandes einfordert, nutzt die geschlossene Gesellschaft der Sowjetunion die Chance, beispielsweise durch die innenpolitisch nicht kritisierbare Verschleierung von Raketenstest-Daten, „Sprünge der Überlegenheit“ (Weinberger) zu veranstalten.

Dem Verbündeten Bundesrepublik kann das nicht gleichgültig sein, weil Verschiebungen der militärischen Proportionen zwischen den Weltmächten die Sicherheit in Europa in Frage stellen. Die früheren Bundeskanzler haben dieses Problem in den Begriff des „Gleichgewichts“ gekleidet. In Wirklichkeit meinten sie: jedenfalls Helmut Schmidt – die waffentechnische (also nicht unbedingt die quantitative) Überlegenheit, deren offene Systeme bedürfen, um gegenüber geschlossenen und überdies ideologisch ausgerichteten den Frie-

den erhalten zu können. Die Amerikaner haben das Moment ihrer technologischen Leistungsfähigkeit bei der Diskussion über die Einhaltung von SALT II ins Spiel gebracht, um das Genfer Mächtegespräch über Rüstungsbegrenzung voranzutreiben. Sie wissen, daß auf die Sowjetunion Druck ausgeübt werden muß, um etwas zu erreichen. Dieser klassischen Methode bedient sich der Präsident auch im Falle der Raketenabwehr (SDI).

Man legt den Formelkompromiß des ABM-Vertrages (er verbietet im Tenor auf beiden Seiten den Aufbau eines umfassenden Verteidigungssystems gegen Raketen) vernünftigerweise im Sinne der eigenen Interessen weit aus, um der strategischen Idee, die gegenseitige Abschreckung mit der Zeit von der Offensivandrohung auf Defensiv-Kapazitäten umzustellen, sachdienlichen Nachdruck zu verleihen. Erfolge auf diesen Gebieten können sich einstellen, wenn die Amerikaner in der Lage sind, mit Unterstützung ihrer Verbündeten den Druck lange genug auf die Sowjetunion auszuüben. Die östliche Macht,

daran gilt es immer wieder zu erinnern, ist nur deshalb an den Genfer Verhandlungstisch zurückgekehrt, weil sich dort eine gewisse, sei es auch nur propagandistische, Möglichkeit bietet, die USA von ihren SDI-Plänen abzubringen.

Für den nichtmerken Beobachter steht fest, daß den Verbündeten der Weltmächte nichts anderes übrig bleibt, als die Verfahrensakt ihrer Führungsstaaten zu unterstützen. In Ostmitteleuropa gibt es darüber keine Diskussion, wenigstens nicht im Wesentlichen. Das gewisse Straußen Honeckers oder Ceausescus gegen die Nachrüstung der Sowjets (Stationierung von Kurzstreckensystemen als Antwort auf die Pershing 2) wird in Teilen Westeuropas überbewertet. Die Unterstützung der amerikanischen Konferenz-Taktik Erzielung von Ergebnissen durch Verhandlungsdruck – wäre für die Bundesrepublik ein Gebot der Vernunft. Die freie und von politischen Erpressungen verschonte Lebensverfassung Westeuropas ist das Ergebnis der sowjetischen Vermutung, daß die USA entschlossen und

## IM GESPRÄCH Otto Seidl

### Der Neue im 1. Senat

Von Henning Frank

Als er vor acht Jahren als Richter an den Bundesgerichtshof in Karlsruhe berufen wurde, schien dies die letzte Station seiner Justizlaufbahn zu sein. Bis vor wenigen Wochen hat Otto Seidl wohl selbst nicht damit gerechnet, daß er vor seiner 1986 ins Haus stehenden Pensionierung aus dem ehemaligen großherzoglichen Palais, dem heutigen Sitz des obersten Bundesgerichts für die ordentliche Gerichtsbarkeit, ausziehen würde. Doch als die bayerische Staatsregierung ihn als Nachfolger für seinen Anfang April verstorbenen Landsmann Franz Niedermair im Bundesverfassungsgericht vorschlug, fühlte sich der „preussische“ Altbayer in die Pflicht genommen.

Es ist nicht das erste Mal, daß der Einserjurist (er errang in der Assessorprüfung den 9. Platz unter 200 Examenkandidaten) damit dem von ihm über alles geliebten Zivilrecht untreu werden muß. Als Otto Seidl nach einer typischen Münchner Justizkarriere 1970 schließlich im Oberlandesgericht der bayerischen Landeshauptstadt landete, „borgte“ sich der Verfassungsgerichtshof des Freistaates den OLG-Richter aus. Und der Münchner Handwerkssohn, der mit seiner fast spröde wirkenden Erscheinung Art so gar nicht der landläufigen Vorstellung von einem bayerischen Einserjuristen entspricht, enttäuschte die in ihm gesetzten hohen Erwartungen nicht. Sein ebenso bedächtiges wie abwägendes Vorgehen wurde von dem Generalsekretär des bayerischen Verfassungsorgans so geschätzt, daß Seidl schon wenige Jahre später selbst als berufsrichterliches Mitglied in den Gerichtshof berufen wurde.

Doch die 1978 mit der Wahl zum Richter am Bundesgerichtshof im Aussicht gestellte Rückkehr zum Zivilrecht ließ Seidl keinen Augenblick zögern, dieses Angebot anzunehmen. Daß er zunächst in Karlsruhe dem Familienrechtssatz zugeteilt wurde, erweckte bei dem mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen nach Baden verplanten Juristen – die altbayerische Liberalität, zu der er sich vorbehaltlos bekennt, birgt seiner Meinung nach viel Bewahrendes – Erinnerungen an seine erste juristische Arbeit, mit der er schon als Student Aufmerksamkeit erregt hatte. Zusammen mit einem Kommilitonen war er bei der Lösung der traditionellen Preis-



Die Preisfrage wurde zur Doktorarbeit: Neuer Verfassungsrichter Seidl FOTO: DEWAT

frage der juristischen Fakultät der Universität München zum Sieger erklärt worden. Daß er seine ausgezeichnete Arbeit über die „elterliche Gewalt im Zeichen der Gleichberechtigung“ später zu seiner Doktorarbeit „ausbaute“, zeigt, daß er gar nicht so unpraktisch ist, wie man es so gern einem Einserjuristen unterstellt.

Mit der elterlichen Gewalt mußte sich Otto Seidl übrigens auch als Mitglied des Handelsrechtssatzes des BGH, dessen Vorsitzender er eigentlich werden sollte, beschäftigen. Allerdings in einem ganz anderen Zusammenhang. Mit seinen Senatskollegen entschied er, daß die Eltern ihre minderjährigen Kinder bei der Durchführung eines ererbten Handelsgeschäfts finanziell unbegrenzt verpflichten können. Daß dieses Urteil wenige Wochen vor seiner Wahl zum Bundesverfassungsrichter von seinen künftigen Kollegen des 1. Senats des Karlsruher Zweiggerichts für verfassungswidrig erklärt wurde, schmerzt Otto Seidl noch heute. Nun kommt er selbst in diesen Senat, in der letzten Zeit durch einige Entscheidungen wie den Brokdorf-Beschluß Aufsehen erregt hat und der einen bedächtigen, abwägenden Richter sehr gut brauchen kann.

Ganz braucht sich Otto Seidl, der keiner Partei angehört, nicht vom Zivilrecht zu verabschieden. Im „Grundrechtssatz“ des Bundesverfassungsgerichts zeichnet er künftig für den Eigentumsartikel des Grundgesetzes (Artikel 14) verantwortlich.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### HEILBRONNER STIMME

Sie schreibt zum Beispiel des DJV-Verbands (Deutscher Journalisten-Verband) betriebs:

Hier geht es auch um das Ansehen einer Berufsgruppe, zu deren Hauptanliegen es gehören muß, kritisch über der Wahrung der demokratischen Grundregeln in dieser Gesellschaft zu wachen. Genau hier aber haben die Delegierten und der Vorstand in dem Drang – oder unter so wohl selbstgeschaffenen wie von außen hereingetragenen ideologischen Druck – sich auf Biegen und Brechen auch gegen den Mitgliedervillen mit der Mediengewerkschaft in der IG Druck zu vernehmen, ein schittimes Beispiel gegeben.

### SUD-OUEST

Die in Bordeaux erscheinende Zeitung kommentiert das spanisch-französische Finanzkonflikt:

Die EG wählt sich für ihre (Wirtschafts-)Kriege im allgemeinen ferne und konkurrierende Gegner wie die USA und Japan. Dieses Mal findet der Konflikt unter Mitgliedern innerhalb der erst kürzlich erweiterten Grenzen statt. Seltsames Europa... Die Spanier müssen wissen, daß der Aufbau Europas – Entwurf für ein politisches Europa – nicht ohne Zuhilfenahme und, manchmal aller, Konzeptionen abging. Es sieht alle-

dings so aus, als ob der Handstreich der baskischen Fischer... auch darauf abzielt, wenige Wochen vor den Parlamentswahlen die Regierung in Madrid unter Druck zu setzen.

### BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie schreibt zum Generalsekretär-Beitrag in Genf:

Allerdings hat Genscher mit Recht betont, daß es nicht nur um Teilungen gehen kann, sondern daß ein umfassender Verzicht auf diese Schreckenswaffen erreicht werden muß. Es würde sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR wenig nützen, zu einer formell „C-waffenfreien Zone“ zu gehören, solange diese Zone von außen mit solchen Waffen bedroht werden kann.

### THE TIMES

Der Bericht der Unternehmungskonferenz über die Explosion der Raumfähre „Challenger“ schreibt das Londoner Blatt:

Die NASA hat ein Vergabesystem, das den Wettbewerb zugunsten von Verträgen mit Alleinlieferanten ausschließt. Damit ersetzt das Ermessen von Beamten die technische Qualität, die sich in einem Wettbewerbsmarkt bewähren muß. Eines der Ergebnisse eines solchen Vorgehens ist, daß abweichende Meinungen in Bezug auf Neuerungen, der Lebensquell jeder Technik, nicht erwünscht sind.

in der Lage sind, die Westseite des alten Kontinents mit überlegener Macht zu schützen.

Unter dem Schirm dieser Drohung leben die Europäer angenehm. Sie können es sich sogar leisten, unter solchem Schutz und Schirm die Politik der USA, die Taktik ihrer Konferenzstrategie, zu kritisieren. Die Verhandlungsposition Washingtons wird dadurch zwar nicht verbessert, aber auch nicht verändert. Denn jede Weltmacht (das ist auch bei der Sowjetunion so) entscheidet in wirklich wichtigen Fragen unilateral.

Außenminister Genscher hat in Genf die amerikanische Entscheidung, SALT II und die Auslegung des ABM-Vertrages vom sowjetischen Verhalten abhängig zu machen, kritisiert. Er sprach für die Bundesregierung, also für den Kanzler. Wie die meisten seiner Reden erweckt auch diese den Eindruck, daß Genscher die Außenpolitik dazu benutzt, um innenpolitisch „Akzeptanz“ zu gewinnen. Es ist barmherzig zu erkennen, daß man in Washington und Moskau weiß, was man von derlei Durchsichtigkeit zu halten hat.



# In Wien werden jetzt die Karten neu gemischt

Waldheim siegt, Sinowatz geht, Vranitzky kommt - und die Probleme bleiben. Probleme, die die regierende SPÖ mit sich selbst hat, Probleme, die Österreich vor allem mit seiner Wirtschaft hat. Vor diesem düsteren Hintergrund taucht am Wiener Horizont wieder das Stichwort Große Koalition auf.

Von CARL G. STRÖHM

Das hatte Kurt Waldheim sicher nicht geglaubt: daß seine Wahl zum Bundespräsidenten die Regierung erschüttern und eine schwere Identitätskrise der Sozialisten auslösen würde. Sie hatte sich bereits vor dem Wahlsieg angekündigt. Aus den Ländern, etwa aus Salzburg, Tirol, Kärnten und Steiermark, drangen verzweifelte Proteste und Warnungen der dortigen Funktionäre: der in Wien unternommene Versuch, Waldheim als „Kriegsverbrecher“ und „Nazi“ aus dem Felde zu schlagen, hatte unter den Wählern und Mitgliedern der Sozialisten schwere Verstimnungen und Widerstand ausgelöst.

Die SPÖ geriet mit ihrer Wahlkampfstrategie, bei der sie - zumindest in der Anfangsphase - die publizistischen Angriffe des Auslands gegen Waldheim genüsslich für sich auszunutzen - in Gefahr, aus dem patriotischen Grundkonsens der Österreicher auszustiegen. Die Wiener Parteiführung hat hier offenbar zu sehr auf die Linksmittel der Partei und auf das Ausland und zu wenig auf die solide Basis in den eigenen Reihen geachtet.

Das Sinowatz-Konzept einer kleinen Koalition, das von Bruno Kreisky vor dessen Ausstieg aus der aktiven Politik 1983 noch eingefädelt worden war, bestand in der Forcierung einer Zusammenarbeit mit der kleinen Freiheitlichen Partei (die in manchen, aber keineswegs jeder Hinsicht ein Pendant zur FDP der Bundesrepublik darstellt). Dieses Konzept - die verlorene absolute Mehrheit der Sozialisten durch die FPÖ-Stimmen auszugleichen - war auch unter den Sozialisten keineswegs unumstritten. Solange sich unter Sinowatz als Kanzler und dem FPÖ-Vorstandenden Norbert Steger als Vizekanzler die Sache halbwegs anließ, schwenkten die sozialistischen Kräfte. Dann aber brachen innerhalb der FPÖ schwere Konflikte zwischen einem „sozial-

stenfreundlichen“ Regierungsfüßler unter Steger und eher nationalen, rechtsstehenden Gruppierungen in den Ländern, besonders in Kärnten, auf.

Vor allem konnten die Freiheitlichen durch Beteiligung an der sozialistisch geführten Regierung keinen Stimmengewinn für sich verbuchen. Kreiskys seitherzeitige Rechnung, die FPÖ könne als bürgerliche Interessenvertretung Stimmen von der Volkspartei abziehen, verwandelte sich ins Gegenteil. Die enttäuschten mittelständischen Wähler kehrten der FPÖ scharenweise den Rücken. Die beschränkte Handlungsfähigkeit der Freiheitlichen, die von einer Krise und einer Intrige zur nächsten taumelten, stellte auch die Wiener Regierungskoalition in Frage.

Mit besonderem Zorn reagierte der Kärntner Landeshauptmann (Ministerpräsident) Leopold Wagner - einer der einflussreichsten Sozialisten. Er drohte kurz vor der Wahl der FPÖ mit der Aufkündigung der Koalition, falls die FPÖ-Wähler beim zweiten Wahlgang zum Bundespräsidenten wieder, wie bereits am 4. Mai, vorwiegend für Waldheim stimmen sollten. Das war indirekt auch eine Attacke auf Sinowatz. Nun - wie nicht anders zu erwarten - stimmten auch am letzten Sonntag die freiheitlichen Wähler für den bürgerlichen und nicht für den sozialistischen Kandidaten.

Die schwere Krise in der verstaatlichten Industrie Österreichs und die Probleme des Haushalts (Staatsverschuldung) führten auch zu einem Einbruch in die traditionellen Wählerkreise der SPÖ. Die Industrie-Arbeiterschaft ist tief enttäuscht und verblüfft, daß sich die von den Sozialisten unter Kreisky ausgesprochenen Arbeitsplatz-Garantien (nach der in der Bundesrepublik nicht unbekannten Formel: „Lieber Schulden und fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit“) als Bumerang erwiesen haben. Der verzweifelte Versuch der SPÖ, in der letzten Phase des Wahlkampfes den sozialistischen Kandidaten Kurt Steyer mit einer Garantie der Arbeitsplätze und einer „Bürgerschaft“ für die Renten hervorzuheben zu lassen - obwohl jedermann wußte, daß weder das eine noch das andere in der Macht eines Bundespräsidenten steht - erwies sich als schwerer Fehler. Man verlor die Unterstützung der Stammwählerschaft der Sozialisten noch zusätzlich.

Innerhalb der SPÖ, vor allem auf



Krisenmanager in der Krise: Österreichs designierter Bundeskanzler Franz Vranitzky und sein resignierter Vorgänger Fred Sinowatz. FOTO: DPA

dem Gewerkschaftsfüßler, gibt es eine starke Strömung, welche von jeher und vor allem wegen der sich nun häufenden schweren Wirtschaftsprobleme (Sanierung der verstaatlichten Industrie mit möglichen Massenentlassungen und notwendigen Umsetzungen von Arbeitskräften) für eine Wiederholung der großen Koalition plädiert - also für ein, wenn auch vorübergehendes Regierungsbündnis mit der Volkspartei. Dann könnten die schwersten wirtschaftspolitischen Probleme und die unpopulärsten Maßnahmen zur Haushaltsanleihe angepackt werden, ohne daß die große Oppositionspartei ÖVP die Möglichkeit gewinne, parteipolitisch daraus Nutzen zu ziehen.

Wenn Sinowatz jetzt den Kanzlersessel für seinen bisherigen Finanzminister Franz Vranitzky freigemacht hat, so ist das ein Zeichen dafür, daß die „Groß-Koalitionäre“ innerhalb der SPÖ-Führung seit der Waldheim-Wahl weiter an Boden gewonnen haben. Vranitzky gilt als pragmatischer, tüchtiger Finanzfachmann und Banker. Er genießt auch bei der ÖVP Reputation. Sicher bedeutet seine Ernennung zum Bundeskanzler noch nicht, daß die jetzige Koalition sofort platzen muß. Aber daß gemeinsam mit Sinowatz auch Außenminister Gratz und Landwirtschaftsminister Haiden das Kabinett verlassen - womit zwei Schlüsselpositionen in der Regierung neu besetzt werden müssen - zeigt bereits, daß Kanzler Vranitzky vor der Notwendigkeit steht, die Karten ganz neu zu mischen. Die Tatsache, daß jetzt in Österreich Parteiführung und Regie-

rungsführung voneinander getrennt sind, wird dem neuen Kanzler die Aufgabe nicht gerade leichter machen.

Jenseits der Waldheim-Wahl eröffnen sich also ganz neue Perspektiven. Die seit einem Jahrhundert festgefugte und in der Arbeiterkraft verankerte SPÖ, die unter Kreisky fast anderthalb Jahrzehnte überwältigende Triumphe feiern konnte, zeigt Erosionserscheinungen - nicht nur als Folge der Verschleiß-Prozesse nach so langer Regierungsverantwortung, sondern auch als Konsequenz des sozialen Wandels, der sich in Österreich vollzogen hat.

Der SPÖ ist darüber hinaus mit den österreichischen Grünen, deren Kandidatin Freda Meissner-Blau beim ersten Präsidentschaftswahl einen Achtungserfolg erzielte, ein gefährlicher Konkurrent zu ihrer Linken entstanden. Die Volkspartei wiederum, die jahrelang von einer Niederlage in die andere taumelte und deren Funktionäre bereits den Mut verloren hatten, jemals etwas gegen die Sozialisten auszusprechen, hatte neue Zuversicht geschöpft. Auch hier erweist sich nichts als so erfolgreich wie der Erfolg.

Die österreichischen Sozialisten sind immer noch eine straff organisierte, militärisch starke Partei - im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist die SPÖ um ein Mehrfaches stärker als die SPD. Aber die gesellschaftspolitischen Fundamente, die noch auf dem legendären „Austro-Marxismus“ und der Legende vom „roten Wien“ beruhen, erscheinen plötzlich nicht mehr so unerschütterlich.

# Eine Mission mit Haken und Hindernissen

Lange tat sich nichts im Falle der entführten acht Deutschen in Nicaragua. Dann überschlugen sich in den letzten beiden Tagen die Ereignisse. Im folgenden die Entwicklung aus der Perspektive des Bonner Krisenstabes.

Von BERNT CONRAD

Gestern morgen um 8.30 Uhr deutscher Zeit (0.30 Uhr in Nicaragua) war es so weit: Vermittler Hans-Jürgen Wischniewski von der SPD konnte die acht von den Contras entführten deutschen „Aufbauhelfer“ unversehrt in Freiheit begrüßen. Als die Nachricht in Bonn eintraf, atmeten die Männer des Krisenstabes im Auswärtigen Amt zum erstenmal seit drei Wochen tief durch. Sie hatten Tag und Nacht Knochenarbeit geleistet, um die Entführten - von denen zumindest einige der Bundesregierung durchaus nicht freundlich gesonnen waren - in Sicherheit zu bringen. „Diese Zeit werde ich nicht so bald vergessen“, knurrte ein hartgesottener Diplomat.

Das entscheidende Problem für Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinen Krisenstab bestand darin, eine Lösung zu finden, die die Entführten nicht nur formell die Freilassung bescherte, sondern auch ihre Sicherheit gewährleistete. Das erwies sich als äußerst kompliziert, denn sowohl die nicaraguanische Regierung als auch die antisandinistischen Contras äußerten von vornherein den Verdacht, die jeweils andere Seite könnte die „Aufbauhelfer“ im letzten Augenblick umbringen und dann dem Gegner die Verantwortung dafür in die Schuhe schieben.

Bonn mußte also - unter Einschaltung der Amerikaner, des Genscher-Mitarbeiters Jansen, des SPD-Abgeordneten Wischniewski und des katholischen Weihbischofs Stehle - um eine Übergabe der Entführten unter optimalen Sicherheitsverhältnissen, vor allem unter Zeugen, bemüht sein. „Hätten wir zu den Contras gesagt: Laßt die Leute einfach irgendwo im Urwald laufen, dann hätte die Freilassung schon Tage vorher über die Bühne gehen können. Aber das konnten wir im Interesse der acht nicht machen“, heißt es im Krisenstab.

Übergabe-Vorschläge kamen von

den Rebellen und der Regierung in Nicaragua. Aber einer von beiden lehnte immer ab. Eine erste konkrete Lösung zeichnete sich am 5. Juni ab: Ein Hubschrauber mit Wischniewski und dem deutschen Botschafter in Managua sollte an einen von den Contras vorbestimmten Ort fliegen und dort die „Aufbauhelfer“ übernehmen. Dazu kam es jedoch nicht. Die Gründe sind in Bonn noch heute unklar.

Am Dienstag nachmittag legten die Contras dann Genschers Bürochef Jansen in Honduras einen neuen Plan vor: Wieder sollte ein Hubschrauber eingesetzt werden - diesmal an einem anderen Ort. Doch die Sandinisten erklärten dem von Bonn informierten Wischniewski: „Wir können nicht garantieren, daß die Contras nicht den Hubschrauber mitsamt den Freigelassenen abschießen.“ Also erneut Fehlanzeige.

Noch am gleichen Abend aber überstürzten sich die Ereignisse. Um 22.10 Uhr rief Jansen noch einmal in Bonn an und teilte mit: „Mein Gesprächspartner kommt soeben und sagt: Wir werden die acht Leute entweder heute (Dienstag) nachmittag um 17.00 Uhr oder morgen früh zwischen acht und zehn Uhr an einem Ort freilassen, der an der Straße zwischen Managua und Rama liegt. Dort soll Wischniewski mit einer weißen Fahne erscheinen. Dann lassen wir die Leute laufen.“

Wenige Minuten später ein neuer Anruf Jansens: „Die Contras lassen die Deutschen jetzt endgültig heute um 17.00 Uhr frei.“ Ein schneller Anruf bei Wischniewski in Managua. Der verständigte die Sandinisten, sprang in ein wartendes Auto und raste los. Inzwischen handelten die Rebellen: Um 18.00 Uhr Ortszeit gaben sie in Presilitas, einem kleinen Ort 15 Kilometer westlich von Rama, die „Aufbauhelfer“ frei.

Als Zeugen fungierten dort ansässige nicaraguanische Mitglieder der evangelischen Herrnhuter Gemeinde. Bonn hatte den Bischof von Rama kurzfristig gebeten, ebenfalls an der Übergabe teilzunehmen. Ob das geklappt hat, ist noch nicht ganz klar. Aber es scheint so zu sein. Um 0.30 Uhr Ortszeit schließlich erschien Wischniewski vor Ort und konstatierte: „Alles in Ordnung. Die Entführten sind frei und unversehrt.“

Damit war das Drama beendet. Warum die Lösung nach wochenlangem Hin und Her plötzlich so schnell kam, kann man in Bonn nur vermuten. Es liegt nahe, die bevorstehende Abstimmung im amerikanischen Kongreß über die weitere Finanzhilfe an die Contras damit in Verbindung zu bringen. Genscher jedenfalls läßt keinen Zweifel daran: „Wir sind mit der Unterstützung durch die amerikanische Regierung sehr zufrieden.“



Unter dem Bildnis Sandinos: Nicaraguas Staatschef Daniel Ortega mit Vermittler Hans-Jürgen Wischniewski in Managua. FOTO: AP

# „Managua spielte mit Wischniewski“

Von WALTER H. RUEB

Zwischen der deutschen Nicaragua-Gesellschaft mit Sitz in Bonn und hochrangigen Vertretern der antisandinistischen Opposition bestanden während des über dreiwöchigen Entführungs-dramas um acht junge Deutsche enge Kontakte. Michael Sommer, Vorsitzender der Nicaragua-Gesellschaft, sagte gegenüber der WELT: „Nach den uns vorliegenden Informationen verzögerten die Sandinisten die Verhandlungen, um die Entführungs-Affäre möglichst lange propagandistisch auszunutzen. Als der SPD-Politiker Jürgen Wischniewski in Managua eintraf und sich in die Verhandlungen einschaltete, benutzten sie selbst ihn als Spielball ihrer Verzögerungsstrategie.“

Nach Angaben von Frank Arana, dem Sprecher der oppositionellen Demokratischen Kräfte Nicaraguas (FDN), glaubten seine Leute bei der Festnahme der acht Deutschen, es handele sich um Liber, Russen, Deutsche aus der „DDR“ oder um Kubaner. Arana erklärte hinterher: „Die acht Deutschen waren bewaffnet und trugen zum Teil militärische Kleidung. Für ähnliche Fälle in der Zukunft wurde von der militärischen Führung der FDN folgende Anordnung erlassen: Westdeutsche sollen nach eingehendem Verhör sofort frei-

gelassen, Waffen beschlagnahmt werden.“

Nach Angaben von Arturo Cruz und Adolfo Calero, neben Alfonso Robelo die politischen Führer der Unidad Nicaraguense Opositorio (UNO), das Dachverbands sämtlicher Oppositionsgruppen im Ausland, beabsichtigten die Contras, die Deutschen unverzüglich wieder freizulassen. Das Eintreffen von Wischniewski habe jedoch die Situation grundlegend verändert und die Einschaltung von Auswärtigem Amt, Bundeskanzler und Bundespräsident habe zu einem der Sandinisten hochwillkommenen Medienspektakel geführt, den sie weidlich und lange ausgenutzt hätten.

Wischniewski sei als Vermittler aufgetreten, habe jedoch von Beginn seiner Aktivitäten an in Managua Partei für die Sandinisten ergriffen. Arana: „Vor allen Fernsehkameras beteuerte er seinen Einsatz für die acht Deutschen. Gespräche mit den Contras aber lehnte er ab. Ist es nicht eines Vermittlers Aufgabe, mit allen beteiligten Parteien zu sprechen?“

Nach Angaben von Arana wurde Wischniewski schließlich von seinen nicaraguanischen Freunden getäuscht und mißbraucht. „Die FDN teilte den Sandinisten die Koordinaten des Übergabortes mit, der Hubschrauber mit Wischniewski aber flog absichtlich an einen ganz anderen Ort

und entschuldigte das Mißlingen der Aktion hinterher mit schlechtem Wetter. Dabei war keine einzige Wolke am Himmel. Das Manöver sollte Managua weiter Gelegenheit geben, über die Contras zu lamentieren, die wehrlose, opferbereite Aufbauhelfer aus dem westlichen Ausland verschleppen und an den Rand des Todes bringen ... Um den Comandantes nicht ein zweites Mal Gelegenheit zu einem derartigen Manöver zu geben, wurden die acht Deutschen jetzt an einem von uns festgelegten Ort und zu einer von uns beschlossenen Zeit freigelassen. Die Drohungen der Sandinisten, im Falle einer Mißachtung ihres Ultimatus militärische Aktionen zu unternehmen, hatten auf unsere Entscheidungen keinerlei Einfluß. Auch dies war nur Propaganda und sollte in Wahrheit vertuschen, daß die Sandinisten die militärische Kontrolle über den Südosten Nicaraguas verloren haben. Uns aber gelang es, innerhalb weniger Tage mehrere tausend Mann in dem fraglichen Gebiet zu konzentrieren. Wischniewski aber wurde zum Schluß von den Comandantes fast lächerlich gemacht: Man stellte ihm zur Heimholung der Freigelassenen keinen Hubschrauber zur Verfügung. Der SPD-Politiker mußte sich auf der Straße 250 Kilometer durch unwegsames Gelände quälen. Sein Stellenwert scheint in Managua inzwischen sehr gering zu sein.“

# Kirchenschlaf gegen die Kirchenmüdigkeit

Was tut man in der Kirche? Beten, sollte man vermuten. Doch ein Pastor in Hamburg-Bramfeld lockt mit einer ganz anderen Einladung: Er bittet zum Schlaf.

Von GISELA SCHÜTTE

Tasche und die Einkaufstüten abstellen, ein bißchen hin- und herblicken auf den harten Kirchenbänken, die pfastermüden Füße ausstrecken, die Augen zu - ah, der freundliche Organist in der Hamburger Petri-Kirche, mitten in der City, wärmt sich die Finger mit den Schmeichellauten des „Wohlt temperierten Klaviers“ von Bach. Das tut gut. Ideale Bedingungen für meinen Test.

Tatsächlich, das ist entspannend. Sollte man sich öfter gönnen, diesen Kirchenschlaf. Die Orgel lullt mich ein. Ein Wechsel im Übungsprogramm allerdings schreckt mich auf: Nein, moderne Klänge beim Meditieren liegen mir nicht. Ich nehme meine Tüten und gehe. Dennoch - den Versuch hat es gelohnt. Kirchen-

schlaf tut gut. Das Rezept kann man empfehlen.

„Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf“, steht in den Psalmen. Pastor Martin Matthias Hartenstein (43) von der Simeons-Kirche in Hamburger Stadtteil Bramfeld nimmt diesen Satz als Schlüssel zur Missionierung kirchenmüder Großstädter. Er bietet den Kirchenschlaf als Heilmittel gegen Stress und Seelenpein an. Meditation auf norddeutsch und evangelisch. Nein, das ist weder ein Witz noch ein Werbegag für eine abgelegene Ortskirche.

Die Erkenntnis regelmäßiger Kirchgänger, daß der Besuch im Gotteshaus jederzeit entspannend wirkt, hat für religionsmüde Großstädter offenbar Neugierwert. Deshalb wirbt Hartenstein für seine Therapie des Ruhens oder Schlafens in der Kirche als Regeneration für gestresste Seelen. Wenn die Simeons-Kirche, ein denkmalgeschützter, stilter Bau der fünfziger Jahre, im September renoviert ist, wird das Gotteshaus jeden Nachmittag für Schläfer und Träumer geöffnet und zur Selbstbesinnung ohne Predigt und Anleitung.

Das Rezept hat der blonde Pastor

aus Radebeul bei Dresden (man hört es noch ein wenig bereits in der 800 Jahre alten Dorfkirche in Rosau am Pfäfers See ausprobiert. Die „Therapie“ besteht aus dem feierlichen Raumeindruck der Kirche, der besonderen Qualität der Ruhe im Gotteshaus und der Bereitschaft zur Selbstbesinnung. Die wiederum fördert der schlaue Pastor noch durch Musik. „Bach“, sagt er, „genauer die Violinkonzerte, sind nach wissenschaftlichen Erkenntnissen besonders zur Förderung archetypischer Gedanken geeignet.“

Vereinfacht heißt das, bei Bach'schen Geigenmelodien denkt man gern über Gott und die Welt nach. Pastor Hartenstein hat auch Psychologie studiert. Stiller, die mit unbewältigten Problemen mangel Ausdrucks-Möglichkeit immer häufiger einen Seelenberater brauchen, sollen also im Kirchenschlaf Mühe und Besinnung erfahren. Ganz ohne religiöse Zutaten. Doch der eine oder andere, so geht die kluge Rechnung, hat vielleicht Lust, auch zum Gottesdienst wiederzukommen. Die Kirchen müssen nämlich inzwischen um Mitglieder werben, seit in den nord-

deutschen Großstädten in manchen Vierteln nur noch jeder Dritte der Kirche angehört.

Die Missionsziele haben sich also von tropischen Ländern in das Quartier um die Ecke verlagert. Diese Mission vor der Haustür gilt gerade auch den jungen Leuten, die in obskure Sektanten abwandern. Wenn einer unbedingt meditieren möchte, so braucht er dafür keinen indischen Guru. Er kann das in der Kirche tun, bei Bach vom Endlosband. Die Reaktionen der Kirchenschläfer, versichert der Pastor, sind positiv.

Geschmacht hat keiner. Dabei ist die Einladung zum Schlaf wörtlich gemeint. In Bramfeld, wo sich Hartenstein seit fast vier Jahren mit drei Kollegen um die Gemeinde kümmert, findet die Einladung Gehör. „Ich bringe meinen Mann mit“, sagt eine Frau, „der ist immer so hippelich.“

Und die Pastorenkollegen? Manche warten ab, meint Hartenstein, manche sind ohnehin immer kritisch. Das scheint ihn wenig zu kümmern. Er wirkt ausgeglichen, gutgelaunt und selbstsicher. Das Rezept dafür ist einfach: Kirchenschlaf.

„Komfort ist für mich kein Luxus, sondern ein Muß. Deshalb auf meinen Geschäftsreisen nach Finnland meist FINNAIR.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Europe-City-Club-Lounge am Flughafen Frankfurt. Mit Executive-Schalter und -Lounge am Flughafen Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



Dieter Spielmann  
Geschäftsführer  
Cityform, Kronberg

NEU! Ab Helsinki jede Woche:  
1x BANGKOK-SINGAPUR  
2x TOKYO

TAGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP	
nach HELSINKI	ab HELSINKI
FRA 09.40 - 13.10	FRA 07.00 - 08.30
HAM 14.30 - 17.20	HAM 08.00 - 08.55
FRA 21.10 - 00.40	FRA 18.05 - 19.40

Flüge nach und von Finnland im Pool mit Lufthansa

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.

**FINNAIR**  
Komfort den Sie brauchen



## Der Chemie-Tarif garantiert realen Lohnzuwachs

J.G. Düsseldorf

Arbeitgeberverband und IG Chemie sind sich bei der Bewertung des neuen Tarifvertrages, der für die 680 000 Beschäftigten der deutschen Chemieindustrie nebst verwandten Branchen wie Öl- und Kautschukindustrie vereinbart wurde (WELT von 11.6.), in zwei Punkten einig: Erstens bringe die in der Phase gesamtwirtschaftlicher Preisstabilität beschlossene Tarifzulage von 4,5 Prozent für zwölf Monate den Arbeitnehmern den seit anderthalb Jahrzehnten höchsten realen Einkommenszuwachs.

Und zweitens sei jetzt nach fünf Verhandlungsjahren der Einstieg in den geplanten „Jahresvertrag“ einheitlicher Bezahlung von Arbeitern und Angestellten für gleiche Arbeit gelungen: Facharbeitern wird ab Anfang 1987 der Effektivverdienst über den bisherigen Lohn hinaus je nach Dauer der Lohngruppenzugehörigkeit mit 30 bis 80 Pfennig pro Stunde tariflich abgesichert.

Das ist der Vormarsch zum einheitlichen „Entgelttarif“, der die herkömmlichen und im Betriebsalltag längst fließenden Grenzen zwischen Arbeitern und Angestellten endgültig aufhebt. Manches Großunternehmen der Branche praktiziert ähnliches seit langem mit der Beförderung bewährter Facharbeiter zu „Ehrenangestellten“. Vorwiegend „kostenneutral“ nennt dann auch der Arbeitgeberverband den ausgetauschten Tarif. Mit Rücksicht auf etliche Chemie-Mittelständler, bei denen es zum Anstieg

**Sind Sie sicher, daß Ihnen keine Berufs-Chance entgeht?**

Informieren Sie sich jeden Samstag im großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte

**DIE WELT**

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

der Facharbeiterlöhne führen dürfte, gilt dieser Teil des Tarifvertrages erst von 1987 an.

Differenzierter klingt das Urteil der Chemie-Arbeitgeber zur Tarifzulage von 4,5 Prozent. Damit liegt sich die Branche in die Mitte des großen Metall-Tarifabschlusses mit 4,4 Prozent dauerhafter Tarifzulage und 4,6 Prozent Effektivbelastung während der einjährigen Vertragszeit. Für die ersten Monate wird die Effektivbelastung mit Pauschalzahlungen abgegolten. Anders als in der Metallindustrie, wo auch Großunternehmen drastisch von „unvernünftig hohem“ Abschuß als Konsequenz des Rationalisierungs von Arbeitsplätzen sprechen, ist die Kritik aus dem Lager der Chemiefabrikanten zum neuen Abschuß verhalten.

Aber auch der Arbeitgeberverband räumt ein, daß mancher Produzent in der vier Dutzend Sparten umfassenden Chemieindustrie an dieser Lohnrunde schwer zu schlucken haben wird, beispielsweise Zulieferanten für die Bauwirtschaft oder den gleichfalls konjunkturlahmenden Schiffbau. Im übrigen werde erst das Resultat der erhofften Wiederbelebung des Chemiegeschäfts über Vernunft oder Unvernunft in dieser Tarifrunde entscheiden: Der neue Chemie-Tarif muß sich also erst bewähren. Vornehmlich mit Kunden-Spekulation auf weitere Produktverfügung aus dem Ölpreisverfall erklären die Chemiefirmen den im ersten Quartal 1986 nach dreijährigem Höhenflug nun zweiprozentigen Produktionsrückgang. Einstweilen rechnen sie damit, daß die da aufgestaute Nachfrage im Rest des Jahres zur Produktionserholung führt.

## „Grundlagen-Vertrag nicht interpretieren“

AP, Bonn

Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), hat die Kommunen zu einem Verzicht auf politische Grundsatzverhandlungen bei deutsch-deutschen Städtepartnerschaften aufgefordert. Windelen sagte gestern in Bonn vor Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, Bekenntnisse zu Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung könnten sich für die Praxis einer Partnerschaft als Hemmschuh erweisen, da sie diesseits und jenseits der Grenze unterschiedlich ausgelegt würden.

Die Bundesregierung, so Windelen, werde sich weiter bemühen, „daß die DDR möglichst vielen Städten und Gemeinden, die das seit langem wünschen, Partnerschaftsbeziehungen ermöglicht“. Für konkrete Verträge empfiehlt Windelen den Gemeinden, den Grundlagen-Vertrag und internationale Vereinbarungen nicht zu interpretieren. Bei den Vereinbarungen solle besonderes Gewicht auf „Möglichkeiten zu individuellen und gemeinschaftlichen Begegnungen der Bürger“ gelegt werden.

## Zimmermanns Fazit aus Brokdorf und Hamburg

Bericht des Innenministers vor dem Kabinett

DW, Bonn  
Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat gestern dem Bundeskabinett über die Ausschreitungen in Wackersdorf, Brokdorf und Hamburg berichtet. Zimmermann kommt darin zu dem Schluß, daß „die Einstufung der Vermummung und passiven Bewaffnung als bloße Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftatbestand aus dem Gesichtspunkt der Abschreckung völlig unzureichend ist“. Die WELT dokumentiert Zimmermanns Bericht in Auszügen.

### II. Erfahrungen

Aus den Ereignissen aus Wackersdorf, Brokdorf und Hamburg sind folgende besondere Erfahrungen zu sammeln:

- Die Anreisen von vermummten Gewalttätigen erfolgten häufig in geschlossenen Korvis; die Kfz-Kennzeichen der Busse und Personenkraftwagen waren verdeckt;
- Tatmittel wurden in die Nähe der Orte des Geschehens vorher herangeschafft, Steine als Wurfgeschosse in Lastkraftwagen mitgeführt;
- Anmaßung von Verkehrslenkungsmaßnahmen durch Demonstrations Teilnehmer auf Kräden war festzustellen.

- Es wurden Tätlichkeiten auch gegen friedliche Demonstrationsteilnehmer verübt, um den Einsatz der Polizeikräfte zu erzwingen, worauf diese dann massiv angegriffen wurden.

- Das Gewaltpotential agierte im Schutz friedlicher Demonstrationen (dabei behinderten auch Kinder die Polizeiektion). Ersttauch ist die „Solidarisierung“ beziehungsweise Tolerierung friedlicher Demonstrationsteilnehmer mit dem Gewaltpotential.

- Auch außerhalb der genannten Demonstrationen werden zunehmend Einrichtungen der Energieversorgung und damit im Zusammenhang stehende Unternehmen angegriffen und zerstört.

### III. Organisatorische Strukturen

Während der gewalttätigen Aktionen an den Pfingsttagen waren auch logistische Strukturen erkennbar. Einzelne Störgruppen standen untereinander in Funkverbindung und warnten sich rechtzeitig vor Zugriffsversuchen der Sicherheitskräfte. In zahlreichen Erddepots waren zuvor Brandstätze und Waffen versteckt worden.

Während der Ausschreitungen in Brokdorf am vergangenen Wochen-

ende teilte der illegale Sender „Radio Zebra“ den Störern die Kraftverhältnisse der Polizei mit. Die Initiative zu dieser gewalttätig verlaufenden Demonstration ging vom Landesverband der Grünen in Schleswig-Holstein aus.

### IV. Folgerungen

**1. Rechtspolitische Überlegungen**  
Die gewalttätigen Aktionen haben unsere Erfahrungen bestätigt, daß die Einstufung der Vermummung und passiven Bewaffnung als bloße Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftatbestand aus dem Gesichtspunkt der Abschreckung völlig unzureichend ist. Außerdem wiederholen wir unsere Forderung, den alten Landfriedensstatbestand wieder einzuführen. Denn wer sich bei kriminellen Handlungen – wie sie in Wackersdorf und Brokdorf geschehen sind – nicht entfernt und durch seine Anwesenheit den Gewalttätigen Schutz gewährt, macht sich mitschuldig an den Ausschreitungen. Unverhältnismäßige Bestrafungen können im Einzelfall durch Paragraph 153 StPO korrigiert werden.

**2. Prävention**  
Die auf Antrag des Bundesministers des Inneren erfolgte Entscheidung der IMK, den Meldedienst „Landfriedensbruch und verwandte Straftaten“ (besonderer Inpol-Fahndungsbestand) fortzuführen, hat sich als richtig erwiesen. Er muß allerdings konsequent angewendet werden, insbesondere sollte das Meldeverhalten der Länder verbessert werden, um daraus ein effektiveres Mittel zur Erkennung und Bekämpfung „reisender Gewalttäter“ zu machen. Im übrigen kommt es darauf an, bei den Sicherheitsbehörden anfallende Staatsschutzkenntnisse gezielter zum Erkennen der „reisenden Gewalttäter“ auszuwerten.

**3. Personelle und materielle Verstärkung der BfL und des BGS**  
Wir alle erkennen die Notwendigkeit, die brutalen Gewaltaktionen an den Bauzonen in Wackersdorf, Brokdorf und andernorts zu unterbinden. Schäden an den Anlagen, Verletzungen von Polizeibeamten und Beschädigungen an deren Ausrüstung lassen sich durch weiträumige Abspernungen sowie den Einsatz von Wasserwerfern als Distanzmittel zwar nicht ausschließen, aber einschränken. Eine personelle und materielle Verstärkung der BfL und des BGS sind dabei unerlässlich.

Zur Hinfahrt in Bussen nach Brokdorf gab es Richtlinien des „Arbeitskreises“. Bei allen außerplanmäßigen Aufenthalten sollen sich auf die Vertrauensleute, die dann sofort gemeinsam beraten, alle Leute in den Bussen sitzenbleiben. Alle sollten sich aber bereithalten, kurzfristig aussteigen zu können, um gegebenenfalls die Autobahn zu blockieren oder ähnliches... Es ist vereinbart, sich an Sperren von der Polizei in keinem Falle kontrollieren zu lassen.

Zur Hinfahrt in Bussen nach Brokdorf gab es Richtlinien des „Arbeitskreises“. Bei allen außerplanmäßigen Aufenthalten sollen sich auf die Vertrauensleute, die dann sofort gemeinsam beraten, alle Leute in den Bussen sitzenbleiben. Alle sollten sich aber bereithalten, kurzfristig aussteigen zu können, um gegebenenfalls die Autobahn zu blockieren oder ähnliches... Es ist vereinbart, sich an Sperren von der Polizei in keinem Falle kontrollieren zu lassen.

Zur Hinfahrt in Bussen nach Brokdorf gab es Richtlinien des „Arbeitskreises“. Bei allen außerplanmäßigen Aufenthalten sollen sich auf die Vertrauensleute, die dann sofort gemeinsam beraten, alle Leute in den Bussen sitzenbleiben. Alle sollten sich aber bereithalten, kurzfristig aussteigen zu können, um gegebenenfalls die Autobahn zu blockieren oder ähnliches... Es ist vereinbart, sich an Sperren von der Polizei in keinem Falle kontrollieren zu lassen.

## Baum für Staatsanwälte bei Gewalt-Demonstrationen

FDP-Politiker: Schnelle Beweissicherung vor Ort nötig

DIETHART GOOS/DW, Bonn  
Der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) hat die Länderjustizminister aufgefordert, möglichst schnell die Voraussetzungen für den Einsatz von Staatsanwälten zur Beweissicherung bei gewalttätigen Demonstrationen zu schaffen. Dies sei als Konsequenz aus den schweren Ausschreitungen vor wenigen Tagen am Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe und anschließend Krawallen in Hamburg dringend nötig.

In einem Gespräch mit der WELT empfahl der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende zugleich seinem Parteifreund Justizminister Hans Engelhard, umgehend die Länderressorts für dieses Thema an die Konferenz nach Bonn einzuladen.

Baum verwies auf einen wachsenden Unmut unter den bei Demonstrationen eingesetzten Polizeibeamten. Immer wieder müßten gewalttätige Demonstrationen bei späteren Gerichtsverfahren wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden. „Das demotiviert und verbittert die Beamten. Sie sagen, was sollen wir die Steinerwerfer greifen, wenn die später doch nicht gerichtlich belangt werden.“

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion fügte hinzu: „Es darf ja wohl nicht sein, daß die Gewalttäter sagen, wir können machen was wir wollen, uns geschieht ja doch nichts.“

### Nur wenige Festnahmen

Zugleich verwies Baum auf ein Mifverhältnis bei den schweren Ausschreitungen zu Pfingsten am Baugebiet für die atomare Wiederaufbauanlage bei Wackersdorf in der Oberpfalz. Dort sei eine große Zahl von Gewalttätigen in Erscheinung getreten, aber nur wenige seien festgenommen worden. Notwendig sei also auch das richtige taktische Konzept der Polizei, um solche Straftäter zu stellen.

Der FDP-Politiker verwies auf Untersuchungen der Polizeiführungsschule Hiltrup bei Münster. Dort seien Demonstrationen mit schweren Ausschreitungen, wie sie sich schon früher in Brokdorf, Gorleben und Wackersdorf ereigneten, analysiert worden. Daraus habe sich die Forderung der Polizeiführer ergeben, nicht nur Objekte zu sichern und Gewalttätigen

ter bei Demonstrationen abzuwehren, sondern auch festzunehmen. Baum sagte, dabei müßten Beweissicherungsmaßnahmen ausgeschlossen werden.

Bei seiner Forderung nach Einsatz von Staatsanwälten geht es Baum nicht um Schnellgerichte. „Vielmehr muß man dafür sorgen, daß die Polizisten nach erfolgter Festnahme bei den Gewalttätigen bleiben und die Beweissicherung durch einen Staatsanwalt vorgenommen wird, der vor Ort ist und am Wochenende mal nicht Tennis spielt.“

### Abschreckende Wirkung

Nach erfolgter Beweissicherung sollten die Gerichtsverfahren gegen gewalttätige Demonstrationen bald folgen. „Es muß dafür gesorgt werden, das dies zügig geschieht und nicht monatelang dauert. Denn wir brauchen notwendigerweise die abschreckende Wirkung auf potentielle Gewalttäter.“

Gleichzeitig appellierte Baum an die Verantwortung der Politiker gegenüber den Polizisten. „Wir Politiker müssen den Beamten bei ihrer schweren Arbeit helfen, indem wir die politische Diskussion über aktuelle Themen wie Kernenergie und Gewalt führen. Da haben wir eine Bringschuld.“ Keinesfalls dürfe es zu einer Solidarisierung gegen die Polizei kommen, die immer wieder von der Politik im Stich gelassen worden sei. „Die Beamten müssen oft ausbaden, was die Politiker zu verantworten haben.“

Auch Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat sich dafür ausgesprochen, gegen Gewalttäter, die das friedliche Demonstrationsrecht untergraben, „mit der Härte des Gesetzes“ vorzugehen. Er plädierte für „Staatsanwälte vor Ort“ ähnlich wie bei sportlichen Veranstaltungen. „Wir sind eine wehrhafte Demokratie und keine Bananenrepublik“, betonte Engelhard in Bonn. Es sei dringend notwendig, im Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern, zwischen Polizei und Justiz, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den reisenden Gewalttätigen mit rechtstaatlichen Mitteln das Handwerk zu legen. Engelhard hat die Justizminister der Länder gebeten, gemeinsam mit seinem Ministerium auf Abteilungsleiterbene in dieser Woche auszuloten, welche Maßnahmen im Justizbereich noch möglich sind.

## „Alle Formen des Widerstands sind notwendig“

DW, Göttingen

Die logistische und ideologische Vorbereitung der gewalttätigen Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf wird deutlich in Flugblättern, die in der vergangenen Woche in Göttingen – einem der Zentren des gewalttätigen „Widerstands“ der autonomen Kräfte in der Bundesrepublik – kursierten. Wie diesen Flugblättern zu entnehmen ist, fand das Vorbereitungstreffen der Brokdorf-Demonstranten vor einer Woche am Donnerstag in einem Hörsaal der Universität statt.

Ein Aufruf der Autonomen dokumentiert das Ziel der Gewalttäter, das auch der Hamburger Verfassungsschutz-Präsident Christian Lichte am Montag in den ARD-„Tagesshemen“ ansprach: „Die politische nacheinander Forderung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen wird (bisher, d. Red.) nicht ergänzt durch die logisch daran anschließende Forderung nach sofortiger STILLEGUNG DER HERRSCHENDEN KLASSE... An solchen Punkten (Brokdorf und Siemens-KWU, d. Red.) die Konfrontation mit dem Kapitalistenpack vorantreiben, statt dem reformistischen Gefasel der bürgerlichen Grünen aufzusitzen!“

Die „Alternative-Grüne-Initiative-Liste“ schrieb: „Solange das mörderische Atomprogramm weitergeführt wird, sind alle Formen des Widerstands gegen die Einrichtungen der Atomindustrie und des Atomstaats berechtigt und notwendig.“

Der „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ schrieb zusammen mit der Uni-Grün-Alternativen Liste und dem Kommunistischen Bund (KB), auch er ist in Göttingen stark vertreten: „In diesem Unterdrückungssystem sind alle Formen des Widerstands gegen dessen Strukturen zu dessen Beseitigung legitim und notwendig.“ (In Brokdorf) wird es selbstverständlich über eine verbale Auseinandersetzung hinausgehen. Wir begreifen die Mauer (um das Kraftwerk, d. Red.) nicht als Tabu, sondern Aktionen dagegen als einen Ausdruck praktischen Widerstands.“

Zur Hinfahrt in Bussen nach Brokdorf gab es Richtlinien des „Arbeitskreises“. Bei allen außerplanmäßigen Aufenthalten sollen sich auf die Vertrauensleute, die dann sofort gemeinsam beraten, alle Leute in den Bussen sitzenbleiben. Alle sollten sich aber bereithalten, kurzfristig aussteigen zu können, um gegebenenfalls die Autobahn zu blockieren oder ähnliches... Es ist vereinbart, sich an Sperren von der Polizei in keinem Falle kontrollieren zu lassen.

## Über „Enteignung“ zur Stilllegung der Atomanlagen

hy, Düsseldorf

Die Grünen in Nordrhein-Westfalen sehen sich auf dem Weg, mit einem Volksentscheid die Stilllegung aller Atomanlagen zu erzwingen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf, der die Regelungen des Atomgesetzes, dem alle Atomanlagen unterliegen, umgehen könne, hat zum Ziel, daß das Land „selbst Eigentümer werden und dann abschalten“ könne.

In Düsseldorf erläuterte gestern Reiner Geulen, Berliner Rechtsanwalt und Partner des ehemaligen Bundestagsabgeordneten der Grünen, Otto Schily, die Forderung nach Verfassungsschutz der Nordrhein-Westfälischen Atomanlagen und die „Überführung in das Eigentum des Landes ist der einzig gangbare und verfassungsrechtlich saubere Weg“, um den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie zu erreichen. Grundlage des Antrags ist Artikel 15 des Grundgesetzes, der diese Möglichkeit bei Entschädigung des Eigentümers vorsieht.

In Frage kommen das Kernkraftwerk Würgassen, der Thorium-Hochtemperaturreaktor (THT) in Hamm und die Urananreicherungsanlage Gronau. Der Schnelle Brüter in Karlsruhe wurde nicht in den Katalog aufgenommen, weil er nach Ansicht der von den Grünen gegründeten „Aktions Volksentscheid gegen Atomanlagen“ ohnehin nicht ans Netz gehen dürfte.

Der zuständige Innenminister Schnoor (SPD) geht davon aus, daß die formalen Voraussetzungen für den Gesetzesentwurf erfüllt seien. Die Antragsteller machten aber gestern keinen Hehl daraus, daß sie alle juristisch denkbaren Schritte ergreifen würden, falls das Kabinett Trau, das letztlich die Entscheidung trifft, ablehnt.

Noch nicht in Betracht gezogen wurde, daß nach der NRW-Verfassung Volksbegehren über „Finanzierung“ nicht zulässig sind, der Entwurf jedoch Entschädigungen bei der Enteignung vorsieht. In der „Aktion“ sind Jusos, kirchliche Gruppen, Grüne und Kinderschutzbund vertreten.

DIE WELT (US\$ 603-597) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Generalstaatsanwalt in Köln: Borelav Schmitz

In dem jetzt als Landtagsdrucksache vorliegenden Protokoll der nicht-öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses des Nordrhein-Westfälischen Landtags über das Zustandekommen des Ermittlungsverfahrens gegen den Bundeskanzler ist eine Frontstellung von Justizminister Rolf Krumsiek gegen die Bonner Staatsanwaltschaft deutlich geworden.



Justizminister Rolf Krumsiek

## Justizminister Krumsiek warf Bonner Staatsanwälte „Rechtsfehler“ vor

GÜNTHER BADING, Bonn  
Der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek hatte vor dem Rechtsausschuß des Landtags am Montag eine eigene Erklärung zum inzwischen eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler abgegeben. In der nichtöffentlichen 9. Sitzung vom 18. April wurde der Justizminister laut Ausschussprotokoll 10/237 danach gefragt, ob die Bonner Staatsanwälte – die erst nach der von ihm gebilligten Weisung des Kölner Generalstaatsanwalts Borelav Schmitz ermittelt hatten – Rechtsfehler gemacht hätten. In dem in indirekter Rede verfaßten Protokoll heißt es dazu: Minister Krumsiek habe darauf bestätigt, „daß die Staatsanwaltschaft Bonn nach seiner Meinung rechtsfehlerhaft gehandelt habe. Sie habe es im nachhinein auch hingesehen, daß sie nicht remonstriert haben. Der Rechtsfehler bestehe darin, daß die Staatsanwaltschaft den „Anfangsverdacht“ falsch ausgelegt habe; das umfangreiche Material sei von ihr nicht so umfassend gewürdigt bzw. anders bewertet worden, als das seitens des Generalstaatsanwalts geschehen sei.“ Zur Nachfrage nach dem konkreten „Rechtsfehler“ heißt es im Protokoll weiter: „Dabei gehe es um den gesamten Akteninhalt, erwidert Minister Dr. Krumsiek, und den könne er nicht zugänglich machen.“

Einen Tag nach der Ausschussitzung wurde Krumsieks Behauptung von Rechtsfehlern widerlegt. Das Amtsgericht Bonn stellte sich in dem dem Bismarck mit Aktenzeichen 50 CS 348/86 hinter die ursprüngliche Auffassung der Bonner Staatsanwälte. Es hielt fest, daß der Bundeskanzler die ehemaligen Wirtschaftsmini-

ster Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff hatte im Februar 1982 eine öffentliche Vorverurteilung bei der FDP-Politiker begonnen. In einem Schreiben vom 10. Februar 1982 an den Justizminister hatte deshalb der Leitende Oberstaatsanwalt in Bonn vorgeschlagen, den damals gegebenen Sachverhalt in einer Presseerklärung darzulegen. Wegen der öffentlichen Vorverurteilung wollte er im letzten Absatz festhalten: „Die Staatsanwaltschaft sieht sich aufgrund jüngster Vorkommnisse zu dem Hinweis veranlaßt, daß die im Rechtsstaat geltende Unschuldsvermutung auch in dieser Sache Beachtung finden muß.“ Gegen sämtliche Beschuldigten bestehe nur ein begründeter Anfangsverdacht. Dem allerdings trat der Generalstaatsanwalt mit einer Verfügung (405 E-7.80) entgegen: „Von den Ausführungen im letzten Absatz ist abzusehen.“ Diese Verfügung wurde, mit der Bitte um Mitzeichnung, auch an den damals noch Leitenden Oberstaatsanwalt und heutigen Generalstaatsanwalt Schmitz gegeben.

Der nordrhein-westfälische Justizminister bestätigte vor dem Rechtsausschuß auch, daß seine Kabinettskollegen Innenminister Schnoor und Bundesratsminister Einert zu dem Ermittlungsverfahren die Unwahrheit gesagt hätten. Minister Krumsiek laut Ausschussprotokoll: „Es treffe zu, daß Minister Dr. Schnoor und Minister Einert anläßlich einer Pressekonferenz in Bonn aufgrund ihres Informationsstandes zu der Angelegenheit Erklärungen abgegeben hätten, die nicht ganz richtig gewesen seien. Er habe mit beiden Ministern darüber gesprochen. Man habe sich darauf verständigt, die Darstellungen nicht zu berichtigen, weil die gleichzeitig abgegebene richtige Presseerklärung des Justizministers in dieser Sache ohnehin den Vorrang habe.“

Mit öffentlichen Erklärungen hatten der nordrhein-westfälische Justizminister – auch Krumsiek – und der Kölner Generalstaatsanwalt schon früher ihre Schwierigkeiten. Noch vor der Eröffnung des Verfahrens gegen die ehemaligen Wirtschaftsmini-

ster Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff hatte im Februar 1982 eine öffentliche Vorverurteilung bei der FDP-Politiker begonnen. In einem Schreiben vom 10. Februar 1982 an den Justizminister hatte deshalb der Leitende Oberstaatsanwalt in Bonn vorgeschlagen, den damals gegebenen Sachverhalt in einer Presseerklärung darzulegen. Wegen der öffentlichen Vorverurteilung wollte er im letzten Absatz festhalten: „Die Staatsanwaltschaft sieht sich aufgrund jüngster Vorkommnisse zu dem Hinweis veranlaßt, daß die im Rechtsstaat geltende Unschuldsvermutung auch in dieser Sache Beachtung finden muß.“ Gegen sämtliche Beschuldigten bestehe nur ein begründeter Anfangsverdacht. Dem allerdings trat der Generalstaatsanwalt mit einer Verfügung (405 E-7.80) entgegen: „Von den Ausführungen im letzten Absatz ist abzusehen.“ Diese Verfügung wurde, mit der Bitte um Mitzeichnung, auch an den damals noch Leitenden Oberstaatsanwalt und heutigen Generalstaatsanwalt Schmitz gegeben.

Eine Woche später erteilte der Justizminister in Düsseldorf die Weisung, daß der Hinweis auf die im Rechtsstaat geltende Unschuldsvermutung zugunsten von Graf Lambsdorff und Hans Friderichs keinesfalls in öffentliche Äußerungen der Bonner Staatsanwälte Eingang finden dürfe. Wörtlich heißt es im Schreiben mit dem Geschäftszeichen 1044 E-III B.584: „Ich bitte ferner, sicherzustellen, daß eine Äußerung wie im letzten Satz der von dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Bonn vorgesehenen Presseerklärung in jedem Falle unterbleibt.“

## SPD-Programm zur ökologischen Erneuerung

AP, Bonn

Die SPD-Fraktion im Bundestag hat ein Programm zur „ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft“ vorgelegt. Bei der Vorstellung des Programms sagte der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, Hauff, gestern in Bonn, das Konzept sei so zugeschnitten, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen binnen vier Jahren in die Praxis umgesetzt werden können. Leitenden der Grundsatzklärung unter dem Vorzeichen der Umweltschutzes, die Modernisierung der Wirtschaft nach ökologischen Gesichtspunkten sowie die Verankerung des Vorsorgeprinzips in der Umweltpolitik.

Das Reaktionsprogramm von Tschernobyl und die darauffolgende Beunruhigung der Bevölkerung zeigt auch in der CSU zunehmende Wirkung. Nach dem Münchner CSU-Vorsitzenden Erich Kiesel, der beim Bau der Wiederaufbauanlage bei Wackersdorf eine „Denkpause“ anregte und dafür im CSU-Landesvorstand wie auch in seinem eigenen Bezirksvorstand auf Kritik stieß, äußerte sich nun auch erstmals ein Mitglied der bayerischen Staatsregierung in einer Weise, die als vorsichtige Absäuberung von bisherigen Parteikurs angesehen werden muß: Justizminister August Lang erklärte auf einer CSU-Veranstaltung in Regensburg, die Entscheidung der bayerischen Regierung über die zweite Teilerleichterungsgenehmigung für die WAA sei offen.

Der zuständige Innenminister Schnoor (SPD) geht davon aus, daß die formalen Voraussetzungen für den Gesetzesentwurf erfüllt seien. Die Antragsteller machten aber gestern keinen Hehl daraus, daß sie alle juristisch denkbaren Schritte ergreifen würden, falls das Kabinett Trau, das letztlich die Entscheidung trifft, ablehnt.

Noch nicht in Betracht gezogen wurde, daß nach der NRW-Verfassung Volksbegehren über „Finanzierung“ nicht zulässig sind, der Entwurf jedoch Entschädigungen bei der Enteignung vorsieht. In der „Aktion“ sind Jusos, kirchliche Gruppen, Grüne und Kinderschutzbund vertreten.

### Strauß gegen Rückzug

Bisher hatten sich Partei und Regierung uneingeschränkt zum Bau der WAA bekannt, noch am Wochenende meinte Ministerpräsident Franz Josef Strauß, ein Rückzug komme nicht in Frage, weil er ein Rückzug des Rechtsstaates wäre. Jetzt aber sagte der Justizminister wörtlich: „Bevor wir einer solchen Entscheidung (zweite Teilerleichterungsgenehmigung, die Red.) 1988 nähertritten, muß die Energiewirtschaft klar und überzeugend dargelegt, ob die Wiederaufbauanlage heute und in Zukunft

## Demonstration „Hessen belagert den Landtag“

rtz, Wiesbaden

Die für Samstag geplante und am Dienstag vom Veranstalter abgesagte Großdemonstration in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden gegen die weitere Nutzung der Atomenergie soll nun doch stattfinden. Das „Hessische Aktionsbündnis zur sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen“ teilte gestern mit, eine Sonderversammlung des Bündnisses habe am Vorabend beschlossen, ungeachtet der Krawalle bei mehreren Anti-Atom-Protesten vom Wochenende an der Demonstration unter dem Motto „Hessen belagert den Landtag“ festzuhalten. Dem Aktionsbündnis gehörten unter anderem die Grünen und zahlreiche Bürgerinitiativen an.

Die drei Verteidiger des im Mai 1986 zum Tode verurteilten früheren kroatischen Innenministers Andrija Artukovic (86) haben beim Obersten Gericht der Republik Kroatien Berufung eingelegt. Artukovic sei wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nicht in der Lage gewesen, dem Prozeß zu folgen, begründeten die Verteidiger ihren Revisionsantrag. Daneben seien dem Verurteilten die ihm konkret zur Last gelegten Greuelthaten im Zweiten Weltkrieg nicht nachgewiesen worden. Artukovic ist nach Auffassung der jugoslawischen Behörden für den Tod von mehr als 700 000 Juden, Serben und Sinti verantwortlich.

## Artukovic legt Berufung gegen Todesurteil ein

dpa, Zagreb

Die drei Verteidiger des im Mai 1986 zum Tode verurteilten früheren kroatischen Innenministers Andrija Artukovic (86) haben beim Obersten Gericht der Republik Kroatien Berufung eingelegt. Artukovic sei wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nicht in der Lage gewesen, dem Prozeß zu folgen, begründeten die Verteidiger ihren Revisionsantrag. Daneben seien dem Verurteilten die ihm konkret zur Last gelegten Greuelthaten im Zweiten Weltkrieg nicht nachgewiesen worden. Artukovic ist nach Auffassung der jugoslawischen Behörden für den Tod von mehr als 700 000 Juden, Serben und Sinti verantwortlich.

## „Genehmigung für Wackersdorf offen“

Münchner Justizminister Lang weicht von der Parteilinie ab / Umdenken in der CSU?

PETER SCHMALZ, München  
Das Reaktionsprogramm von Tschernobyl und die darauffolgende Beunruhigung der Bevölkerung zeigt auch in der CSU zunehmende Wirkung. Nach dem Münchner CSU-Vorsitzenden Erich Kiesel, der beim Bau der Wiederaufbauanlage bei Wackersdorf eine „Denkpause“ anregte und dafür im CSU-Landesvorstand wie auch in seinem eigenen Bezirksvorstand auf Kritik stieß, äußerte sich nun auch erstmals ein Mitglied der bayerischen Staatsregierung in einer Weise, die als vorsichtige Absäuberung von bisherigen Parteikurs angesehen werden muß: Justizminister August Lang erklärte auf einer CSU-Veranstaltung in Regensburg, die Entscheidung der bayerischen Regierung über die zweite Teilerleichterungsgenehmigung für die WAA sei offen.

Der zuständige Innenminister Schnoor (SPD) geht davon aus, daß die formalen Voraussetzungen für den Gesetzesentwurf erfüllt seien. Die Antragsteller machten aber gestern keinen Hehl daraus, daß sie alle juristisch denkbaren Schritte ergreifen würden, falls das Kabinett Trau, das letztlich die Entscheidung trifft, ablehnt.

### Strauß gegen Rückzug

Bisher hatten sich Partei und Regierung uneingeschränkt zum Bau der WAA bekannt, noch am Wochenende meinte Ministerpräsident Franz Josef Strauß, ein Rückzug komme nicht in Frage, weil er ein Rückzug des Rechtsstaates wäre. Jetzt aber sagte der Justizminister wörtlich: „Bevor wir einer solchen Entscheidung (zweite Teilerleichterungsgenehmigung, die Red.) 1988 nähertritten, muß die Energiewirtschaft klar und überzeugend dargelegt, ob die Wiederaufbauanlage heute und in Zukunft

notwendig und nach wie vor wirtschaftlich sinnvoll ist.“ Man werde dann ein neues Urteil bilden, ob die Anlage energiepolitisch notwendig, technisch sinnvoll, wirtschaftlich vertretbar und moralisch gerechtfertigt sei.

August Lang, dem als CSU-Betriebsvorsitzenden der Oberpfalz die Eskalation am Bauplatz und die wachsende Solidarisierung der Bevölkerung mit Gewalttätigen besondere Sorgen bereitet, äußerte damit im Gegensatz zu Kiesel, dessen Vorschlag auf ein von der CSU nach wie vor abgelehntes Moratorium hinausläuft, offenbar Gedankenspiele, die in Kreisen der Regierung und der Parteiführung inzwischen sehr wohl angenommen werden, wenn sie nicht noch nicht publiziert werden sollten.

Für seine vorwärtigen Änderungen wird ihn der Ministerpräsident nun gewiß zur Brust nehmen, doch ist damit nicht mehr zu verbinden, daß die interne WAA-Strategie der CSU bekannt wurde: Sie zielt auf Zeitgewinn. Vorerst wird die Regierung am 10. Juli in der Staatskanzlei mit Experten über die Problematik der Kernenergie beraten und dann wird erst einmal der Bayerische Verwaltungsgerichtshof zu Wort kommen. Dieser hatte angekündigt, die Verhandlung zu den Anti-WAA-Klagen nach der Bundestagswahl nochmals aufzunehmen.

Damit aber könnten Verzögerungen im Bau eintreten, da nicht damit

zu rechnen ist, daß die DWK als Bauherrin der ihr eingeräumten Bauvorräte durch forcierte Baumaßnahmen auf Spiel setzt. Somit aber könnte die Entscheidung über die zweite Teilerleichterungsgenehmigung nicht 1988, sondern ein oder zwei Jahre später anstehen. Bis dahin aber so kalkuliert Bayerns politische Führung, besteht mehr Klarheit, ob die von der SPD geforderte direkte Entlagerung technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

### Jetzt dreileisig

Insgesamt schält sich ein neuer energiepolitischer Weg der CSU auf drei Gleisen ab: Die Kernenergie wird weiterentwickelt, soweit sie benötigt wird; alternative Energiequellen werden forciert untersucht, wobei technischen Sinnvolles nicht an Finanzfragen scheitern soll; schließlich soll Energie eingespart werden, wobei als realistisches Ziel angesehen wird, den derzeitigen Strombedarf ungefähr zu halten. „Dann“, so der CSU-Umweltpolitiker Alois Glück, „können wir mit dem vorhandenen Park an Kraftwerken auskommen.“

Mehr Klarheit über die künftige Energiepolitik Bayerns soll eine zehn Punkte umfassende große Anfrage der CSU-Fraktion an die Staatsregierung bringen. Glück: „Wir wollen dadurch Realisierbares aufzeigen und die SPD zum Schwur zwingen, damit sie endlich sagt, was sie in der Energiepolitik wirklich anzubieten hat.“

سكننا من الـ ١٠٠



## Langsam findet Uganda wieder zu sich selbst

WELT-Gespräch mit Innenminister Paul Ssemogerere

ACHIM REMDE, Bonn. Er ist Christ und Demokrat und hat Freunde in der CDU/CSU-Fraktion in Bonn. Der Vorsitzende der ugandischen „Democratic Party“ (DP), Paul Ssemogerere, ist kein Unbekannter in der Bundesrepublik. Vom 9. bis 11. Juni hielt er sich jedoch zum ersten Mal als Innenminister der Regierung Yoweri Museveni zu politischen Gesprächen in Bonn auf, wo er unter anderem mit Bundesminister Schäuble zusammentraf.

Uganda, einst britische Musterkolonie und „Perle Afrikas“, von der Natur mit Schönheit und Fruchtbarkeit gesegnet, durch die Grausamkeiten Idi Amins aber zum Symbol des Niedergangs Afrikas geworden, scheint dem Kreislauf von Menschenrechtsverletzungen und politischer Gewalt, aus dem auch Amins Nachfolger Obote und Tito Okello das Land nicht befreien konnten, seit der Machtübernahme Yoweri Musevis im Januar 1986 endgültig entronnen zu sein. Selten stimmen politische Beobachter unterschiedlichster Provenienz so sehr in der durchgängig positiven Beurteilung eines Regimes überein wie im Falle Musevis.

Innerhalb von vier Jahren will Museveni eine Entscheidung über das künftige politische System Ugandas herbeiführen. Wird das wie allenthalben in Afrika die Einheitspartei sein? „Ugandas Probleme sind dadurch entstanden, daß die Inhaber der Macht den demokratischen Pluralismus unterdrückt haben“, meint Ssemogerere. Er ist Verfechter der Ansicht, daß ein Mehrparteiensystem nach westlichem Vorbild auch für Uganda das Richtige sei. „Doch wenn es Museveni gelingt, einen nationalen Konsensus herbeizuführen, der in eine Einheitspartei mündet, würden wir, (die DP), das unterstützen.“

Ist Museveni nicht einer jener afrikanischen Führer der zweiten Generation, die, wie Senkara in Burkina Faso und Rawlings in Ghana im Geiruch des Marxismus stehend, gewaltsam die Macht übernahmen, dann überraschend zum Nutzen der Bevölkerung eine pragmatische Politik verfolgten und deshalb breite Zustimmung fanden? Gemeinsam ist ihnen, daß sie von der Mehrparteiendemokratie nichts halten. „Ich glaube, daß Museveni nicht mit Rawlings und Senkara verglichen werden möchte. Mein Eindruck ist, daß er die

Frage, ob Einheitspartei oder Mehrparteiensystem, noch nicht entschieden hat.“ Im Augenblick gilt in Uganda ein „gentlemen's agreement“, nach dem Parteien zwar nicht verboten sind, sich aber nicht betätigen.

Während Museveni sowohl Obote als auch Okello mit seinen Guerrillatruppen bekämpfte, war Ssemogerere unter Obote Oppositionsführer und unter Okello gar Innenminister.

Warum ist der Friedensschluß von Nairobi, in dem Okello und Museveni eine gemeinsame Regierung vereinbarten, nie in die Praxis umgesetzt worden? „Es fehlte an internationaler Unterstützung“, meint Ssemogerere lakonisch. Doch es ist kein Geheimnis, daß Museveni den Kampf fortsetzte, weil er die Früchte seines Wi-



Stabilisierender Faktor Ssemogerere FOTO: REMDE

derstandes gegen Obote nicht mit Okello teilen wollte. Die Menschenrechtsverletzungen gingen unter Okello weiter. „Die Armee war außer Kontrolle“, sagt Ssemogerere, und da der Guerrillakampf weiterging, war es nicht möglich, sie zu disziplinieren.“ Die innere Sicherheit, für die gegenwärtig die Armee Musevis zuständig ist, soll künftig von der Ssemogerere unterstellten Polizei gewährleistet werden. Ssemogerere hofft dabei auf deutsche Ausrüstungshilfe.

Ssemogerere hat sich Verdienste erworben. Unter Obote hat er Menschenrechtsverletzungen angeprangert, unter Okello die Freilassung politischer Gefangener betrieben. Daß er dem wenig rühmlichen Regime Okellos in derselben Eigenschaft diene wie jetzt dem Musevis, mag nur ein Schönheitsfehler sein.

## „Atomteststopp wäre Gefahr für Abschreckung“

cvb, Brüssel

Die Vereinigten Staaten bezeichnen es als „Irrglauben“, daß durch ein Verbot unterirdischer Atomwaffenversuche der Frieden sicherer werde. Im Gegenteil: Die Einstellung der Versuche, wie es vom sowjetischen Parteichef Gorbatschow verlangt werde, könne die Kriegsgefahr erhöhen. Gorbatschows Vorgehen sei darauf gerichtet, durch im Westen populäre Schritte Vorteile für die Sowjetunion zu erzielen. Diese Ansichten vertritt der Direktor der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde der USA, Kenneth Adelman, in der offiziellen Zeitschrift des nordatlantischen Bündnisses, „NATO Review“.

Adelman legt vier „zwingende“ Gründe vor, die das Problem der Teststopps in den Zusammenhang der Abschreckung stellen: „Die Sicherheit, die Zuverlässigkeit, die Wirksamkeit und schließlich die Glaubwürdigkeit unserer nuklearen Abschreckung, die den Frieden bewahrt. Ein volkstümliches Argument lautet heute, durch das Stoppen der Tests würde im Laufe der Zeit das Vertrauen jeder Seite in ihre Nuklearkraft abnehmen. Dadurch würden die Chancen verringert, daß diese Waffen jemals eingesetzt werden. Das klingt logisch, aber es ist falsche Logik.“

Schwäche hat oft erst (zur Aggression) eingeladen. Nachlassendes Vertrauen und Unsicherheiten über die eigene Verteidigungsstärke seien ungeeignet, das Kriegsrisiko zu verringern. „Wenn wir das Vertrauen in unsere Fähigkeiten verlieren und der Gegner dies so sieht – egal ob er recht hat oder nicht –, dann würde die Abschreckung geschwächt. Das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes würde steigen.“

Während eines Moratoriums könnten die Sowjets in ihrer geschlossenen Gesellschaft ihre Nuklearkapazitäten weiter beschleunigen. In der freien Gesellschaft Amerikas würden sich die Fachleute notwendigerweise produktiver Tätigkeit suchen. Im übrigen sei unvergessen, daß die Sowjetunion 1961 ein bestehendes Moratorium mit 40 Atomtests in neun Wochen gebrochen habe. Schließlich hätte die durch Versuche ermöglichte ständige Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen dazu geführt, daß die zusammengerechnete Sprengkraft aller US-Kernwaffen heute nur noch ein Viertel der des Jahres 1960 betrage. (SAD)

## Gemischtes Echo auf Genschers Rede bei der Genfer Abrüstungskonferenz

Skepsis vor allem bei den Vertretern aus dem Ostblock / SALT 2 und chemische Waffen

ALFRED ZÄNKER, Genf

Die Ausführungen von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auf der Genfer Abrüstungskonferenz haben in Konferenzkreisen zwar ein recht positives Echo gefunden, sein Optimismus aber wird von Vertretern des Ostblocks nicht geteilt. Sie äußern Zweifel und Skepsis daran, daß dieser Optimismus etwas an der Haltung der USA ändern könne, das SALT 2-Abkommen nur noch bis zum Jahresende einzuhalten. Der sowjetische Chefdelegierte Viktor L. Israelian bedauerte in seiner Rede darüber hinaus die Beschlüsse der Vereinigten Staaten und der NATO, nun die Produktion binärer Chemiewaffen aufzunehmen.

### Ermutigende Fortschritte

Genscher hatte sich am Dienstag als Gastredner zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode der Genfer UNO-Abrüstungskonferenz nachdrücklich für den baldigen Abschluß eines Chemiewaffenverbot-Abkommens ausgesprochen. An dieser bis August dauernden Konferenz nehmen Vertreter von vierzig Nationen teil. Zum Thema SALT 2 sagte Genscher: „Im Vorfeld eines Abkommens über eine Reduzierung der strategischen Atomwaffen treten wir für eine Weiterbeachtung der SALT-Begrenzungen als Rahmen für eine Politik der beiderseitigen Zurückhaltung ein. Die SALT-Bestimmungen bilden eine wichtige Ausgangsbasis, auf der weitergehende Vereinbarungen entwickelt werden können. Wir hoffen, daß beide Seiten die Voraussetzungen schaffen, damit dieser kooperative Rahmen erhalten bleiben kann.“

### Paris verschärft Ausländerrecht

dpa, Paris

Ausländer sollen künftig schneller aus Frankreich ausgewiesen werden können. Der Ministerrat beschloß darüber hinaus gestern in Paris gegen „äußerst schwerwiegende Bedenken“ des sozialistischen Präsidenten Mitterrand strengere Regelungen für die Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen. Nach dem Gesetz müssen alle Ausländer mit ihren Kindern das Land verlassen, wenn sie nach drei Monaten keine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Legal in Frankreich lebende Ausländer können ausgewiesen werden, wenn sie zu Haftstrafen verurteilt sind. Für die Einreise wird künftig zur Abwehr „falscher Touristen“ der Nachweis einer Existenzgrundlage verlangt.

Die Bundesregierung begrüßt, daß die Sowjetunion am 22. April internationalen Kontrollen bei der Vernichtung von chemischen Waffenbeständen und Herstellungsanlagen einschließlich Inspektion vor Ort zugestimmt habe. Zwei wichtige Fragen, nämlich die Überwachung der Nichtproduktion chemischer Waffen und die Verdachtskontrolle, blieben allerdings noch zu lösen.

Für die Bundesregierung hat der baldige Abschluß eines weltweiten Chemiewaffenverbot-Abkommens absolute Priorität. Darin weiß sie sich

mit allen Bündnispartnern einig. Ich richte einen eindringlichen Appell an die Delegierten der Genfer Abrüstungskonferenz, die noch verbleibende Zeit der Sitzungsperioden 1986 voll zu nutzen und die Arbeiten für ein Chemiewaffen-Abkommen abzuschließen“, betonte der Bundesaußenminister.

Gegen Zonen-Politik

### Berufung Wagners zum Staatssekretär

dpa, Bonn

Auf Vorschlag von Umweltminister Walter Wallmann (CDU) ist der frühere hessische Landrat Christian Wagner (43) gestern vom Bundeskabinett zum beamteten Staatssekretär im Bundesumweltministerium berufen worden. Der promovierte Jurist Wagner gehört dem Bundesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU an. Im März 1985 verlor die CDU bei der „Erdrutsch“-Kommunalwahl im hessischen Kreis Marburg-Biedenkopf die Mehrheit. Wagner mußte seinen Posten als dortiger Landrat an den SPD-Politiker Kurt Klien abgeben. Im Herbst 1985 wurde er zum Direktor des Frankfurter Instituts für Wirtschaftspolitische Forschung ernannt.

mit allen Bündnispartnern einig. Ich richte einen eindringlichen Appell an die Delegierten der Genfer Abrüstungskonferenz, die noch verbleibende Zeit der Sitzungsperioden 1986 voll zu nutzen und die Arbeiten für ein Chemiewaffen-Abkommen abzuschließen“, betonte der Bundesaußenminister.

### Moskau verstärkt Druck auf Christen

idea, Moskau

In der Sowjetunion hat sich der Druck auf Christen, deren Gemeinden sich einer staatlichen Kontrolle widersetzen, erheblich verstärkt. Nach Angaben des Vorsitzenden des Bundes der staatlich nicht registrierten Evangeliumchristen-Baptisten, Gennadij Krjutschkow, sollen diese 2000 Christen-Gemeinden mit allen Mitteln dazu gebracht werden, sich staatlich registrieren zu lassen. Damit müßten sie sich jedoch verpflichten, auf die religiöse Unterweisung von Jugendlichen und Kindern sowie auf karitative Aktivitäten zu verzichten. Der 59 Jahre alte Krjutschkow lebt seit 1971 im Untergrund und wird vom sowjetischen Geheimdienst KGB steckbrieflich gesucht.

### Moskau verstärkt Druck auf Christen

idea, Moskau

In der Sowjetunion hat sich der Druck auf Christen, deren Gemeinden sich einer staatlichen Kontrolle widersetzen, erheblich verstärkt. Nach Angaben des Vorsitzenden des Bundes der staatlich nicht registrierten Evangeliumchristen-Baptisten, Gennadij Krjutschkow, sollen diese 2000 Christen-Gemeinden mit allen Mitteln dazu gebracht werden, sich staatlich registrieren zu lassen. Damit müßten sie sich jedoch verpflichten, auf die religiöse Unterweisung von Jugendlichen und Kindern sowie auf karitative Aktivitäten zu verzichten. Der 59 Jahre alte Krjutschkow lebt seit 1971 im Untergrund und wird vom sowjetischen Geheimdienst KGB steckbrieflich gesucht.

## Strahlen-Fall in Finnland „ein Mysterium“

meh, Kopenhagen

Hinter einem in Finnland registrierten Strahlenszenario stehen vermutlich „Meßfehler“. Diese Hypothese vertrat in einer Pressekonferenz in Helsinki das finnische Strahlenschutzinstitut. Am Montag gegen 20.00 Uhr hatte die Meßstation im südfinnischen Kotka mit 1,8 Milliröntgen je Stunde vormal so hohe Strahlenbelastungswerte gemessen, wie sie nach der Katastrophe von Tschernobyl beobachtet worden waren. Im Vergleich zu den damals in Schweden festgestellten 0,03 Milliröntgen je Stunde hätten die Messungen von Kotka sogar den Faktor 60 bedeutet.

Schon am Montag vermuteten die Finnen, nachdem eigenes aktuelles Versagen ausgeschlossen und keine Zwischenfälle von den benachbarten Kernkraftwerken gemeldet wurden, Falschmessungen. Ein Experte, der

Anzeige  
Jetzt --  
HALDO-WACH  
In Apotheken und Drogerien.

daraufhin die Meßapparaturen kontrollierte, konnte aber kein Versagen feststellen. Dessen eigene Meßgeräte zeigten Belastungswerte etwa in doppelter Höhe der im Schnitt der letzten Woche beobachteten 0,04 bis 0,08 Milliröntgen je Stunde. Auch Kontrollmessungen in der näheren Umgebung von Kotka zeigten diese deutlich niedrigeren Strahlungswerte.

Eero Ilukka vom finnischen Strahlenschutzinstitut sprach von einem „Mysterium“. Die Vermutung, daß da noch eine vom Tschernobyl-Unglück umhervagabundierende Wolke strahlte, schlossen die finnischen Experten ziemlich schnell aus. Tschernobyl hätte viel ausgebreitete Strahlungsfelder produziert.

Die Verunsicherung der Finnen ging so weit, daß sie Flugzeuge loschickten, die der Strahlungswolke über dem Osten des Landes nachspüren sollten. Dies mißlang. Obwohl die Finnen jetzt von einem Meßfehler ausgehen, etwas Mysteriöses bleibt: Am Meßgerät in Kotka, das in einer Feuerwehrentrale installiert ist, wurde unverändert kein Fehler gefunden. Und, es soll weiter gemessen werden.

HONDA

Erfolg.  
Das Zeichen für Leistung.  
Honda Accord EXi.

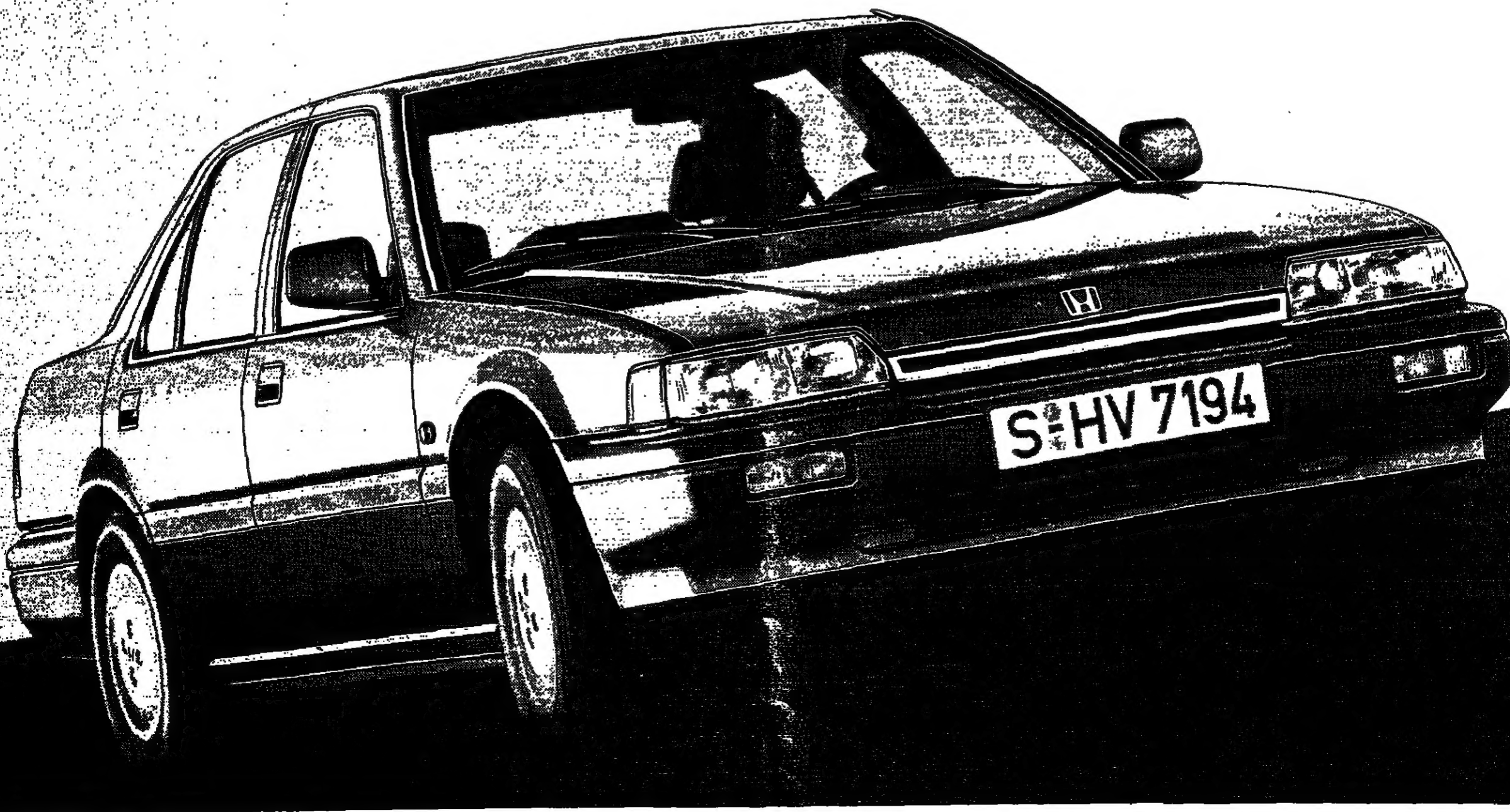
Führende Automobil-Fachjournalisten haben die neue Honda Accord EXi-Generation dem denkbar anspruchsvollsten Vergleichstest unterzogen: dem Wettbewerb mit etablierten deutschen Kompakt-Limousinen der gehobenen Mittelklasse. Ihr objektives Urteil ist eindeutig: Die Honda Accord EXi-Generation ist beispielhaft in ihrer fortschrittlichen Technik und ausgereiften Fahrkultur.

Modernster 2,0-l-12 Ventill-Antrieb mit 90 kW (122 PS). Aufwendiges „Double Wishbone“-Fahrwerk aus

der Formel 1. Präzises Handling. Kraftvolles Drehmoment. Seidenweicher Durchzug und absolute Laufruhe. Großzügiges Raumangebot und seriösmäßige Luxus-Ausstattung. Qualität und Leistung eines Automobils bestimmen seinen Status.

Die Marke Honda setzt dafür ein neues Zeichen. Honda Deutschland GmbH, Offenbach, M.

HONDA  
ACCORD

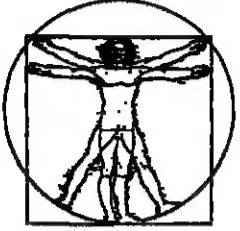




NOTIZEN

Fische kaum belastet

Hamburg (dpa) - Fische aus Nord- und Ostsee sowie aus norddeutschen Teichen und Bächen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt "unbedenklich" hinsichtlich ihrer Belastung mit radioaktiven Stoffen. Wie die Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg gestern weiter mitteilte, liegen die Werte bei Seefischen zwischen Null und sieben Becquerel je Kilogramm bei Jod-131, für die übrigen Radioisotope sei der Eintrag vom Tschernobyl-Fall



out noch niedriger. Bei Fischen aus Teichen und Bächen liege der Gehalt von Jod-131 deutlich unter einem Becquerel je Kilogramm.

Ölpest in Venezuela

Caracas (AFP) - Eine Ölpest auf dem westvenezolanischen Maracaibo-See ist jetzt nach Angaben der venezolanischen Ölgesellschaft Lagoven unter Kontrolle gebracht worden. Durch eine undichte Stelle an einer Leitung war Öl in den See ausgetreten. 222 Bohrstellen seien umgehend geschlossen und die defekte Leitung repariert worden, hieß es. Dennoch ist fast der gesamte See seit den ersten Junitagen mit einer dicken Ölschicht überzogen.

Jagd auf Grindwale

Malmö (AP) - Die Jagd auf Grindwale vor den dänischen Färöerinseln hat die Diskussion des zweiten Tages der Walfangkonferenz in Malmö bestimmt. Wie verlautete, widersetzte sich die dänische Delegation energisch allen Forderungen nach einer Einschränkung der Jagd auf die zu den Delfinen gehörenden Säugtiere. Die Vertreter der Niederlande, Großbritannien, Schweden und Australien bemüht sich darum, wenigstens ein Verbot besonders schmerzhafter Tötungsarten durchzusetzen.

Den Krebsursachen auf der Spur

Hohe Auszeichnung für deutschen Forscher / Die Tumorstudiologie soll gefördert werden

Von LUDWIG KÜRTEN

Als erster Deutscher erhält Professor Harald zur Hausen, der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) in Heidelberg, den Charles S. Mott Preis. Die mit 100 000 Dollar dotierte Auszeichnung wird alljährlich von der Krebsforschungsstiftung des amerikanischen Automobilkonzerns General Motors verliehen. Professor zur Hausen erhält die Ehrung für seine Forschungen über den Zusammenhang zwischen bestimmten Papillomviren („Warzenviren“) und Genitalkrebs.

Der Preis wird für außergewöhnliche Forschungsleistungen bezüglich der Ursachen und der Prävention von Krebs verliehen. Zu den früheren Preisträgern gehört auch der Aids-Forscher Robert Gallo. Zur Hausen und seiner Arbeitsgruppe ist es in den letzten Jahren gelungen, bestimmte Typen von Papillomviren zu identifizieren, die an der Entstehung des Gebärmutterhalskrebses bei Frauen beteiligt sind. Experimente haben außerdem Hinweise darauf ergeben, daß diese Viren auch an Lungenkrebs und an Geschwülsten der Mundhöhle beteiligt sind. Die Virusinfektion scheint in den Zellen so mit chemischen Schadstoffen zusammenzuwirken, daß eine gesunde Zelle in eine Krebszelle umgewandelt wird.

Professor zur Hausen hat außerdem einen Test entwickelt, mit dem Papillomviren in menschlichem Gewebe, z. B. in einem Scheidenabstrich einer Frau, charakterisiert werden können. Damit ist es möglich, Virusinfektionen, die ein Risiko für eine spätere Krebserkrankung darstellen, frühzeitig zu erkennen.

Ein neues Institut für die Forschung an Krebsviren

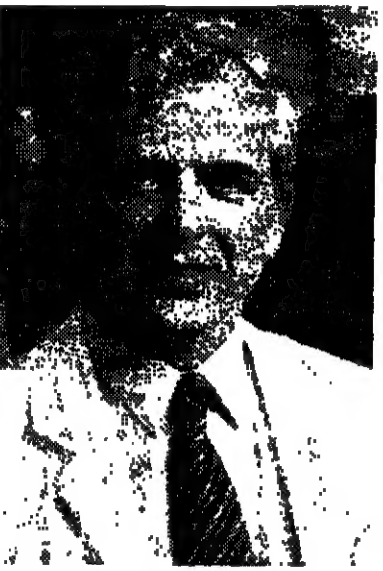
Die enormen Fortschritte auf dem Gebiet der Tumorstudiologie haben das DKFZ veranlaßt, die Gründung eines eigenständigen Institutes für diese Forschungsrichtung einzurichten. Das Kuratorium des Forschungszentrums, das sich aus Vertretern des Bundes und des Landes Baden-Württemberg sowie aus Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland zusammensetzt, hatte in der letzten Woche beschlossen, die tumorstudiologische Forschung im DKFZ zu verstärken. Eine Projektgruppe, die den Kern eines späteren „Institutes für Angewandte

Tumorstudiologie und Krebsprävention“ bilden soll, wird noch in diesem Jahr ihre Arbeit beginnen.

Nicht nur von den Papillomviren, sondern auch von anderen Viren weiß man, daß sie an der Krebsentstehung beteiligt sind. Dies gilt etwa für das Hepatitis B-Virus, das Leberentzündungen hervorruft und zu Leberkrebs führen kann. Dieser Erreger ist vor allem in Asien weit verbreitet. Auch von dem sogenannten Epstein-Barr-Virus kennt man einen ähnlichen Zusammenhang, es ist für bestimmte Formen von Krebs im Gesicht sowie im Nasen- und Rachenraum verantwortlich. Schließlich ist auch für die sogenannten HTLV-Viren, zu denen der Aids-Erreger (HTLV-3) gehört, nachgewiesen, daß sie Krebs auslösen können. Im Falle von Aids handelt es sich dabei um Entartungen bestimmter Immunzellen sowie einen als „Kaposi-Sarkom“ bezeichneten Hautkrebs.

Die Papillomviren spielen eine Schlüsselrolle bei der Entstehung verschiedener Genitalkrebsformen. Allein der Gebärmutterhalskrebs stellt mit 15,8 Prozent Anteil an allen Krebserkrankungen weltweit die zweithäufigste Krebsform bei Frauen dar. Die bisherigen Kenntnisse bezeichnen zu dem Schluß, daß etwa 20 Prozent aller Krebserkrankungen bei Frauen und knapp 10 Prozent bei Männern mit bestimmten Virusinfektionen in Zusammenhang gebracht werden können.

Die Forschungsarbeiten in der Tu-



Professor Harald zur Hausen FOTO: DPA

morstudiologie zielen darauf ab, durch die Verhinderung der Virusinfektionen gleichzeitig auch die Krebsentstehung abzuwenden. Allerdings sind die Möglichkeiten auf diesem Gebiet noch gering. Die Forschung an dem künftigen Institut am DKFZ werden sich vor allem auf folgende Punkte konzentrieren:

Diagnose und Therapie sollen verbessert werden

1. Tumor-assoziierte Viren sollen identifiziert und charakterisiert werden. Dabei ist zu erwarten, daß sich auch für weitere Krebsformen ein Zusammenhang mit Viren herausstellen wird.

2. Es soll geklärt werden, wie die Erreger in die Körperzellen eindringen, sich dort vermehren und wie sie zur Entartung der Zelle beitragen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach anderen Faktoren, die bei der Krebsentstehung beteiligt sind.

3. Die Diagnostik von Virusinfektionen soll verbessert werden. Dies ist besonders wichtig beim Aids-Virus, aber auch bei den Papillomviren. Von einer rechtzeitigen und umfassenden Erkennung der Erreger hängt ab, wie sicher man seine Verbreitung in der Bevölkerung feststellen kann.

4. Ziel der Arbeit ist die Entwicklung von Impfstoffen, Medikamenten oder anderen Therapieformen gegen die verschiedenen Erreger. Dazu gehört zum Beispiel die Gentherapie oder der Einsatz körpereigener Substanzen wie etwa Interferone oder Lymphokine.

Das Institut soll aus insgesamt neun Sektionen mit jeweils etwa vier bis sechs Wissenschaftlern bestehen. Neu daran wird sein, daß die Forschung sich nicht auf eine bestimmte Virusform konzentriert, wie es bisher weltweit üblich war, sondern die Probleme auf breiter Front angeht. Die angewandte Forschung soll dabei, wie der geplante Name des Institutes schon ausdrückt, im Vordergrund stehen.

Zwei weitere Auszeichnungen der General Motors-Stiftung gingen an Amerikaner, der „Charles Kettering Preis“ an den Mediziner Donald Pinkel (Houston) für Verdienste in der Krebsbehandlung, der „Alfred Sloan Preis“ an Phillip Allen (Massachusetts Institute of Technology) für Forschungen zur Krebsentstehung.

Zwischen Bodenfrost und Schafskälte

Von MARTIN BOECKH

Zäumt man die meteorologischen Launen des Wonnemonats Mai von hinten auf, stellt man fest, daß er kälter endete, als er angefangen hatte. Und dafür, daß im Laufe der 31 Maitage die Sonnenscheindauer täglich um ca. drei Minuten hätte zunehmen können und am Monatsende – je nach geographischer Breitenlage – die Sonne fast 17 Stunden am Himmel stand, dafür schien es doch entschieden zu kalt zu sein.

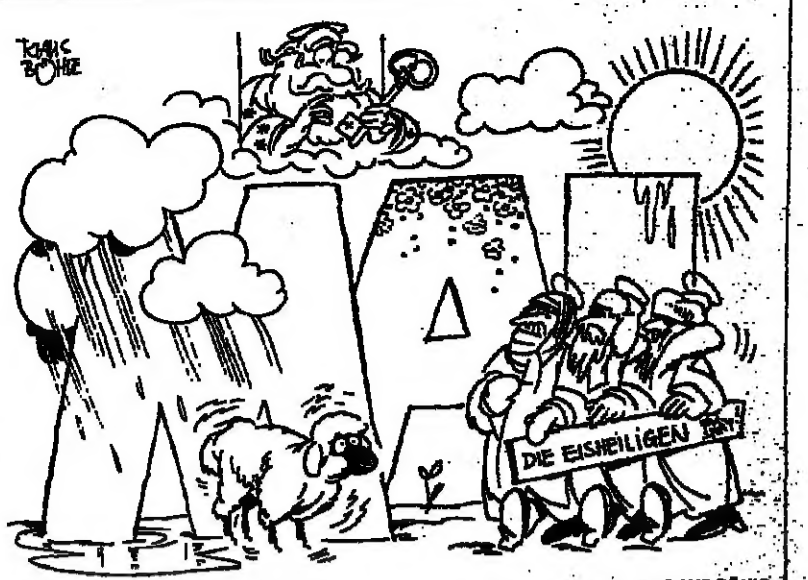
In vielen Städten, wie in Hamburg, Stuttgart oder München lagen die Minusrekorde direkt am Monatsende. Mit plus 3,2° C verabschiedete sich der Mai in München, in Hamburg gab es sogar noch einmal Bodenfrost. Einen ähnlichen, aber nicht so kräftigen Kälteeinbruch bescherten uns die sog. Eisheiligen, die mit erstaunlicher Regelmäßigkeit auch dieses Jahr wieder einmal vier Tage zu früh aufgetaucht waren.

Bei so deutlich ausgeprägten Kältezeiten nimmt es Wunder, daß die Monatsmitteltemperaturen von sechs deutschen Großstädten mit 15,1 Grad immerhin doch noch zwei Grad über dem Soll lagen. Spitzenreiter der Temperaturabweichung war dieses Mal München, gefolgt von Berlin, wo die Monatsmitteltemperaturen 2,5 Grad zu hoch lagen.

Herausragendes Ereignis im negativen Sinne war zweifellos der radioaktive Niederschlag aus Richtung Tschernobyl, der die Meteorologen auch in den Mai hinein beschäftigte. Ein Vergleich zu Ereignissen ähnlicher Tragweite kann nicht aufgestellt werden, doch erlauben die Kernwaffentests der Großmächte in den frühen sechziger Jahren überraschende Vergleiche.

Vergleich der Mittelwerte

Von hochreichenden Luftströmungen rasch um den ganzen Erdball verfrachtet, führten diese Kernwaffentests zu einem radioaktiven Niederschlag, der bei den Monatsmittelwerten um den Faktor



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHNE

1000 höher lag, als in den folgenden Jahren. Erst die Messungen an nur zwei Tagen im April ließen den monatlichen Mittelwert wieder auf ganz ähnliche Werte springen wie man sie schon in den sechziger Jahren gemessen hatte. Abhängig vom Zeitpunkt der Niederschläge verschoben sich die maximalen Radioaktivitätswerte bis in den Mai, doch konnten die Spitzenwerte im Regenwasser die Werte der Kernwaffentests aus dem Jahre 1962, welche um den Faktor 10 höher lagen, nicht erreichen.

In den ersten Sommertagen, die der Mai aus dem April herüberbetreten konnte, wartete man gespannt auf den ersten Hitzetag mit über 30° C, doch nirgendwo erreichte die Lufttemperatur in zwei Meter Höhe diesen Wert. Die Mai-Spitzenstellung führt Freiburg an, wo eine Lufttemperatur von 28° C gleich zweimal registriert werden konnte.

An die häufigen Regengüsse konnte man sich nur schwer gewöhnen. Besonders im Bergland waren die Schauer sehr ergiebig: Tagesniederschlagsmengen von 30 bis 40 Millimeter kamen bevorzugt durch die Stauwetterlagen am Alpenrand gegen Ende des Monats zustande.

Obwohl an nur drei Tagen in Deutschland kein Regen gemessen wurde, fiel die Bilanz lange nicht so verwässert aus, wie man allgemein denken könnte. In den sechs Großstädten wurde das Soll zu 128 Prozent erfüllt. Die Einzelwerte sind dabei aber recht uneinheitlich: Während in Hamburg der Regenüberschuß bei 174 Prozent lag, erreichte die Station Essen noch nicht einmal

ihren Schnitt von 71 Millimetern. Ebenso uneinheitlich gestaltete sich die Sonnenbilanz, die im Norden (Hamburg, Berlin und Essen) bis zu 40 Stunden mehr Sonnenschein verzeichnete als im Süden (Mannheim, Stuttgart und München).

Zuviel Niederschläge

Trotz des fehlenden Sonnenscheins kamen drei, in Berlin sogar sieben Sommertage zusätzlich zustande. Für die Meteorologen jedenfalls ist zumindest nach den ersten Juni-Sonnentagen der Frühling beendet, auch wenn dieser noch bis zu 70 Stunden Sonnenschein nachholen müßte. Fast ausgleichend dazu die Niederschläge: Sie überstiegen im Frühling das Soll um 146 Prozent. Nur die Temperaturen bewegten sich in üblichen Bereichen und lagen wie in Berlin und Mannheim noch 0,5 Grad über dem Schnitt.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Europa setzt auf Eigenständigkeit“ – Ludwig Kürtten über die Konzepte einer internationalen Raumstation.

Ein ozeanisches Großexperiment bringt Klarheit über die Verteilung des Planktons – Von Harald Steinert.

Vera Zylka beschreibt neue Erkenntnisse über die Wirkung der ANP-Herzhormone.

Die Elektrizitätswirtschaft informiert

Die Bundesärztekammer zu Tschernobyl

Die Bevölkerung wurde durch die Auswirkungen des Kernkraftwerkunfalls im russischen Tschernobyl berührt und beunruhigt. Sie stellt verständlicherweise die Frage nach den Folgen für die Gesundheit. Die Bundesärztekammer hat vor wenigen Tagen hierzu eine Stellungnahme abgegeben, die wir wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung allen Stromverbrauchern zur Kenntnis geben möchten:

„An die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)“

Das Unglück im Kernkraftwerk Tschernobyl/UdSSR hat uns als Bürger der Bundesrepublik Deutschland betroffen. Damit sind wir durch einen Kernkraftwerksunfall in einem anderen Land in Mitleidenschaft gezogen worden. Viele Bürger machen sich daher verständliche Sorgen um ihre Gesundheit.

Nach dem zuverlässigen Urteil von Experten, insbesondere Nuklearmedizinern, Strahlenschutzärzten, Strahlenbiologen und Kernphysikern, hat in unserem Lande durch die erhöhte Strahlenexposition kein Bürger gesundheitliche Schäden erlitten. Die Wahrscheinlichkeit, daß solche Schäden in den kommenden Jahren auftreten, wird aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse und vorliegender Meßdaten als äußerst gering angesehen.

Die biologischen Auswirkungen der Radioaktivität auf den Menschen und seine Umwelt sind weitgehend bekannt. Aus ihnen wurden u. a. die Grenzwerte für eine Strahlenexposition abgeleitet. Bei Einhaltung dieser Grenzwerte kann nach derzeitigem Wissen eine Schädigung der Gesundheit ausgeschlossen werden. Die Strahlenschutzkommission beim Bundesminister des Innern, der auch in Gremien der Bundesärztekammer tätige Experten angehören, hat sich bei der Festsetzung der in den Medien bekanntgegebenen Richtwerte an diesen Erkenntnissen orientiert. Die aufgrund dieser Empfehlungen von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen entsprachen internationalem Sicherheitsstandard und waren der Situation angemessen. Die Bundesärztekammer begrüßt nachhaltig die vorsorglichen Empfehlungen der Strahlenschutzkommission, die dem Schutz des Lebens und der Gesundheit den eindeutigen Vorrang vor anderen Überlegungen geben.

Die Wirkungen ionisierender Strahlung sind dem Laien nur schwer verständlich zu machen. Da Auftreten und Wirkung einer solchen Strahlung mit den Sinnen zunächst nicht erfassbar sind, stellt sich oft ein Gefühl der Hilflosigkeit und der Angst ein. Den mit der Kernforschung und der Nutzung der Kernenergie im weitesten Sinne befaßten Wissenschaftlern kommt deshalb besondere Verantwortung für eine sachkundige, angemessene Aufklärung der Bevölkerung zu. Die Ärzte in der Bundesrepublik Deutschland sollten ihre Patienten ausschließlich auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse aufklären, um unsinnigen Spekulationen, Unsicherheit der Bürger und Hysterie zu begegnen, zumal bei der Erkennung und Behandlung

zahlreicher Erkrankungen die Anwendung ionisierender Strahlung unverzichtbar ist. Bei der Planung zukünftiger Maßnahmen zum Schutz gegen eine erhöhte Strahlenexposition muß der Sachkunde der Vorrang vor allen anderen Überlegungen, insbesondere kurzfristigem Parteienstreit eingeräumt werden.

Die Strahlenschutzkommission beim Bundesminister des Innern hat wiederholt fundierte Beurteilungen der vorliegenden Fakten der Öffentlichkeit mitgeteilt. Ihre detaillierte Empfehlung vom 15. und 16. Mai 1986, die sich mit besonders drängenden Fragen befaßt, sollte in weitaus größerem Umfang als bisher beachtet werden, um die Diskussion über die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl/UdSSR zu versachlichen. Diese Empfehlung wird im Deutschen Ärzteblatt veröffentlicht, so daß alle Ärzte ihre Patienten nach dem Stand neuester Erkenntnisse beraten können.

Die Bundesärztekammer regt an, kritisch zu prüfen, wie in Zukunft die Beachtung der von der Strahlenschutzkommission festgelegten Richtwerte durch die politisch Verantwortlichen gewährleistet werden kann. Die in Bundesländern und Kommunen unterschiedliche Festsetzung von Grenzwerten und die sich teilweise widersprechenden Empfehlungen nach dem Kernkraftwerksunglück haben zu einer erheblichen Beunruhigung der Bevölkerung geführt. Gerade auf dem schwierigen Gebiet des Strahlenschutzes sind aber für die Bevölkerung klare Angaben und Aussagen unerlässlich.

Als wichtigste Konsequenz aus dem Kernkraftwerksunfall in der UdSSR ergibt sich die Forderung, die Sicherheitsvorkehrungen bei der Nutzung der Kernkraft sorgfältig zu überprüfen und – wo immer nötig und möglich – weiter zu verbessern. Die jetzt erfolgte Konzentration der Zuständigkeit in dem neugeschaffenen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ist dafür eine wichtige Voraussetzung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesärztekammer unterstützt ferner uneingeschränkt den Vorschlag des Bundeskanzlers, auf einer internationalen Konferenz aller kernkraftnutzenden Staaten die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen verbindlich zu vereinbaren.

Dr. med. Karsten Vilmar, Präsident.“

Ihre Stromversorger  
VDEW – Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke – e.V., Frankfurt



## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

### „Saulus Spasowski“

Die Memoiren des früheren polnischen Diplomaten Edmund Spasowski; WELT-Serie

Die amerikanische Ausgabe dieser Memoiren wurde von den Exil-Polen älterer Generationen, die seit Jahrzehnten die kommunistische Diktatur bekämpfen, kaum mit lautstarkem Beifall quittiert. Der propagan-



Tadeusz Nowakowski  
FOTO: BRIGITTE SCHÄFER

distische Wert des „Falles Spasowski“ wird zwar nicht unterschätzt („man hat denen da eins ausgewischt“), dennoch: Es bleibt ein Unbehagen. In einer polnischen Zeitung in Chicago schreibt ein angesehener Widerstandskämpfer, die Damaskus-Erlebnisse seien im Prinzip zu begrüßen, nichts gegen die wundersamen Verwandlungen, solange die frischgetauften Paulusse nicht versuchen mit dem Neophytenfieber die uralten Christen über die Unzulänglichkeiten des Heidentums bzw. über die Vorzüge der neuen Religionen aufzuklären. Aber es gibt auch einige Pragmatiker, die über jede Art von „moralischem Rigorismus“ erhaben sind, und ihre Argumente lauten: Politik ist keine Theologie, sie richtet sich nach dem Gesetz der Nützlichkeit, das Damaskus-Erlebnis (falls überhaupt vorhanden) könnte höchstens die Seelsorger beschäftigen, dem geschenkten Saul schaut man nicht auf Maul, der wertvollste Überläufer ist der, der sich erst morgen früh entschließt, die Freiheit zu wählen, sein politisches curriculum vitae interessiert uns weniger.

Ob wir mit einem wichtigen Beitrag zur Erforschung der Zeitgeschichte zu tun haben? Daß der Kat-

ser im Osten splitterackt ist, ist so gar den Halbblinden längst aufgefallen. Immerhin wird dem Leser ein interessantes Psychogramm und ein Mentalitätsstudium eines bestimmten Menschentypus geliefert, der nach bestem Wissen und Gewissen der Diktatur jahrzehntlang cum laude dient, bis er eines Tages, unter dem Druck der veränderten Wetterlage, entdeckt, was jedem Kind in seiner Heimat bekannt ist. Ob diese recht verspäteten Entdeckungen des ehemaligen Botschafters seine Landsleute dahelb besonders beeindrucken werden, ist nicht sicher. Die Zentrale wird ihre Auslandsvertreter noch stärker bewachen lassen als es bisher der Fall war. Die Idee, nur solche Diplomaten nach Westen zu schicken, die keine fremde Sprache beherrschen, ist zwar bestechend, aber kaum durchführbar.

Tadeusz Nowakowski,  
Präsident des „Polnischen Nationalrates in Deutschland“  
(London/München)

### Der Weltraum

Ja, wo fängt der Weltraum an? Bei 25 333,07 Kilometer über „der“ (welcher? Meer? Gebirge?) Erdoberfläche? Oder etwas darüber? Oder etwas darunter? In Höhe der Satelliten? Wo hört denn die Erde auf, so daß dann der Weltraum beginnen kann? Und wo findet dann „der Krieg der Sterne“ statt?

Zur Beruhigung aller Sternenkrieger: Der „Weltraum“ beginnt nämlich genau an der Erdoberfläche, ob bei Normalnull oder im Himalaja, und nirgendwo anders. Wir alle, wenn auch glücklicherweise umhüllt vom Luftraum, leben in Wahrheit „im Weltraum“. Es ist der größte Unsinn, den Weltraum woanders beginnen lassen zu wollen. Die Sterne sehen von hier aus nicht anders aus wie aus einem Weltraumschiff.

Die Raketen im „Ertraum“ sind keine anderen Waffen als solche, die über irgendwo endenden Luftkühle bewegt werden können. Wenn es legal ist, gegen die „unteren“ Raketen Abwehrwaffen zu erfinden, so ist es genauso legal, Waffengleichheiten zu erforschen und zu erproben, die der Abwehr von Raketen dienen sollen, die sich in demselben Weltraum

bewegen wie wir, nur oberhalb der Lufthülle, von wo sie uns bedrohen, auch wenn sie aus der Weltraumhöhe des Mondes zu befürchten wären.

Deshalb ist die Verteufelung der Amerikaner, sie wollten „den Krieg der Sterne“, eine der albernsten Beschuldigungen, die der ignorante Antiamerikanismus erfunden hat und verbreitet. Die Sterne kümmern sich einen Dreck um die Kriege der Menschheit, die letztlich tatsächlich „im Ertraum“ endet, nämlich wenn sie unter dem Rasen liegt, wo sie keine „Ertraum“- und keine „Weltraumrakete“ mehr lebend erreicht.

J. Suchsland,  
Wesel

### Renten

„Beamtene müssen bei Rentenreform Beitrag leisten“, WELT vom 5. Juni

Welch ein bedauerlicher Zungenschlag, wenn es da heißt, die Staatsdiener sollten einen Beitrag „zur Sanierung der gesetzlichen Rentenversicherung leisten“. Wir müssen unsere gesetzliche Rentenversicherung so behalten, wie sie ist, beitrags- und leistungsbezogen, adäquate Erstattung der Fremdleistungen durch die Steuerkasse; doch bitte keine „fürsorglichen“ Unterstützungsbeiträge!

Der öffentliche Dienst ist ohnehin bereits bei uns versichert. Ein unvergleichbares Ärgernis ist hier lediglich die seit 1973 voll aus Steuermitteln finanzierte Zusatzversorgung. Hier wieder den alten Stand herzustellen, wäre schon eine beachtliche Tat des Gesetzgebers; vergleichbar etwa den vielen Betriebsrenten, an denen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit gleichen Beitragsanteilen beteiligen.

Was jedoch spricht, vom heutigen Beamtengesetz einmal abgesehen, eigentlich dagegen, daß auch für Beamte eine beitrags- und leistungsbezogene Regelung über eine Versorgungs- oder Versicherungsanstalt geschaffen wird, in die die beiden Partner glei-

### Wort des Tages

„Jedes System ist ein System der Notwendigkeit und der Freiheit zugleich.“

Georg Wilhelm Hegel, deutscher Philosoph (1770-1831)

che Beitragsanteile einzahlen? Für eine Zusatzversorgung ähnlich des öffentlichen Dienstes, natürlich mit persönlicher Beteiligung, sollte es dann auch noch reichen.

Für alles aber, was dann über einen bestimmten Beitrags-Leistungs-Standard hinaus erwünscht ist, muß, wie bei uns Arbeitnehmern der freien Wirtschaft üblich, die „Eigeninitiative“ zum Zuge kommen. Ist „Eigeninitiative“ nicht ein beliebtes Stichwort unserer Koalitionsparteien?

Mit freundlichen Grüßen  
Bruno Schulze-Weweler,  
Hamburg 90

\*  
„Famulus für Trümmerfrauen“, WELT vom 5. Juni

Sieben Millionen „Trümmerfrauen“ haben mit ihrem 1,8-Kinder-Schnitt 12,6 Millionen Nachkommen, die heute mit ihren Beiträgen die laufenden Renten mitfinanzieren. Nach dem famosen „Generationsvertrag“ dürfen die Mütter aber nicht teilhaben. Da sollte in der Tat Karlsruhe entscheiden, ob es sich um einen Vertragsbruch handelt, wenn der Vertragspartner ausgetrickelt wird.

Mit freundlichen Grüßen  
Rudolf Wurm,  
Feuchtwangen

### Unsitte

„Trinkgelder werden nicht verteidigt“, WELT vom 7. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren, zu begrüßen ist, daß die Bundesbahn den Service in den InterCity-Zügen verbessert. Möge dies auch in anderen Zügen geschehen. Sehr befremdet mich nicht nur die Überschrift, sondern auch der letzte Satz des Artikels.

Die Bediensteten der Bundesbahn dürfen wohl so gestellt sein, daß sie nicht auf Trinkgelder angewiesen sind. Der Beitrag von Herrn Nitschke ist geradezu eine Aufforderung, welche zu geben? Was heißt hier: „... um den Fahrgast nicht zu verärgern“? Der Fahrgast kann so etwas bisher nicht, denn es war mal unsere Stärke, daß es diese Unsitte bei uns nicht gab. Nach diesem Beitrag wird man sich wohl überlegen müssen, ob nicht auch der Fahrkartenverkäufer ein Trinkgeld erwartet!

Mit freundlichem Gruß  
Ursula Krämer,  
Darmstadt-Eberstadt

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## Personen

### AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter in Chile wird der bisherige Beauftragte des Auswärtigen Amtes für Lateinamerika-Politik, Dr. Horst Kullak-Ublick. Der Diplomat, 1924 in Ostpreußen geboren, studierte Landwirtschaft und besitzt einen Doktor in den Agrarwissenschaften. Seit Anfang der fünfziger Jahre gehört er dem Auswärtigen Dienst an. Er war in Teheran, Colombo und London tätig, arbeitete als Ständiger Vertreter des Generalkonsuls in São Paulo und ging 1979 in die Kulturregierung des Auswärtigen Amtes. Von 1980 bis 1983 war er dort stellvertretender Leiter.

Djilas seine montenegrische Heimat, das stolze harte Volk der Montenegreiner - und dabei auch sich selbst.

### VERANSTALTUNG

Der königlich-britische Botschafter Sir Julian Bullard hielt auf Still. Beim Empfang zu Ehren des 60. Geburtstages von Königin Elizabeth II. in seiner Bad Godesberger Residenz, bewachten den Eingang des weißen Hauses am Rhein die Guards von den Royal Green Jackets. Es war das Regiment, in dem Sir Julian Bullard als junger Mann gedient hatte. Der Botschafter und Ehefrau Lady Margaret begrüßten 1000 in- und ausländische Party-Gäste, unter ihnen vor allem die Botschafter aus dem EG-Bereich und aus dem Commonwealth. Glückwünsche der Bundesregierung überbrachte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und frühere Botschafter in London, Jürgen Rühfus. Grüße heute in Belgrad seinen 75. Geburtstag. Der ehemalige Stellvertreter Tilo und glühende Verehrer Stalins wurde 1954 von allen politischen Ämtern abgesetzt, nachdem



Milovan Djilas

er für eine Demokratisierung des kommunistischen Systems plädiert hatte. Sein Buch „Die neue Klasse“ wurde zu einer sensationellen Abrechnung mit dem kommunistischen System. Zehn Jahre verbrachte Djilas in den Gefängnissen Jugoslawiens. Ungebrochen blieb er bei seiner politischen Kritik am Kommunismus. Zugleich ist Djilas, was für einen politischen Handelnden ungewöhnlich ist, einer der größten lebenden Schriftsteller seines Landes und seiner Sprache. Den bedeutendsten Roman hat er dem montenegrischen Fürsten, Dichter und Bischof Njegos gewidmet. Dort beschreibt

Pfänger („Reutlinger Generalanzeiger“) erhielten den Preis jeweils zur Hälfte zuerkannt. Die beiden Preise für Beiträge aus dem lokalen Bereich gingen an Hans Frieder Baisch, Bernhard Kolb und Kurt Leidner für ihre Artikelfolge „Die verrätene Region“ („Pirmasenser Zeitung“) und an Horst Wisser für seine Artikelfolge „Das Millionendiebstahl von Kampen“ („Hamburger Abendblatt“).

### BERUFUNG

Zum neuen Leiter der Evangelischen Akademie in Berlin ist der bisherige Stadtjugendpfarrer von Kassel, Dr. Pieter de Haas, von der



Pieter de Haas

Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg (West) berufen worden. Er tritt die Nachfolge von Franz von Hammerstein an, der in den Ruhestand geht. Die Berufung gilt zunächst für sechs Jahre. De Haas stammt aus den Niederlanden, ist 48 Jahre alt und seit neun Jahren in Kassel tätig. Davor arbeitete er als Studienleiter in der Evangelischen Akademie Bad Boll in Württemberg und als Geistlicher in der niederländischen Gemeinde in Luxemburg.

### WAHL

Der Dortmunder Architekt Heino Döring ist zum neuen Präsidenten der Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands e. V. (VFA) gewählt worden. Vizepräsident wurde Helmut Pralat aus Hannover. Der bisherige Präsident, Horst Schwartow aus Berlin wurde Ehrenpräsident der VFA.

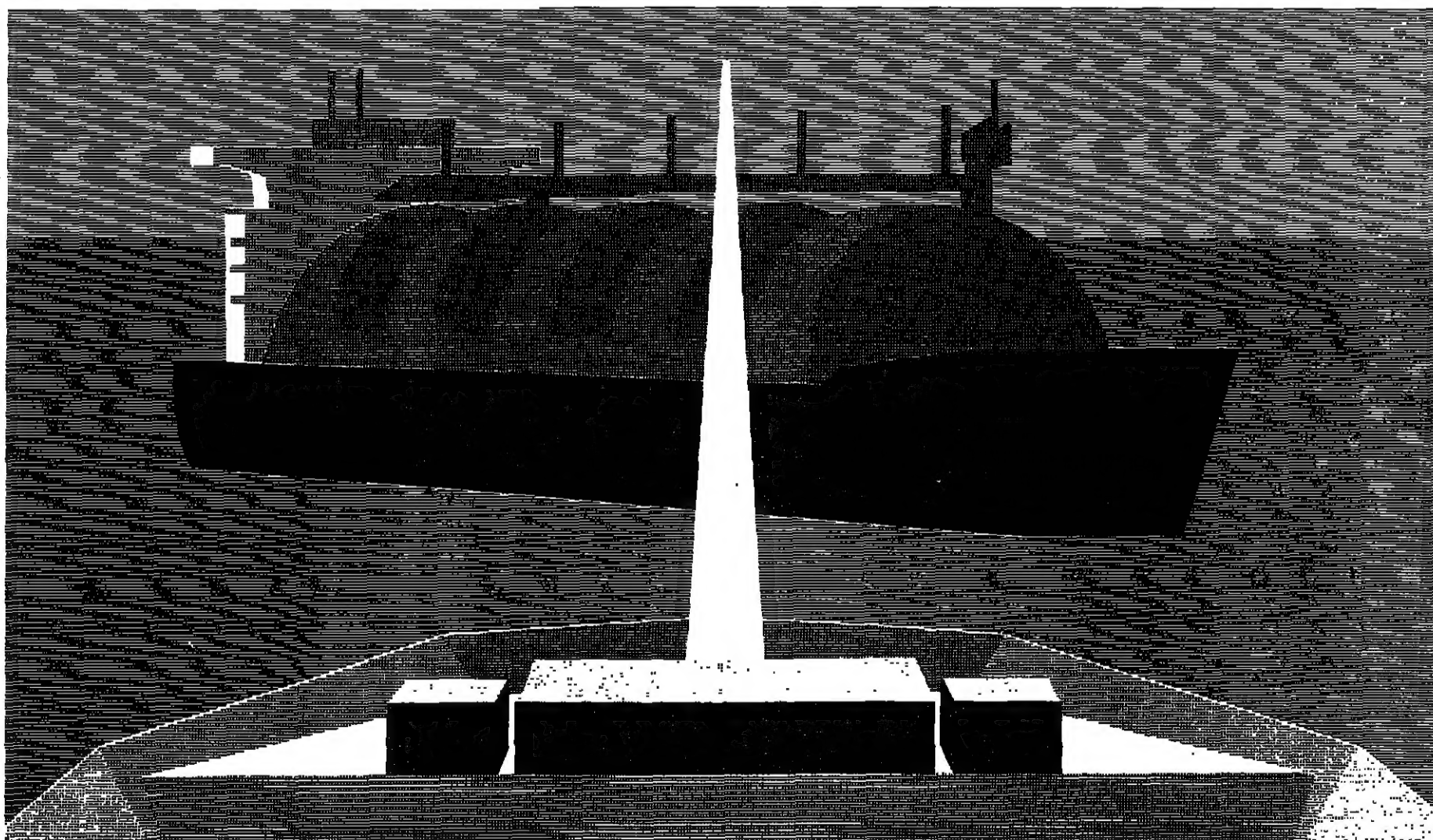
### EHRUNGEN

Den Theodor-Wolff-Preis für hervorragende journalistische Leistungen in deutschen Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen haben Rudolph Chimelli für seinen Beitrag „Ein Blutbrunnen, der in Süßen sprudelt“ („Süddeutsche Zeitung“) und Corat Schnäbgen für seinen Artikel „Oh, Stephanie! Wo bist du?“ („Die Zeit“) erhalten. Bernd Behr („Münstersche Zeitung“) und Franz

### GESTORBEN

Der erste Präsident des Bundessozialgerichts in Kassel, Dr. h. c. Joseph Schneider, ist im Alter von 85 Jahren in Bonn gestorben. Dr. Joseph Schneider stand von 1954 bis 1968 an der Spitze der höchsten sozialgerichtlichen Instanz. Bei seiner Verabschiedung war er vom damaligen Bundesarbeitsminister Hans Katzer (CDU) für seine Verdienste um die Vereinheitlichung des Rechts im sozialen Bereich gewürdigt worden.

## Krupp elektronische Systeme



## Tanker voraus! Alarm! Kollision? Susan simuliert mal wieder.

SUSAN ist ein Simulationssystem für die Führung und das Verhalten von Hochseeschiffen in allen denkbaren Situationen. Entwickelt von Krupp Atlas Elektronik, einem Unternehmen im Krupp-Konzern.

Mit Hilfe von Prozeßrechnern eigener Produktion werden dabei Szenarien im Maßstab 1 : 1 wirklichkeitsgetreu dargestellt. Von Schiffsbrücken, die einen Rundblick von 250° ermöglichen, werden Häfen angesteuert - auch solche, die noch im Bau sind. Schiffe können noch vor ihrem Stapellauf getestet werden.

SUSAN geht dabei mit den Testpersonen recht energisch um: Sie werden geschüttelt und geschaukelt wie auf hoher See. Wetter, Sichtverhältnisse und Verkehrsdichte ändern sich von einer Minute zur anderen.

Durch eine derartige Schulung werden die Risiken menschlichen Versagens entscheidend vermindert. Zum Beispiel

Umwelt-Katastrophen wie die Kollision von Öltankern in küstennahen Gewässern.

Eine andere Weltneuheit von Krupp ist NACOS 20. Ein rechnergesteuertes Navigations- und Kommandosystem, das automatisch den programmierten Kurs überwacht, ähnlich dem Autopiloten eines Verkehrsflugzeuges. Die Radar-Darstellung erfolgt mit bisher unerreichter Brillanz wie auf einem Fernsehschirm. Das Schiff ist über Satellit on-line mit der Reederei verbunden.

Elektronik von Krupp ist nicht nur auf hoher See in ihrem Element. Sie steuert Sendeablauf und Nachrichten im neuen ZDF-Sendezentrum Mainz. Sie steuert automati-

sierte Industrieprozesse. Als Betriebsleitsystem für den öffentlichen Nahverkehr bringt sie Busse und Stadtbahnen schneller und pünktlicher ans Ziel.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.



# KRUPP

Wenn Sie weitere Informationen über elektronische Systeme von Krupp wünschen, wenden Sie sich bitte an Krupp Atlas Elektronik GmbH, Postfach 448545, D-2800 Bremen 44.



WELTMEISTERSCHAFT / Wieder Krach in der deutschen Mannschaft – Beckenbauer: „Kindergarten“

Mann des Tages

● **ALESSANDRO ALTOBELLI**  
Er liebt gern Hemingway, geht mit Vorliebe zur Jagd und widmet sich intensiv seiner Familie. Außerdem ist er bemüht, seine Fußball-Milliarden-Löhne gewinnbringend anzulegen. Daß Alessandro Altobelli (30) immer noch ein Ausnahmesturm ist, zeigt der Blick auf die Torschützenliste. Mit fünf Treffern führt Altobelli vor dem Dänen Elkjaer-Larsen (4 Treffern). Er allein hat alle fünf Tore Italiens erzielt. Die FIFA hat dem Mann von Inter Mailand auch das dritte Tor gegen Südkorea zuerkannt, obwohl Kwang-Rae Cho den Ball mit der Hand ins eigene Tor gelenkt hatte. „Ich habe die Nummer vier so bedrängt, daß der Ball im Netz landete. Auch das dritte Tor ist meins“, hatte Altobelli (30) sofort erklärt. Und: „Hauptsache ist, daß wir fünf Tore gemacht und das Achtelfinale erreicht haben.“ Altobelli wird der beste italienische Spieler dieser WM, sagt Alt-Star Gianni Rivera schon jetzt über unseren Mann des Tages.

Gesagt

„Er ist jetzt 40 und muß selbst wissen, was er tut.“  
Manager Robert Schwan über seinen Schützling Beckenbauer.

Heimweh

Franz Beckenbauer hatte ihn den „Boris Becker des Fußballs“ genannt, in Mexiko für ihn aber noch nicht einmal einen Platz auf der Auswechselbank übrig. Jetzt kommt noch ein Muskelfaserriß (zugezogen im Training) dazu – und das Heimweh. Olaf Thon (20) will nach Hause. Trainer Köppel: „Ich an seiner Stelle würde bleiben, weil man mit 20 auch als Zuschauer bei einer WM viel lernen kann.“ Thon: „Entscheiden tue ich ganz alleine.“

Gelesen

„Ruhig Jungs – laßt die Fahnen lieber im Schrank, knallt nicht mit den Sektkorken und unterläßt Straßenkarusselle. Ein solcher Sieger verdient keine Feiern.“  
„Corriere della Sera“, Italien

Schlachtruf

Trotz Sprachbarriere haben Belgien Fußball-Fans in Mexiko einen gemeinsamen Schlachtruf gefunden. Die Parole heißt nicht mehr „Bel-gie“ (flämisch), auch nicht länger „Bel-gi-que“ (französisch) sondern „Bel-gi-ca“.

Besuch

Frankreichs Regierungskreis Jacques Chirac kündigte per Tageszeitung seinen Besuch in Mexiko an. Er will der französischen Mannschaft im Viertelfinale den Rücken stärken. Auch den Gegenpart hat er schon ausgesucht: Brasilien. Das Endspiel wird Chirac dann wieder per Fernseher aus Paris verfolgen. Die französische Mannschaft braucht im Finale keine Motivation mehr zum Sieg.

Fernsehen heute

● ARD: 6.00 – 9.00 Uhr: Frühstücksfest. – 13.15 – 13.45 Uhr: Mexiko gestern und heute. – 17.15 – 17.45 Uhr: Mexiko-Magazin.  
● ZDF: 19.30 – 22.30 Uhr: WM-Studio Mexiko mit Algerien – Spanien (live) und Nordirland – Brasilien (Aufzeichnung).



● Karl-Heinz Rummenigge sitzt mit grimmiger Miene beim Training auf dem Rasen (Foto). Steht der (ehemalige?) Weltklasse-Spieler für einige seiner Kollegen vielleicht schon im Abschied?

● Der Kapitän hat jedenfalls einen als Drahtzieher von Intrigen ausgemacht: Seinen Stellvertreter Harald Schumacher. Zefüllt die Mannschaft jetzt in Gruppen – Münchner gegen Kölner?



Rummenigge kontra Schumacher – das offene Duell der zwei Kapitäne

ULRICH DOST, Queretaro  
Karl-Heinz Rummenigge probte den Aufstieg – und mußte am Ende klein beigeben. Das ist das Fazit eines Disputes, den der Kapitän der deutschen Nationalmannschaft mit dem Kölner Harald Schumacher angezettelt hat. Zum ersten Mal trugen zwei Nationalspieler bei dieser Weltmeisterschaft in Mexiko einen öffentlichen Zweikampf aus. Sie stritten sich um eine Position in der Mannschaft. Teamchef Franz Beckenbauer urteilt: „Wenn man keine Probleme hat, dann macht man sich welche. Wir haben die Sache unter Männern gelöst.“ Rummenigges Vorwurf, Schumacher mache Stimmung gegen ihn, um so seine Kölner Vereinskollegen Klaus Allofs und Pierre Littbarski in der Mannschaft zu belassen.

Anfangen hatte alles am frühen Abend beim Pressegespräch mit den Journalisten. Karl-Heinz Rummenigge gab seinen täglichen Gesundheitsbericht. Er habe beim Training keine Schmerzen mehr gespürt, er sei fit und glaube, 100prozentig einsatzfähig zu sein. Er sei zwar schon glücklicher gewesen, doch der Rest an Unwohlsein ließe sich nur durch ein Spiel abbauen. Die Entscheidung aber, ob er Freitag gegen die Dänen eingesetzt werde, sei Sache des Teamchefs. Er wolle in diese Angelegenheit keine Polemik reinbringen. Er habe alles Menschenmögliche getan, um rechtzeitig wieder fit zu werden. Auf keinen Fall wolle er Mitleid erzeugen. Rummenigge: „Franz Beckenbauer muß zeigen, daß er zu mir Vertrauen hat.“

Im Ton schärfer antwortete er dann schon auf die Frage, ob ihm zu Ohren gekommen sei, daß einige Spieler gegen seine Aufstellung seien. Rummenigge: „Wer für wen votiert, ist mir egal. Ich bin kein Herdentier, sondern stolz darauf, daß ich immer ein Individualist war.“ Bei der Frage, ob er denn die Stimmung innerhalb der Mannschaft gegen ihn mitbekommen habe, platzte Rummenigge heraus: „Ich muß nur Toni Schumacher vorwerfen, daß er gegen mich Stimmung macht. Rudi Völler ist da zum Beispiel vollkommen draußen. Es spielen ja nun zwei Kölner auf dem Posten, der für mich in Frage kommt.“

Rummenigge behauptete, er habe das Problem in einem Gespräch mit Schumacher klären wollen. Die Antwort sei für ihn unbefriedigend gewesen. Rummenigge: „Die Sonderbehandlungen, die er mir unterstellt hat zum Beispiel, daß der Massager auf mein Zimmer kommt und daß ich nicht mehr akzeptiert werde, sind doch Kinderkram. Das finde ich lächerlich.“

Rummenigge sagte, er sei nicht unglücklich, aber enttäuscht, weil alles von einem Spieler ausgehe. „Alles kam vom Toni, und die beiden anderen Kölner sind nicht unglücklich darüber.“ Einen Seitenhieb ließ der Kapitän dann auch noch gegen den Teamchef los. Vor sechs Tagen habe er in der Zeitung das Beckenbauer-Zitat gelesen: „Wenn Rummenigge

sich fit meldet, spielt er.“ Beckenbauers Kehrtwendung nach den zwei WM-Spielen: „Es steht noch nicht fest, ob Rummenigge am Freitag zu den ersten Elf gehört.“ Dann Trainer Horst Köppel: „Derzeit sind wir nicht sicher, daß wir mit Rummenigge mehr Erfolg haben. Das ist eine schwierige Entscheidung, die wir treffen müssen.“

Als sich Rummenigge seinen Kummer von der Seele redete, saß Harald Schumacher schon beim Abendessen. Bevor er mit den Vorwürfen konfrontiert werden konnte, wurde er von seinem Manager Rüdiger Schmitz auf dessen Zimmer dirigiert. Dort saß der Kölner Torwart dann und war geladen wie ein Pulverfaß. Er bestritt, daß das von Rummenigge zitierte vertrauliche Gespräch stattgefunden habe. Im Gegenteil: Er habe sich bei Rummenigge beschwert, weil der ihn vor den Spielerratsitzungen mit den Trainern auf ein Thema eingeschwenkt habe, in der Diskussion dann aber stets auf die andere Seite gesprungen war. Schumacher deutet: „Erst macht er mich heiß, und dann übernimmt er die Argumente der anderen gegen mich. Das nenne ich Schleimseiferei.“

Die beiden anderen Kölner hatten sich inzwischen ebenfalls im Zimmer des Managers eingefunden, um das gemeinsame Vorgehen zu besprechen. Klaus Allofs: „Ich kann doch nicht sagen, daß ich nicht von Anfang an spielen will. Ich glaube, das war der letzte Versuch von Kalle, in die Mannschaft zu kommen.“ Pierre Littbarski: „Ich fühle mich gar nicht angesprochen. Ich spiele im Mittelfeld, und Kalle hat doch selbst gesagt, daß er Stürmer ist.“ Die Kölner fühlten sich stark. Allofs hatte die beiden wichtigsten Treffer im Turnier erzielt. Und im zweiten Spiel harmonisierten Völler, Allofs und Littbarski gut miteinander. Schumacher wollte die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Er wollte sofort ein Gespräch mit Beckenbauer. „Er war so wütend“ – so sein Manager Rüdiger Schmitz –, „daß er wohl nach Hause gefahren wäre, wenn ich nicht hier gewesen wäre.“

Im Speiseraum der deutschen Delegation im „La Mansion Galindo“ trafen sich dann die Parteien zu einer Aussprache. Draußen lärmten die Kollegen in den Sesseln herum. Matthäus, Augenthaler, Stein und Thon an einem Tisch. In der anderen Ecke hockten Völler, Brehme, Berthold, Hergert, Rahn, Roßberg und Jakob waren zum Billard gegangen. Eder zog sich auf sein Zimmer zurück. War das der sichtbare Beweis für das Auseinanderbrechen eines Teams?

Am Ende war wieder Ruhe eingekehrt. Eine vordergründige und oberflächliche Ruhe? Karl-Heinz Rummenigge hatte die Machtprobe, die Konfrontation oder was immer es auch war, fürs erste verloren. Er mußte zurückstecken. Doch die Akte des öffentlichen Gerangels zwischen dem Kapitän und seinem Vertreter ist noch lange nicht geschlossen.

Chronologie der hausgemachten Krise

Am Ende standen diese Worte: „Karl-Heinz Rummenigge hat im Beisein von Teamchef Franz Beckenbauer, Pierre Littbarski, Klaus Allofs, Berti Vogts, Horst Köppel und mir mit Harald Schumacher diskutiert und sich von ihm überzeugen lassen, daß die Vorwürfe nicht stimmen. Damit sind die Differenzen beidseitig ausgeräumt.“

Mit dieser Erklärung von DFB-Delegationsleiter Egidius Braun endete am Dienstag, weit nach Mitternacht (Ortszeit), die Kontroverse zwischen dem Kapitän der deutschen Fußball-Nationalmannschaft und seinem Stellvertreter.

Die Chronologie einer hausgemachten Krise:

● 19.00 bis 19.30 Uhr: Der Teamchef hält seine übliche Pressekonferenz

ab, danach stellen sich die Spieler den Fragen.

● 19.45 Uhr: Kapitän Karl-Heinz Rummenigge erhebt öffentlich Vorwürfe gegen Schumacher.

● 20.00 bis 20.45 Uhr: Mannschaftsessen. Schumacher verläßt den Raum durch den Hinterausgang. Er geht auf sein Zimmer.

● 20.55 Uhr: Pierre Littbarski holt Schumacher zurück. Es muß verhandelt werden.

● 21.06 Uhr: Beginn einer Krisensitzung mit Schumacher, Rummenigge, Littbarski, Allofs und Beckenbauer.

● 21.13 Uhr: Nach einem Blitzeinschlag fällt der Strom aus. Das Quintett diskutiert bei Kerzenlicht.

● 21.40 Uhr: Littbarski schlüpft in die Rolle des erkrankten Pressesprechers

Rainer Holzschuh, löst vom schwarzen Brett einen ausgehängten „Spiegel-Artikel“, sagt als Berliner auf Kölsch: „Leck mich in die Tüsch, ist das ein Scheiß“ und kehrt in die Runde zurück, zu der sich mittlerweile Braun gesellt hat.

● 22.05 Uhr: Schumacher verschwindet zum zweiten Mal durch den Hinterausgang.

● 22.25 Uhr: Fotografen und Kameraleute bauen sich vor dem Fenster des Speisesaals auf. Zur gleichen Zeit spielt und singt die Hausband immer noch von Freud und Leid. Titel: „Yo soy un hombre sincero – Ich bin ein einsamer Mann.“ Paul Breitner sagt: „Wenn einer nach Hause fliegen muß, kann man mich ja nachnommieren.“

● 22.37 Uhr: Braun verläßt den Saal und wird von den etwa 50 wartenden

Journalisten bestürmt. Kommentar: „Ich muß mal.“

● 22.53 Uhr: Rummenigge verläßt den Saal ebenfalls durch den Hinterausgang und schleicht zu wartenden Journalisten vorbei über den Rasen zum Zimmertrakt. Karlheinz Förster sagt: „Alles unartig.“

● 22.55 Uhr: Beckenbauer, Littbarski, Allofs, Köppel und Vogts folgen wortlos.

● 22.57 Uhr: Braun wählt den Hauptausgang. Kommentar: „Meine Herren, wir wechseln den Tisch und diskutieren weiter. Um Mitternacht komme ich mit einer Erklärung.“

● 23.59 Uhr: Braun kehrt mit der offiziellen DFB-Erklärung zurück. Schlußwort von Beckenbauer: „Ein Kindergarten ist ein Dreck dagegen.“ (ud/sid)

So sieht es WOLFGANG SCHÄUBLE

Beckenbauer liegt richtig

Von W. SCHÄUBLE

Ich bin Optimist. Bei einer Fußball-Weltmeisterschaft habe ich bis zuletzt Hoffnung auf den Titel. Auch wenn die Spieler der deutschen Nationalmannschaft vor Mexiko zu unbegrenzter Zuversicht keinen Anlaß geben. Die Begegnungen gegen Uruguay und Schottland haben jedoch deutlich gezeigt, daß die Elf jetzt besser spielt als in der Vorbereitungszeit. Konditionell hat sie keinerlei Probleme, obwohl Höhenlage und Hitze immer wieder als Handicap dargestellt wurden. Aber es liegt wohl im Wesen der Deutschen, immer die schwierigen Bedingungen zu betonen.

In beiden Spielen hat mich Klaus Allofs überzeugt, war er doch eine erstaunlich starke Angriffsspitze. Karl-Heinz Rummenigge war sicher nicht der alte, aber es ist wohl nicht möglich, in einer Viertelstunde vor dem Schlußpfiff Höchstleistung zu zeigen. Er ist zweifelsohne ein außergewöhnlich großer Fußballspieler, und wenn er in körperlich und psychisch guter Verfassung ist, gehört er ins Team. Den Argumenten der Kölner Spieler, die seinen aufeinander eingespielt, muß man entgegenhalten, daß das bei Littbarski und Allofs nicht zwingend zu sehen war.

Wenn ich mir die bisherigen Erfolge der deutschen Mannschaft bei dieser WM betrachte, kann ich nur sagen, auch Teamchef Beckenbauer liegt mit seiner Taktik richtig. Sicher waren seine Äußerungen vor Beginn des Turniers unklug. Aber er hat sie zurückgenommen, und ich billige jedem zu, einmal einen unüberlegten Satz zu sagen. Das ist in der Politik nicht anders. Franz Beckenbauer mag die Unruhe im deutschen Lager bewußt provoziert haben, um dem zwangsläufig durch langwieriges Training und dichtes Beisammenleben einsetzenden La-



Wolfgang Schäuble  
ZEICHNUNG: BÖHLE

gerkoller entgegenzuwirken. Mir waren die deutschen Spieler bei zurückliegenden Weltmeisterschaften oft zu ruhig. Da war die Aktion des Teamchefs sicher ein angemessenes Mittel, um den psychologischen Widerstand zu stärken. Und es ist doch geradezu symbolisch, wenn jemand einmal aus der Haut fährt.

Ich freue mich auf das Spiel gegen Dänemark, auch wenn die Qualifizierung beider Mannschaften den Pfiff nehmen könnte. Eine Wiederholung der bei der WM in Spanien ausgetragenen Partie gegen Österreich wird es sicher nicht geben. Da sind die Dänen keine Partner, und die Deutschen haben aus dem damaligen Spiel wohl eine Lehre gezogen. Eine gewisse Unbeschränktheit kann auch ihren Reiz haben, schließlich wollen beide Teams beweisen, daß sie die anderen schlagen können.

Den Gastgebern wünsche ich Erfolg – bis sie gegen uns Deutsche spielen, dann schlägt mein Fußballherz ganz klar für Deutschland. Schließlich glaube ich bis zuletzt an den Weltmeister Deutschland.

Dz. Wolfgang Schäuble (43) ist Kanzlerminister. Die WELT gibt Prominenten aus Politik, Kultur und Wissenschaft Gelegenheit, ihren ganz persönlichen WM-Kommentar zu schreiben.

STANDPUNKT / Feuer unterm Dach – ist es noch zu löschen?

Ist das Feuer unter dem Dach der deutschen Nationalmannschaft noch zu löschen? Bricht das deutsche Team auseinander, ohne zu beweisen, daß es zu einer harmonischen Einheit wachsen kann? Es brennt lichterloh. Und einige werden sich die Finger verbrennen. Rummenigge, der Weltstar, ist ungeduldig geworden und nervös, was nur den Schluß zuläßt, daß er unter gewaltigem Druck steht. Haben ihm vielleicht seine Werbepartner die Pistole auf die Brust gesetzt? Ein Rummenigge, der nicht spielt, das ist für die PR-Manager zwar geworfenes Geld.

Der Kapitän der Nationalmannschaft hat sich unklug verhalten. Noch stand ja nicht fest, ob er gegen Dänemark spielen würde. Noch wollte Franz Beckenbauer die Zeit für

sich und den Mannschaftsführer nutzen. Rummenigge ist vorgeprescht und hat ein Chaos angerichtet. In Harald Schumacher hat er einen Feind ausgemacht, der ihm gar nichts Böses wollte. Noch am Nachmittag, Stunden bevor Rummenigge seine Attacke startete, sagte Schumacher in einem Gespräch mit der WELT: „Wenn der Kalle spielt, wenn er ein gutes Spiel liefert, dann ist er unser Chef. Das ändert sich im Fußball von einem Tag auf den anderen.“ Hat Karl-Heinz Rummenigge daran selbst nicht mehr geglaubt?

Ein so erfahrener Spieler wie er, der schon 90 Länderspiele bestritten hat, muß doch wissen, daß er auf seine Chance zu warten hat. So aber sieht es nach gekränkter Eitelkeit aus. Selbst wenn Rummenigges Un-

terstellungen, der Kölner Torwart mache Stimmung gegen ihn, zu Recht bestünden, hätte er trotzdem ein einmal souveränität besitzen müssen, darauf zu vertrauen, daß Franz Beckenbauer sich davon nicht beeinflussen lassen wird. So aber hat Rummenigge nur erreicht, daß sich die Mannschaft noch mehr in Gruppen und Gruppchen zersplittert wird: Auf der einen Seite die Kölner mit Schumacher, Allofs und Littbarski. Dagegen die Bayern-Gruppe (Matthäus, Augenthaler, Eder, Roßberg) mit den Hamburgern Jakob und Stein, der schon angekündigt hat: „Wenn die Kölner Mafia so weitermacht, werden sich die Münchner und Hamburger mal zusammenschließen.“

Ein Weg aus diesem Dilemma ist im Moment nicht sichtbar. Die Dänen

werden ob dieses Schauspiels lachend die Köpfe schütteln. Wer den Kölner Torwart kennt, der weiß, daß er in der Sache kaum einlenken wird. Und Karl-Heinz Rummenigge kann den Beweis, daß er unentbehrlich ist, nur auf dem Spielfeld erbringen.

Für die Mannschaft wäre es wohl am besten, sie müßte jeden Tag spielen. Die Pausen nutzen sie nur, um irgendein neues Theaterstück aufzuführen. Auf die Idee, die Zeit einmal zum Nachdenken zu nutzen, kommt niemand. Es darf nicht immer alles damit erklärt werden, daß für irgendjemand der Druck zu groß wird. Von ihren Bankkonten lassen sie sich ja auch nicht erdrücken.

Es brennt lichterloh. Bekommen sie eigentlich noch die Finger aus dem Feuer?  
ULRICH DOST

Preiswerte Spannung und Unterhaltung für alle, die das Abenteuer lieben.

Jeder Band nur DM 16,80

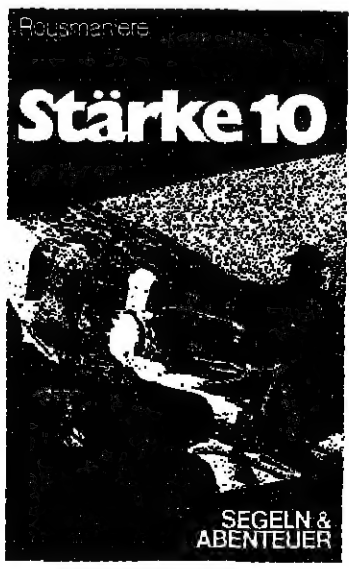
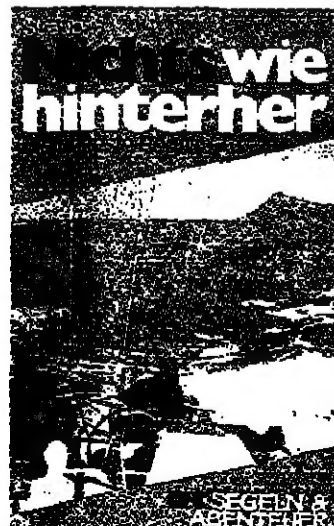
SEGELN & ABENTEUER

Dolf Straub und die WALROSS-Crew  
Nichts wie hinterher  
Die härteste Regatta der Welt  
Ohne Erfolgsaussichten beteiligt sich eine Berliner Crew mit ihrer altlichen Yacht an einem Rennen um den Globus und dennoch ist das Unternehmen für alle ein Gewinn.  
264 Seiten mit 30 Farb- und 18 Schwarzweiß-Fotos sowie 2 Kartenskizzen.

John Rousmaniere  
Sturm Stärke 10  
Der schwarze Tag von Fastnet  
Die erregende Darstellung der Geschehnisse und Folgen des größten Unfalls, das den internationalen Segelsport jemals traf.  
270 Seiten mit 61 Fotos und 5 Skizzen.

Eric Newby  
Hölle vor dem Mast  
Windjammer ohne Romantik  
Die Erlebnisse eines jungen Menschen, der als Matrose auf einer Viermastbark um die Welt fuhr und das letzte Weizenrennen mitmachte.  
262 Seiten mit 34 Fotos.

Karl Vettermann  
Hollingers Lagune  
Geschichten aus der Südsee  
Heitere Erlebnisse eines Europäers, der sich als Hafentapian und Lotse in einem kleinen Südseehafen angesiedelt hat.  
288 Seiten mit 7 Zeichnungen.



Delius Klasing Verlag, Bielefeld

Erhältlich im Buchhandel



# WELTMEISTERSCHAFT / Südkorea brachte Titelverteidiger in Verlegenheit



## Dem tieftraurigen Bum Kun Tscha schmeckte das Abschiedssessen nicht

### Gruppe A

**Südkorea - Italien** 2:3 (1:1)  
Südkorea: Yun-Kyo Oh - Young-Jeung Cho - Kyung-Hoon Park, Yong-Hwan Jung, Jung-Moo Huh - Chang-Sun Park, Kwang-Rae Cho, Joo-Sung Kim (46. Jong-Soo Chung) - Soon-Ho Choi, Bum-Kun Tscha, Byung-Joo Byun (71. Jong-Boo Kim).  
Italien: Galli - Scirea - Collovati, Vierchowood, Cabrini - Conti, de Napoli, di Gennaro, Bagni (88. Vialli) - Schiedsrichter: Socha (USA). - Tore: 0:1 Altobelli (18.), 1:1 Soon-Ho Choi (61.), 1:2 Altobelli (74.), 1:3 Altobelli (82.), 2:3 Jung-Moo Huh (86.). - Zuschauer: 14.000. - Gelbe Karte: Joo-Sung Kim, Kyung-Hoon Park, Jong-Boo Kim, Bagni, Scirea, Vierchowood.

**Argentinien - Bulgarien** 2:0 (1:0)  
Argentinien: Pumpido - Brown - Cuchifo, Buggari, Garre - Biusti, Batista (46. Olarticoechea), Burruchaga, Maradona - Valdano, Borghi (46. Enrique).  
Bulgarien: Michailow - Jellaskow - Petro, Dimitrow, A. Markow - Sirakov (70. Zdravkoff), Jordanow, P. Markow, Sadkow - Getow, Mladenow (52. Welitschkow). - Schiedsrichter: Morera (Costa Rica). - Tore: 1:0 Valdano (4.), 2:0 Burruchaga (77.). - Zuschauer: 35.000. - Gelbe Karte: Cuchifo.

### Frankreich überrascht

Der Weltmeister wurde Frankreichs Fußballern zum Nachschmecken serviert. Als Michel Platini und seine Kollegen am Dienstag in ihrem Hotel in Guayaquil bei Pudding, Käse und Kaffee saßen, stand es fest: Der Europameister trifft am 17. Juni im Olympiastadion von Mexiko City im Achtelfinale auf den amtierenden Weltmeister. „Ein schwerer Brocken“, sagt Platini, der wie seine Kollegen Italiens 3:2 in Puebla gegen Südkorea am Fernsehen verfolgt hatte. „Aber wenn wir Weltmeister werden wollen, dann müssen wir jeden Gegner schlagen, egal, wie er heißt.“

Mit Italien hatten die Franzosen offenbar nicht gerechnet. Trainer Henri Michel jedenfalls war beim falschen Spiel - er sah sich im Olympiastadion von Mexiko City die Partie zwischen Argentinien und Bulgarien an. Platini: „Die Italiener brauchen wir nicht zu beobachten. Ich selbst kann unserem Trainer genug über unseren nächsten Gegner erzählen.“

Frankreichs Pressesprecher Philippe Tournon sagte, die Begegnung am 17. Juni sei von größter Brisanz, da mit Frankreich und Italien zwei der WM-Favoriten aufeinandertrifften: „Und eine von diesen großen Mannschaften muß leider ausscheiden. Ich hoffe nur, daß wir es nicht sind.“

Der bisherige Negativbilanz gegen Italien - in 37 Spielen gab es 17 Niederlagen, 5 Unentschieden und nur vier Siege - messen die Franzosen keine Bedeutung bei. Jean Tigana: „Die Statistik spielt hier in Mexiko keine Rolle. Es kommt auf die Tagesform an, und ich bin überzeugt, daß wir gegen die Italiener unser Bestes geben können.“

Die Stimmung bei den Franzosen könnte derzeit auch nicht besser sein. Seit Montagabend sind 18 Spielerinnen im Hotel - nur die Frauen von Platini und Tigana hatten auf den Flug verzichtet.

DW. Puebla  
Bum-Kun Tscha saß als letzter noch an einem der vier Tische, die zum Abschiedssessen der südkoreanischen Mannschaft gedeckt waren. Er brauchte etwas länger als seine Mitspieler. Wie immer, wenn es bei ihm nicht nach Wunsch gelaufen ist. Und das Abschiedssessen Südkoreas bei der Weltmeisterschaft entsprach nicht seinen Hoffnungen. „Im Fußball ist alles möglich“, hatte Tscha gesagt und angesichts der Schnelligkeit seiner Mitspieler auf Konterchancen gehofft.

„Wenn Tscha trifft, haben wir die Chance, Dritter in unserer Gruppe zu werden, vielleicht sogar Zweiter“, hatte auch Trainer Jung-Nam Kim gesagt. Doch nach dem 2:3 gegen Italien ist Südkorea endgültig ausgeschieden. Vier Tore haben die Asiaten in den drei Vorrundenspielen erzielt - doppelt so viele wie die Mannschaft aus Bulgarien. Trotzdem reichte es nur zum letzten Platz in der Gruppe A. Bulgarien hatte lediglich effektiver gespielt und mit seinen zwei Toren auch zwei Punkte erzielt. Südkorea mußte sich früh aus Mexiko verabschieden.

Was den Stürmer Bum-Kun Tscha traurig stimmte. Trauriger jedenfalls als die Tatsache, daß er kein Tor erzielt hatte. Er, der Stürmer, der sogar in der starken deutschen Bundesliga regelmäßig seine Tore macht. Er, der als einziger in der Nationalmannschaft bei einem Klub im Ausland spielt und trotzdem in Südkorea zum „Sportler des Jahrzehnts“ gewählt wurde. Immerhin war Bum-Kun Tscha der einzige Spieler seines Landes, dessen Name den Zuschauern in Deutschland ein Begriff war.

Selbst der Fernseh-Reporter Günter-Peter Plog, der sich als Fußball-Experte ausweist, hatte Schwierigkeiten mit den Asiaten. Auch er konnte die Spieler nur anhand ihrer Rückennummern identifizieren. Doch die Südkoreaner haben mit ihren Darbietungen in Mexiko viel dazu beigetragen, ihren Zustand der Anonymität baldmöglichst zu beenden. Innerhalb kürzester Zeit sind sie aus der Rolle des exotischen Außenseiters in die eines ernstzunehmenden Gegners geschlüpft. Was immerhin schon Bewegung in die starre Hierarchie der Fußball-Rangordnung bringt.

Die etablierten Nationen nehmen die kleinen, wendigen und schnellen Spieler aus Asien jetzt ernst. Belgiens

Rekordmeister RSC Anderlecht, bei dem so prominente Spieler wie Morten Olsen und Per Frimann, Enzo Scifo und Erwin Vandenberg unter Vertrag stehen, hat sogar schon Kontakte zum Mittelstürmer Soon-Ho Choi geknüpft. Choi begeisterte in Mexiko nicht nur wegen seines herrlichen Tores gegen Italien. Er könnte nach Tscha der zweite Spieler Südkoreas werden, der ins Ausland geht. Seine Mitspieler in der Heimat sind dagegen vorwiegend in Firmenmannschaften tätig oder in Vereinen wie dem FC Hallelujah, wo Cho Byung-Duk als Torwart spielt.



Doppelten Grund zur Freude hatte Soon-Ho Choi. Er schloß das Tor zum 1:1 und erhielt ein Angebot von Belgiens Meister Anderlecht.

In Südkorea wurde die Nationalmannschaft während ihrer Vorbereitung auf Mexiko ganz uneingeschränkt unterstützt. Die Firmen und Vereine stellten ihre besten Spieler monatelang frei, bestritten die Meisterschaftssaison ohne sie. Und der Staat zahlte pro Spieler 50.000 Mark, damit sie sich konzentriert vorbereiten konnten. Schließlich war es für Südkorea nach 1954 erst die zweite Weltmeisterschaft, und das ist für unser Land eine nationale Prestigefrage“, sagt Trainer Jung-Nam Kim.

Kim ist seit einem Jahr für die Nationalmannschaft als Trainer verantwortlich. Früher gehörte er als Spieler dazu, nahm 1964 an den Olympi-

schen Spielen in Tokio sowie an den Asienspielen teil. Insgesamt bestritt er über 100 Länderspiele, meistens als Libero. Neben der Nationalmannschaft trainiert er auch noch das Werksteam Yu-Kon Oil Company. Mehrere Meistertitel als Trainer und Spieler haben ihn für den Job des Nationaltrainers geradezu prädestiniert. Dennoch ist er sich seines Postens nicht sicher. „In Südkorea ist man keineswegs damit zufrieden, dabei zu sein. Ein sofortiges Ausscheiden wäre enttäuschend“, hatte Kim vor dem Turnier gesagt. Wohlweisend, daß eine Verlängerung seines



Doppelten Grund zur Freude hatte Soon-Ho Choi. Er schloß das Tor zum 1:1 und erhielt ein Angebot von Belgiens Meister Anderlecht.

Vertrages vom Abschneiden in Mexiko abhängig gemacht wird.

Nüchtern betrachtet, ist das Ausscheiden Südkoreas eine Enttäuschung. Denn Trainer Kim hatte öffentlich erklärt: „Natürlich sind wir keine Außenseiter, aber wir können die erste Runde durchaus überstehen.“ Das hat er nicht geschafft. Trotzdem sieht Kim den anstehenden Vertragsverhandlungen optimistisch entgegen. Denn er wertet die Leistung seiner Mannschaft als Fortschritt: „Die Spiele gegen Argentinien und den Titelverteidiger Italien haben gezeigt, daß der Weg zur internationalen Spitze noch weit ist, wir aber durchaus mithalten können.“

## SPORT-NACHRICHTEN

### UEFA sperrt AS Rom

Zürich (sid) - Die Europäische Fußball-Union (UEFA) hat den italienischen Erstligaklub AS Rom aus dem UEFA-Pokal-Wettbewerb 1986/87 ausgeschlossen und den Präsidenten Viola für vier Jahre von seinem Amt als Vertreter seines Vereins auf europäischer Ebene suspendiert. Die UEFA reagierte damit auf einen Vorfall im Halbfinale des Europapokals der Landesmeister vom 24. April 1984, als der AS Rom und Viola vor dem Rückspiel gegen den schottischen Vertreter Dundee United in einen Bestechungskandal verwickelt war. Für rund 140.000 Mark sollte der französische Schiedsrichter Vautrot einen Sieg der Italiener begünstigen. Rom gewann mit 3:0.

### Teilnahme befürwortet

Moskau (sid) - 83 Prozent der Bewohner Taiwans hat sich für eine Teilnahme ihrer Basketballspielerinnen an der Weltmeisterschaft vom 8. bis 17. August in der UdSSR ausgesprochen. Auch die taiwanesischen Behörden signalisierten, daß sie einer Teilnahme eventuell zustimmen würden. Seit 1949 war Sportlern Taiwans der Start in kommunistischen Ländern untersagt.

### Trainer kommt nicht

München (sid) - Der ursprünglich als Nachfolger von Volleyball-Bundestrainer Andrej Niemczyk bei den Damen des SV Lohhof vorgesehene amerikanische Trainer Arie Selinger unterschrieb beim holländischen Verband überraschend einen Dreijahres-Vertrag. Selinger sollte auch Damen-Bundestrainer werden, da Niemczyk zu den Herren wechseln wollte.

### Guter Auftakt für Götz

Winterthur (sid) - Der deutsche Radprofi-Meister Rolf Götz (Bad Schussenried) belegte beim Prolog zur Tour de Suisse in Winterthur, einem Einzelzeitfahren über acht Kilometer, den 16. Platz. Es siegte der Amerikaner Andy Hamsten vor seinem Landsmann Greg Lemond.

### Ohne Titelverteidiger

Hamburg (kgö) - Titelverteidiger Pat Eddery fehlt beim Holsten-Jockey-Europacup am 4. Juli in Hamburg-Horn. Er hat Verpflichtungen in England. Auch Steve Cauthen (USA) ist nicht dabei. Aus Deutschland starteten Peter Remmert, Peter Alafi und Lutz Mäder. Champion Georg

Bocskai wurde wegen seiner Gewichtsprobleme nicht nominiert. Neu im Aufgebot: der in Frankreich tätige US-Jockey Cash Asmussen.

### Maurer ausgeschieden

London (dpa) - Der Neusser Tennisspieler Andreas Maurer, Nummer 34 der Weltrangliste, unterlag in der ersten Runde des Queens-Club-Turniers in London dem Südafrikaner Eddie Edwards mit 7:5, 6:7, 5:7. Er ist damit ausgeschieden.

### Höhere Eintrittspreise

Bremen (sid) - Nach fünf Jahren erhöht der Fußball-Bundesligaklub Werder Bremen die Eintrittspreise. Ein Stehplatz kostet künftig eine Mark, ein Sitzplatz zwei Mark mehr.

### Gretzky ausgezeichnet

Toronto (sid) - Der kanadische Eishockey-Profi Wayne Gretzky wurde in der nordamerikanischen Profiliga NHL zum siebenten Mal zum besten Spieler gekürt. Gretzky führt damit auch die sogenannte ewige Hitliste unangefochten an.

### Fechter-Arger

Leverkusen (sid) - Arnd Schmitt, der Mannschafts-Weltmeister im Degenfechten, hat Tauberbischofsheim verlassen und sich dem TSV Bayer Leverkusen angeschlossen. Gemeinsam mit Achim Bellmann und Stefan Prellwitz stellte er den Antrag, künftig dem Leistungszentrum Bonn zugeordnet zu werden. Der Deutsche Fechter-Bund (DFeB) hat dies abgelehnt.

### Immel-Nachfolge

Dortmund (dpa) - Der 23jährige Torhüter Wolfgang de Beer vom Zweitliga-Absteiger MSV Duisburg unterschrieb einen Zweijahres-Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund. Er soll gemeinsam mit dem früheren Osnaabrucker Rolf Meyer den vom VfB Stuttgart gewechselten Nationaltorhüter Eicke Immel ersetzen.

## ZAHLEN

**TENNIS**  
Grand-Preis-Turnier in Bologna, 1. Runde: Osterlauer (Deutschland) - Wilander (USA) 3:6, 6:3, 7:5; Casal (Spanien) - Pecci (Paraguay) 6:2, 7:5; Aguilera (Spanien) - Ingaramo (Argentinien) 6:1, 6:2; de la Pena (Argentinien) - Arrese (Spanien) 6:3, 3:6, 6:2; Perez (Uruguay) - de Miguel (Spanien) 6:3, 6:4.

### Mexiko heute: Zwei Spiele der Gruppe D

## Brasilien: Wir werden noch stärker

In der Gruppe D finden heute die beiden abschließenden Vorrundenspiele statt. Die Mannschaften von Brasilien, Spanien, Algerien und Nordirland haben in bisher vier Spielen nur sieben Tore produziert, heftige Kritik hervorgerufen, und Besserung nur gelobt, aber nie gezeigt.

Brasilien Stürmer Junior bekannte vor dem Spiel gegen Nordirland: „Wir sind bisher nicht aggressiv genug aufgetreten“ und Fußball-Idol Pelé bedauert: „Von der Schönheit unseres Fußballs ist nichts geblieben.“ Trotzdem glaubt Trainer Santana an die Stärke seines Teams: „Wir machen ständig Fortschritte, wir werden von Tag zu Tag besser.“ Der verletzte Mittelfeldspieler Zico wird eventuell auf der Ersatzbank Platz nehmen und zum Einsatz kommen, wenn es nötig ist.

Aber auch wegen des Respekts vor der deutschen Mannschaft verlangte Santana vollen Einsatz. Denn

als Zweiter der Gruppe D trübe man auf den Sieger der deutschen Gruppe. „Wir wollen auf keinen Fall gegen Deutschland oder Dänemark kommen“, meint Santana.

Die sonst wohlgeleitete Mannschaft aus Nordirland (1:3 Punkte) ist recht still geworden. Trainer Bingham hört seine Prognose: „Wir kommen in Mexiko bis ins Viertelfinale“, nicht mehr gern. Das Erreichen der nächsten Runde ist schon sehr fraglich. Die Nordiren werden mit diesem Spiel Abschied von Torwart Pat Jennings nehmen. An seinem 41. Geburtstag wird der Schlussmann sein 119. Länderspiel bestreiten und dann seine aktive Karriere nach 23 Profijahren beenden. Nur die Sensation könnte seine Laufbahn noch um einige Tage verlängern.

Vor dem Spiel gegen Algerien muß sich Spaniens Trainer Munoz mit personellen Sorgen auseinandersetzen: sieben Montezuma-Opfer, Verlust von Libero Maceda, Verletzung der Spieler Gordillo und Camacho. „Ausfälle wären fatal. Wir müssen unbedingt gewinnen, um Zweiter zu bleiben. Dann wollen wir gegen Dänemark spielen, nicht gegen Deutschland“, erklärte Munoz.

## Das Stichwort: Die besten Dritten

Das ist die komplizierteste Regel der WM: Um im Achtelfinale auf 16 Mannschaften zu kommen und im K.-o.-System weiterspielen zu können, müssen vier Gruppendritte das Feld der jeweils sechs Ersten und Zweiten der Gruppen auffüllen. Gesucht also werden die besten vier aus sechs Dritten. Dafür entscheiden: 1. die Punkte, 2. die Tordifferenz, 3. die mehr geschossenen Tore, wenn die Differenz gleich ist, 4. das Los, wenn alles bei zwei oder mehr Mannschaften gleich ist.

Die vier besten Dritten	Sieger Gruppe A	Sieger Gruppe B	Sieger Gruppe C	Sieger Gruppe D
1. C	C	A	A	B
2. D	C	A	B	B
3. B	D	A	B	B
4. A	D	A	B	B
5. E	D	A	B	B
6. F	D	A	B	B
7. G	D	A	B	B
8. H	D	A	B	B
9. I	D	A	B	B
10. J	D	A	B	B
11. K	D	A	B	B
12. L	D	A	B	B
13. M	D	A	B	B
14. N	D	A	B	B
15. O	D	A	B	B
16. P	D	A	B	B

Diese Tabelle muß so gelesen werden: Kommen die vier besten Dritten zum Beispiel aus den Gruppen B, C, E, F (1. Spalte der Tabelle), dann spielt der Sieger der Gruppe A gegen den Dritten der Gruppe E (2. Spalte), Sieger B - Dritter C (3. Spalte), Sieger C - Dritter B (4. Spalte) und Sieger D - Dritter F (5. Spalte).

Eine Konsequenz dieser Regel steht schon fest: Deutschland steht im Achtelfinale, selbst wenn es morgen gegen Dänemark 0:10 oder noch höher verlieren würde. Franz Beckenbauers Mannschaft käme in diesem Falle immer auf 3:3 Punkte. Bulgarien und Ungarn haben als schon feststehende Dritte der Gruppen A und C 2:4 Punkte, sind also auf alle Fälle schwächer. Dabei steht Bulgarien mit 2:4 Treffern in der Tordifferenz besser als Ungarn mit 2:9.

# Italienischer Wein verdient Ihr Vertrauen. Garantiert.

## Wein aus Italien: Weltweite Anerkennung.

Bei Weinkennern in aller Welt steht Wein aus Italien seit vielen Jahrhunderten in bestem Ruf und hohem Ansehen. Diese Wahrheit kann nicht in Frage gestellt werden.

## Wein aus Italien: Konsequenz geprüft.

Die Qualität italienischer Weine ist jetzt konsequenter denn je in jeder einzelnen Herstellungsphase strengstens geschützt.

## Wein aus Italien: Unverfälschter Genuß.

Gewissenhafte Produktionsverfahren und amtliche Kontrollen garantieren beispielhafte Sicherheit und höchste Reinheit.

## Wein aus Italien: Garantie für Qualität.

Die Qualität italienischer Weine verdient wieder Ihr Vertrauen. Das garantieren Ihnen die traditionellen Winzer Italiens, die renommierten deutschen Importhäuser, die gepflegte Gastronomie und der seriöse Einzelhandel. So bleibt Wein aus Italien das, was er immer war: In Wahrheit einer der köstlichsten und reinsten Gemische der Welt.

Kostenlos: Farb-Broschüre über Weine aus Italien. Schreiben Sie einfach an das I.C.E. - Italianisches Institut für Außenhandel, Jahnstraße 3, 4000 Düsseldorf.

## Wein aus Italien. Wein Ihres Vertrauens. Garantiert.



Eine Information des I.C.E. im Auftrage der Ministerien für Landwirtschaft und Außenhandel, Rom.



## Bonn dringt auf Stärkung des privaten Rundfunks

Medienbericht '85 / SAT 1 fordert neue Frequenzen

Die Pressekonzentration in der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit 1978 nicht weiter verstärkt. Im Gegenteil, die Bundesregierung weist in ihrem gestern veröffentlichten Medienbericht '85 darauf hin, daß sich die Zahl der Vollredaktionen von 119 im Jahr 1978 auf 126 im vergangenen Jahr erhöht hat. Diese positive Entwicklung ist das Ergebnis „kostengünstiger neuer Herstellungstechniken“. Das „Zeitungsterben“ in den 70er Jahren war von Sozialdemokraten und Gewerkschaften zum Anlaß genommen worden, die Forderung nach einer gesetzlichen Sicherung der „inneren Pressefreiheit“ über Redaktionsstatute und andere innerbetriebliche Kontrollinstanzen zu erheben.

Als das herausragende Ereignis der vergangenen Jahre im Medienbereich wird von der Bundesregierung die Einführung des privaten Rundfunks gesehen. Das Kabinett begrüßt diese Entwicklung, durch die Informations- und Meinungsvielfalt gestärkt würden. Es appelliert an die Länder, das zur Zeit noch stark zersplitterte Medienrecht zu vereinheitlichen, um faire Startbedingungen für die bun-

desweite Ausstrahlung privater Programme zu schaffen.

Am selben Tag wandte sich auch SAT 1 als „erster und einziger deutscher Veranstalter eines deutschen Fernsehprogramm“ an Bund und Länder. Dieses Privatprogramm, das in der Vergangenheit „enorme Vorinvestitionen auf sich genommen hat“, erhob Anspruch auf die Nutzung des deutschen Rundfunkstättens sowie der im Süden und im Norden angebotenen neuen herkömmlichen Frequenzen. Der Appell von SAT 1: „Angesichts des Nebeneinanders von öffentlich-rechtlichen und privaten Systemen kann die Existenz von SAT 1 nur gesichert werden, wenn SAT 1 in allen Bundesländern, jedenfalls aber in allen Staatsvertragsländern die neuen Frequenzen zugewiesen erhält, um ein mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten konkurrierendes Fernsehnetz aufbauen zu können.“ Die in der Politik oft beschworene Neuordnung der deutschen Rundfunklandschaft könne nicht zum Ziel haben, „vorrangig ausländischen Veranstaltern wie Sky Channel, musicbox, RTL Plus den Weg zum Erfolg privaten Fernsehens zu ebnen.“

## Mehr Ausbildungsplätze

Die Nachfrage geht schon zurück / Eine Analyse des IW

Die Nachfrage nach Ausbildungsstellen ist zurückgegangen, hat sich das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) gegen eine Änderung des Prinzips einzelbetrieblicher Finanzierung der Berufsausbildung gewandt, wie sie von der SPD und Gewerkschaften gefordert wird.

Die deutliche Steigerung der betrieblichen Ausbildungsplätze seit 1976 um mehr als 200 000 Lehrstellen und die im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit zeige, daß das bisher angewandte System sich bewährt habe. Dies stellt eine von dem Institut herausgegebene Analyse jetzt fest. Den Gewerkschaften gehe es bei ihrem Ziel einer Fondsfinanzierung „vor allem um mehr Macht, Einfluß und Mitbestimmung in der Wirtschaft“. Ein SPD-Gesetzesentwurf, der derzeit im Bun-

destag beraten werde, zielt auf eine „bürokratische Lenkung der Wirtschaft“ ab. Die Analyse unter dem Titel „Streitsache: Finanzierung der Berufsausbildung“ meint: „Dem SPD-Entwurf stehen die 1980 mit dem Urteil zum Ausbildungs-Förderungsgesetz aufgestellten Grundsätze eindeutig entgegen.“ Keiner der Vorschläge könne „Gerechtigkeit bei der Aufbringung und Vergabe der Mittel für eine Berufsausbildung gewährleisten“.

Hintergrund der Meinungsverschiedenheiten ist ein Urteil des Bundesfinanzhofs vom 25. Januar 1984, in dem festgestellt wurde, daß Rückstellungen für Kosten der betrieblichen Berufsausbildung nicht zulässig sind. Nach dem Institut der deutschen Wirtschaft werden hier jährlich von Unternehmen rund 20 Milliarden Mark netto investiert, also nach Abzug der Ausbildungserträge.

## Reservisten alle drei Jahre zur Wehrübung

rnc. Bonn

Bundeskanzler Kohl und die Bundesregierung sind gewillt, die Gelder zur Realisierung der Planungen der Bundeswehr in den kommenden Jahren bereitzustellen. Darauf wies Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gestern nach einer Kabinettsitzung hin, die sich auf der Bonner Hardthöhe in erster Linie mit einer Reihe sicherheitspolitischer Fragen befaßt hatte. Der Minister sagte, Helmut Kohl „steht mit seiner Person dafür ein“, daß die Streitkräfte mit angemessenen Mitteln und durch eine angemessene Fürsorge für die Soldaten und ihre Familien unterstützt, ihren Verteidigungsauftrag erfüllen können.

Wie Wörner erläuterte, wolle der Kanzler insbesondere eine eingehende Erörterung der Probleme, denen sich der einzelne Soldat in der Truppe gegenüber sieht, in erster Linie die Dienstzeitbelastung (bei einzelnen Einheiten der Marine und der Luftwaffe bis zu 70 Stunden in der Woche) und eine angemessene Ausbildung der Ausbilder. Bei deren Lösung könnte das jetzt schon verbesserte Ansehen der Bundeswehr noch weiter gesteigert werden und ihre Attraktivität als „Arbeitgeber“ für längerdienende Soldaten zunehmen.

Ein besonderes Augenmerk gilt künftig auch den Reservisten der Bundeswehr. Sie werden künftig im Durchschnitt alle drei Jahre zu einer Wehrübung gerufen werden. Dabei sollen den Wehrübenden alle finanziellen und sozialen Vorteile zuteil werden, die Angehörige des öffentlichen Dienstes heute genießen, wenn sie zur Truppe gerufen werden.

Die Regierung beabsichtigt unter anderem, künftig allen Reservisten bei Wehrübungen den vollen Verdienstausfall zu zahlen. Gleichfalls soll der Bund zugunsten der Wehrübenden die Beiträge zur Rentenversicherung so entrichten, daß keine Nachteile entstehen. Damit folgt das Kabinett einer am 17. April 1986 vom Bundestag mehrheitlich beschlossenen Empfehlung, in der das Parlament die Gleichbehandlung aller Wehrübenden verlangt hatte. Nach heutigem Recht erhält der verheiratete Wehrübende lediglich 90 Prozent seines Nettoverdienstes, der ledige 70 Prozent.

## London plädiert für die Auflösung der nordirischen Volksvertretung

Parlament hatte kaum legislative Handlungsfreiheit / Parteien verweigerten Mitarbeit

REINER GATTERMANN, London

Das britische Kabinett wird in seiner heutigen Sitzung wahrscheinlich beschließen, dem Parlament die Auflösung der nordirischen Volksvertretung, der Northern Ireland Assembly, vorzuschlagen. Ein solcher Schritt wäre nur die natürliche Konsequenz einer Entwicklung, die bereits bei der Gründung der Versammlung 1982 in die falsche Richtung lief. So richtig arbeitssam war sie nie, denn die katholischen Parteien, die nationalistisch gemäßigten Social Democratic and Labour Party (SDLP) und die radikale sozialistische Sinn Féin, weigerten sich schon nach der ersten Wahl, ihre Sitze einzunehmen.

Zusammenarbeit abgelehnt

Im Herbst 1985, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Anglo-Irischen Abkommens durch London und Dublin, zog auch noch die für eine Überbrückung der Konfessionsgrenzen arbeitende Alliance aus dem Stormont Castle, dem Parlamentssitz, aus. Da seit diesem Zeitpunkt auch die verbliebenen protestantischen Unionisten jegliche Zusammenarbeit mit dem britischen Gesetzgeber und

den Behörden ablehnen, nahm das Parlament auch keine seiner gesetzlichen Aufgaben mehr wahr.

Der außen- und verteidigungspolitische Ausschuß der Regierung unter Vorsitz von Premierministerin Margaret Thatcher hat der Auflösung bereits zugestimmt. Deshalb wird erwartet, daß der Vorschlag auch ohne Widerspruch die heutige Kabinettsitzung passieren wird. Die endgültige Entscheidung liegt jedoch beim Parlament, das den Schlußstrich unter die nur vierjährige Geschichte der Northern Ireland Assembly allerdings ohne Gesetzesänderung ziehen kann. Dies ist möglich, weil die Regierung lediglich die Auflösung und nicht die Abschaffung der Versammlung vorgeschlagen hat. Damit soll die Möglichkeit offengehalten werden, sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder einzusetzen.

Die Assembly war von Anbeginn eine Mißgeburt. Nachdem die Provinz bereits 1974 direkt London unterstellt worden war, hätte die Versammlung nur noch die Aufgabe gehabt, die von Westminster erlassenen Gesetze und die Anordnungen der Regierung den Ulster-Verhältnissen

## Weizsäcker gegen Atom-Ausstieg

epd/AP, Genf

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich auf der Weltarbeitskonferenz in Genf gegen einen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen. Das Reaktorunglück von Tschernobyl zeige, wie wichtig es sei, die Technik zu beherrschen. Niemals aber dürfe sich technischer Fortschritt auf den Schultern von Strahlenopfern aufbauen. In seiner Rede hob Weizsäcker auch die tragende Rolle unabhängiger Gewerkschaften hervor. Er würdigte dabei besonders den stabilisierenden Beitrag der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Vom Staat abhängige Gewerkschaften seien außerstande, die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Erstmals sprach ein deutsches Staatsoberhaupt vor der Jahreskonferenz der 1919 gegründeten Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die älteste Sonderorganisation der UNO.

## Österreich vor neuen Rücktritten

dpa, Wien

Die österreichische Regierung wird nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) vermutlich im größeren Rahmen umgebildet, als ursprünglich vermutet wurde. Den Rücktrittskündigungen von Außenminister Leopold Gratz und Landwirtschaftsminister Günter Haiden haben sich auch der Minister für Verkehr und Öffentliche Wirtschaft, Ferdinand Lacina, angeschlossen. Als weitere Austausch Kandidatin gilt die Ministerin für Familien- und Verbraucherschutz, Gertrude Fröhlich-Sandner.

Der designierte neue Regierungschef Franz Vranitzky wird seine Ministerliste am Freitag vorlegen. Am Montag werden die neuen Regierungsmitglieder in Wien vereidigt. Ein Datum für die Regierungserklärung von Vranitzky liegt noch nicht vor.

## Bei Anschlag in Sri Lanka 50 Tote

dpa, Colombo

Mindestens 50 Menschen sind gestern bei der fast gleichzeitigen Explosion zweier Zeitbomben in der Stadt Trincomalee im Osten Sri Lankas getötet worden. Rund 60 Personen wurden außerdem verletzt.

Die beiden Bomben waren mutmaßlich von tamilischen Separatisten in zwei Reisebussen versteckt worden. Sie explodierten im Abstand von zwei Minuten, kurz nachdem die Busse den zentralen Busbahnhof zur Fahrt nach Colombo beziehungsweise Kantalai verlassen hatten. Die Mehrzahl der etwa 130 Passagiere waren Singalesen, darunter solche, die kürzlich ihre Dörfer auf der Flucht von Terroranschlägen verlassen hatten. Der Anschlag gehört zu den schlimmsten einer Welle von Attentaten, die am 3. Mai mit einer Bombenexplosion an Bord einer Verkehrsmaschine begonnen hatte.

## Kritik aus US-Kongreß an Chemie-Bombe

with, Washington

Eine neue chemische Bombe, die Teil des sogenannten „binären“ chemischen Waffensystems der USA werden soll, ist von Mitgliedern des Kongresses gestern als „fehlerhaft und technisch unzuverlässig“ bezeichnet worden. Dante Fascell, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses, erklärte: „Diese Bombe ist keine Erfolgsstory, sie ist eine einzige Schreckensgeschichte.“ Er forderte, die Arbeiten an dieser Bombe mit dem Namen „Bigeye“ entweder einzustellen oder die Waffe völlig neu zu konstruieren.

Das binäre Waffensystem besteht aus chemischen Waffen, die die technisch veralteten und unzuverlässig gewordenen Bestände an chemischen Waffen ersetzen und auf amerikanischen Boden gelagert werden sollen. Der Kongreß billigte im vergangenen Jahr die Produktion dieses Systems, vorausgesetzt, daß die NATO-Verbündeten sich ebenfalls dafür entscheiden. Die Verteidigungsminister der NATO hatten im vergangenen Monat in Brüssel zugestimmt. Die Gegner der Wiederaufnahme chemischer Waffenproduktion im Kongreß argumentierten jedoch, daß dies das falsche Forum gewesen sei.

Die spezielle Kritik der Kongreßmitglieder an der chemischen Bombe „Bigeye“ basiert auf einem Bericht des „General Accounting Office“ (GOA), das für den Kongreß die Finanzen überprüft. Der Bericht bemängelt, daß die Bombe vorzeitig explodieren und die Piloten des Flugzeuges in Gefahr bringen könnte. Sie müßten sich, um in die richtige Abwurfposition zu kommen, dem Bodenfeuer potentieller Gegner aussetzen. Dieses Manöver sei nötig, um die technischen Mängel in der Konstruktion der Bombe auszugleichen. „Die Bigeye-Bombe ist ein einziger großer Versager. Die einzig wirklich verlässliche Bombe in dieser Affäre ist dieser Untersuchungsbericht der GOA“, sagte Dante Fascell.

Das Pentagon hat für die Entwicklung dieser Bombe im kommenden Haushaltsjahr 77 Millionen Dollar beansprucht. Es wies die langfristigen Schlußfolgerungen der Kritiker dieses Projekts zurück und erklärte: „Wir haben die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten des Systems voll erkannt und verfügen über die Mittel, sie zu beheben.“

# Ihre Eintrittskarte für die Welt.



Wenn die Welt Sie mit offenen Armen empfangen soll, dann ist die EUROCARD mit fast 5 Millionen Vertragspartnern in mehr als 160 Ländern in Ergänzung zur europaweit geltenden eurocheque-Karte Ihr ideales Zahlungssystem. In Verbindung mit Amerika's MasterCard und Access in Großbritannien hat EUROCARD eines der dichtesten Vertragspartnernetze weltweit.

Prüfen Sie die weiteren Vorteile der EUROCARD mit in Germany, bevor Sie sich für eine Kreditkarte entscheiden. Der Bargeldservice bei über 100 000 Bankstellen weltweit und die Reiseunfallversicherung bis zu 500 000 Mark sowie die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes bei bargeldlosen Zahlungen und der günstige Jahresbeitrag sind besonders hervorzuheben.

Hinter eurocheque und EUROCARD stehen die deutschen Banken und Sparkassen. Ihre Partner, denen Sie auch Ihre sonstigen Geldangelegenheiten anvertrauen. Dort liegt der Antrag für Ihre EUROCARD bereit.

## EUROCARD. Worldwide Credit – Made in Germany.



## Und er läuft doch

Mit - Nur auf den ersten Blick signalisieren die Meldungen Widerspruch. Da ist von einem kräftig expandierenden Handelsbilanzüberschuss die Rede, der die USA reizt, von der Bundesregierung eine Ankurbelung der Binnenkonjunktur zu verlangen, und gleichzeitig wird ein Sinken der Exporte analysiert. Beides ist richtig. Die reale Ausfuhr tendierte in den vergangenen Monaten schwach. Wegen der stark gestiegenen Importpreise kletterte jedoch in nominaler Rechnung der Überschuss.

Wie geht es weiter? Nach dem, was aus vielen Firmen zu hören ist, haben sich die Exporterwartungen in den letzten Wochen wieder gefestigt. Dieses wird auch durch den Auftragszufluss aus dem Ausland im April gestützt. Sicher, dabei dürfte auch ein gewisser Vorzeigeffekt wegen der erwarteten Aufwertung der D-Mark eine Rolle gespielt haben. Wichtiger erscheint jedoch, daß ähnlich wie in der Bundesrepublik auch in den benachbarten europäischen Industriestaaten Verbrauch und Investitionen erst mit einer gewissen Verzögerung auf den Verfall der Ölpreise reagiert haben. Erst langsam setzt sich hier die Belebung durch. Und in diese Staaten fließen immerhin gut zwei Drittel der deutschen Exporte.

Wenn dort die Nachfrage anzieht, dann schlägt das auf die Bestellun-

gen bei deutschen Firmen durch und überkompensiert die Schwäche im Amerika- oder Opec-Geschäft. Der deutsche Stabilitätssprung ist so erheblich, daß die Aufwertung der D-Mark rasch ausgeglichen wird. Daher wird der Export wieder besser laufen und die Konjunktur stützen.

## Alle high

adh - High-Tech aus Textil auf dem Frankfurter Messengelände macht derzeit alle Beteiligten high. Der Laie staunt, was alles aus der Textilindustrie kommt, und mancher Fachmann wird froh über die Anregungen sein, die die Entwicklung eines ihm bis dahin unbekannten mittelständischen Textilunternehmens für geplante Konstruktionen oder Problemlösungen bringen kann. Also auf zu neuen Ufern für die deutsche Textilindustrie, die trotz aller moderner Innovation auf ihrem angestammten Feld angesichts gesättigter Märkte und scharfer Konkurrenz nicht mehr so recht vorankommt? Der wachstumsfähige (und auch in Zukunft wachstumsfähige) Bereich der technischen Textilien bietet beläufige nicht für alle ertragsstarke Nischen. Der Weg dorthin ist weit. Innovation muß mit hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen harte Nüsse knacken. Gefragt sind intelligente Spezialitäten, die weiterhelfen. Die schnelle Mark läßt sich damit nicht machen.

## Clinch um Alfa Romeo

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die vor kurzem begonnenen Gespräche zwischen den Automobilkonzernen Alfa Romeo und Ford über die Möglichkeit einer Beteiligung des US-Partners an dem italienischen Staatsunternehmen drohen, die schon gespannten Beziehungen zwischen Rom und Washington zusätzlichen Belastungen aussetzen. Welche Gefühle und Gedanken die erst in der Anfangsphase befindlichen Gespräche begleiten, zeigen Erklärungen, die der Generaldirektor des US-Außenhandelsinstituts, Alexander Good, auf der in Mailand veranstalteten Jahresversammlung der US-Handelskammer in Italien abgegeben hat. Darin kündigte Good Reserven der US-Administration an, falls die italienische Regierung den Versuch unternimmt, die Ford-Beteiligung zu verhindern.

Offensichtlich liegt den Amerikanern daran, den Versuchungen der italienischen Parteien und Gewerkschaften entgegenzuwirken, die von Ford unter rein kommerziellen und technischen Gesichtspunkten begonnenen Verhandlungen über die Machbarkeit des Beteiligungsvorhabens auf eine politische Ebene abzuschieben. Stellungnahmen aus italienischen Gewerkschaftskreisen, die eine Andeutung von Ford-Präsident Donald Petersen über die Notwendigkeit einer Bereinigung der Arbeitsprobleme negativ kommentierten, lassen bereits erahnen, mit welchen Schwierigkeiten die Detroit-Senatoren zu rechnen haben.

Die Drohung mit Repressalien hat aber wohl noch eine andere Ursache. Sie könnte auch gegen die Versuche der italienischen Koalitionsparteien und der Regierung gerichtet sein, in der Phase der Anfangskonkretisierung zwischen Alfa Romeo und Ford den Turiner Fiat-Konzern ins Spiel zu bringen, um damit auf den potentiellen US-Partner zumindest psychologischen Druck auszuüben.

Die Versuchung, auf diese Weise den Preis für eine Ford-Beteiligung hinaufzuschrauben beziehungsweise die Stelle einer Ford-Übernahme eine "italienische" Lösung mit Fiat als Retter von Alfa Romeo zu setzen, ist zweifellos groß. Das hat auch das Hearing gezeigt, das am Dienstag die-

ser Woche im Parlament mit dem erklärten Ziel stattfand, andere Wege der Alfa-Romeo-Sanierung ausfindig zu machen.

Taube Ohren zu diesem sehr offenkundigen Spiel hat bisher indessen noch immer Fiat selbst. Mit gutem Grund. Abgesehen davon, daß die Konzernleitung dieses größten italienischen Automobilunternehmens nur aus Vaterlandsliebe dazu gebracht werden könnte, bei der Sanierung von Alfa Romeo mitzumachen und daß bekannt ist, daß Fiat allenfalls dazu zu bewegen wäre, Teile des Krisenunternehmens zu übernehmen, wollen die Turiner alles vermeiden, was als Kampfansage an Ford gedeutet werden könnte.

Dazu tragen nicht nur die guten persönlichen Beziehungen zwischen dem Konzernchef Petersen und Agnelli bei, die im vergangenen Jahr viele Monate lang über eine Fusion ihrer europäischen Automobilkapazitäten verhandelt hatten, sondern auch die Rücksicht Flats gegenüber der US-Administration.

Da steht für den Turiner Konzern eine Menge auf dem Spiel. Gewiß ist es nicht der vom Pentagon an Fiat vergebene Auftrag zur Lieferung von 187 Traktoren für das US-Marinecorps und dessen Suspendierung durch das Verteidigungsministerium in Washington, die in Turin Besorgnis erregen. Viel größer ist die Sorge, daß die gleiche Begründung, mit der die Ausführung dieses Auftrags gestoppt wurde, nämlich der libysche Kapitalanteil an Fiat, auch die Beteiligung der Turiner an SDI-Forschungs- und Entwicklungsprogrammen bremsen könnte.

Das Mißtrauen, das Regierung und Öffentlichkeit in den USA dieser 15-Prozent-Quote an Fiat entgegenbringen, ist trotz aller diplomatischen Zurückhaltung in Washington unübersehbar. Um so größer muß das Interesse des Turiner Konzerns sein, diesem Mißtrauen nicht noch weitere Spannungselemente hinzuzufügen. Dasselbe gilt für die italienische Regierung, die sich für ihre bisherige Mittelmeerpolitik von ihrem US-Verbindlichen noch manches vergeben lassen muß.

## EUROPÄISCHE KOMMISSION

### Kapitalverkehr in der EG soll liberalisiert werden

Ha. Brüssel

Einem Richtlinienvorschurf zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs hat die EG-Kommission fertiggestellt. Falls er vom Ministerrat verabschiedet wird (wobei eine qualifizierte Mehrheit ausreicht), wäre nach ihrer Meinung ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung eines integrierten europäischen Finanzmarktes getan.

Der Vorschlag sieht vor, daß langfristige Handelskredite (fünf Jahre oder mehr), der Erwerb der nicht an der Börse gehandelten ausländischen Wertpapiere sowie die Zulassung von öffentlichen und privaten Anleihen zum Kapitalmarkt keinen nationalen Beschränkungen mehr unterworfen werden dürfen. Für diese Operationen sind bislang Restriktionen möglich.

Im ersten Halbjahr 1987 soll eine weitere Direktive folgen, in der (im

Einklang mit dem EG-Programm zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes) grundsätzlich die völlige Liberalisierung der Kapitalbewegungen angestrebt wird. Die bisherige Haltung einiger Regierungen läßt allerdings Zweifel zu, ob das Ziel erreicht werden kann.

Tatsächlich sind seit Anfang der sechziger Jahre kaum noch Fortschritte gemacht worden. Der durch die ersten beiden EG-Richtlinien erreichte Liberalisierungsgrad wurde sogar wegen der Androhung der Schutzklausel durch einige Staaten wieder zurückgeschraubt.

Die größere Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung hat indes in jüngster Zeit sowohl in Frankreich wie in Italien eine Auflockerung der Kontrollen begünstigt. Die Kommission fühlt sich in ihrem Vorgehen dadurch ermutigt.

## KREDITWIRTSCHAFT / Internationalisierung der Wertpapiermärkte begrüßt

### Christians weist Kritik an der Macht der Banken energisch zurück

CLAUS DERTINGER, Frankfurt. „Ehe man den Hammer schwingt, sollte man sehen, wo man draufhaut“, kontert F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, die wieder in Mode gekommene Kritik an der Macht der Banken. Dabei hat er besonders den Berliner Kartellamtspräsidenten Prof. Wolfgang Kartte, „der immer dasselbe sagt“ im Visier seiner neuerlichen Bankenschele. Allerdings sieht der Spitzenbanker keinen Anlaß für einen öffentlichen Gegenangriff auf die Kritiker der Bankenmacht.

Die Banken hätten sich daran gewöhnt, kritisiert und beschimpft zu werden, resigniert Christians in einem Gespräch mit dem Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten; es sei ja so einfach für Politiker, sich auf Kosten der Banken zu profilieren. Schuldig blieb Christians die Antwort auf die Frage, ob es auch politisch klug sei, den Kopf in den Sand zu stecken, wenn in der Öffentlichkeit ein als kompetent angesehener Bundesbehördenchef wie Kartte, der zudem der CDU nahesteht, mit gleichen Argumenten wie die Opposition im Wahlkampf auf die Banken schließt.

Für eine völlige Verkennerung ihrer tatsächlichen Macht hält Christians den Vorwurf Karttes, die Banken hätten Einfluß auf das Zustandekommen von Großfusionen wie Daimler/AGZ, die den Wettbewerb behinderten. Er stellte klar, daß die Anregungen zu derartigen Transaktionen von den Vorständen kämen und daß die Banken in den Aufsichtsräten als zudem miteinander konkurrierende Mitglieder in diesen Gremien nur eine Minderheit stellten.

Die nicht einmal die Macht habe, Entscheidungen zu verhindern.

Recht zurückhaltend beurteilt der Bankier die weitere Zinsentwicklung in der Bundesrepublik; er sieht kaum noch Chancen für einen merklichen Rückgang und wäre froh, wenn sich die Zinsen am Kapitalmarkt auf dem derzeitigen Niveau halten. Etwas mülmig wird Christians angesichts der besonders in diesem Jahr extrem starken Abhängigkeit des Marktes von ausländischen Anlegern bei dem Gedanken, daß sich Ausländer - aus welchen Gründen auch immer - von deutschen Papieren trennen; das dokumentierte er allein schon mit der Bitte, ihn nicht nach seiner Einschätzung des Zinstrends nach der Niedersachsenwahl zu fragen.

Prinzipiell begrüßt der Bankier freilich die Internationalisierung der deutschen Wertpapiermärkte; dazu gehört nach seinem Urteil auch die Öffnung des Bundesanleihekonsortiums, das die Anleihen des Bundes, der Bahn und der Post für eigene Rechnung übernimmt und dann anschließend plaziert, für Auslandsbanken mit deutschem Sitz. Darüber finden nächste Woche Verhandlungen statt.

Christians hofft, daß die starke Konkurrenz der in dieses Geschäft dringenden Auslandsbanken die staatlichen Emittenten nicht dazu verführt, für sie momentan allzu gute Konditionen auszuhandeln. Wenn die Papiere bei weniger guter Marktfassung nicht untergebracht werden können und sofort im Kurs sinken, leide darunter schließlich der gute Ruf des Schuldners.

Die Diskussion über eine kleinere Aktienstückung ist noch nicht abgeschlossen, kontiert Christians die Kritik an der bisher gezeigten ablehnenden Haltung der Banken zu diesem Vorschlag aus Bonn, wo noch eine entsprechende hessische Initiative in den Schlußdebatten des Bundesrats schlummert. Er hält allerdings die „Miniaktie“ für eine nicht ideale Zwischenlösung auf dem Weg zur wünschenswerten nennwertlosen Aktie, deren Einführung wegen einer Änderung des Aktiengesetzes nicht so bald zu erreichen sei.

Beeindruckt zeigte sich der Bankier bei dem Clubgespräch unmittelbar nach einem Moskau-Aufenthalt von der harten Entschlossenheit der Sowjetführung, mit dem Ausfall von Exporterlösen aufgrund des Ölpreisanstiegs fertigzuwerden. Christians spürte bei Ministern und Unternehmern den Willen, mit höherer Effizienz von Menschen und Material sowie verstärktem Kostenbewußtsein die Folgen des Ölpreisanstiegs auf die Wirtschaft abzufedern.

## AUF EIN WORT



„Ohne die Konsolidierungspolitik hätten wir weder eine Halbierung der Zinssätze, noch die Rückkehr zu völliger Preisstabilität erreichen können.“

Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU).

## Börsengewinne unbesteuert

dpa/VWD, Mailand

Die Gewinne der italienischen Börsenspekulanten werden vorerst nicht besteuert. Als Begründung für diese Entscheidung der Regierung hat Finanzminister Bruno Visentini angeführt, daß es im italienischen Steuersystem an den Mitteln fehle, um die Gewinne zahlenmäßig exakt zu erfassen. Gerichte um eine bevorstehende Besteuerung der Börsengewinne hatten vor zwei Wochen zum Abbruch der monatlichen Hausse-Bewegung geführt. In Italien werden Börsengewinne als Einkommen nur dann besteuert, wenn es sich nachweislich um „spekulative“ Käufe und Verkäufe handelt. Darunter sind Operationen zu verstehen, die mehr als zwei Prozent des Kapitals einer an der Börse gehandelten Gesellschaft betreffen.

## AUSFUHREN

### Export-Wachstum bleibt in diesem Jahr gering

MK, Bonn

Allenfalls mit einem leichten Anstieg der Exporte im zweiten Quartal rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin in seinem jüngsten Wochenbericht. In den ersten drei Monaten dieses Jahres war die reale Warenausfuhr - von Saison- und Kalendereffekten bereinigt - um ein Prozent gesunken. Damit hat sich, so das DIW, die Schwächephase, die schon in den Sommermonaten 1985 begonnen hatte, fortgesetzt.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürften die Exporte zwar wieder deutlicher expandieren, doch ist aufgrund der schwachen Entwicklung im ersten Halbjahr bereits jetzt abzusehen, daß das Wachstum im gesamten Jahr gering sein wird, schreibt das Institut. Denn der reale Auftragszuwachs aus dem Ausland ist nun schon

ein Jahr lang abwärts gerichtet. Auch die jüngste Entwicklung läßt nach Meinung des DIW keine Trendwende erkennen. Allerdings hat das Institut die kürzlich veröffentlichten Zahlen für April noch nicht berücksichtigt. Der Export ist dieser Entwicklung zufolge einer gewissen Verzögerung gefolgt, weil zunächst Auftragsbestände abgebaut wurden.

Die Lieferungen in die USA werden wegen der Aufwertung der D-Mark und der protektionistischen Tendenzen sinken. Aufgrund der angespannten Devisensituation und des geringeren Kreditrahmens wird mit einem weiteren Nachfrageausfall aus den Opec-Staaten, den meisten Entwicklungsländern und aus dem Ostblock gerechnet. Die Belebung der Nachfrage in den europäischen Industrieländern scheint mit Verzögerung in Gang zu kommen.

## GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSUNTERNEHMEN

### Heizkosten-Verordnung muß geändert werden

A. G. Bonn

Eine Novellierung der Heizkostenverordnung hat in einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann jetzt der Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (GGW) gefordert. Die derzeit gültige, fünf Jahre alte Verordnung müsse dringend geändert werden, denn sie sei unzulänglich, führe zu Ungerechtigkeiten und belastete das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter.

GGW-Chef Jürgen Steinert hält Verbesserungen in drei Bereichen für dringend erforderlich. So sollte die Bandbreite des Umlagemaßstabes erweitert werden, daß künftig nur noch mindestens 40 Prozent der Kosten des Betriebs der zentralen Heizungsanlage (bisher 50 Prozent) verbrauchsabhängig umgelegt werden müssen. Ferner sollten exponiert gelegene Wohnungen einen „Bonus“ erhalten.

hatten. Sonderabstände wie Mieterwechsel, Geräteausfälle oder dauernde Abwesenheit des Wohnungsnutzers müßten eine einheitliche Regelung finden. Schließlich müßte der Vertragsfreiheit wieder zur vollen Wirkung verholfen werden.

Wie Bundesbauminister Oscar Schneider hierzu gegenüber der WELT erklärte, habe die Bundesregierung eine verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten nach wie vor für geboten. Es sei nicht beabsichtigt, die Verwendung der nach dem Verunstaltungsprinzip arbeitenden Heizkostenverteiler zu untersagen. Die Verbesserungs- und Vereinfachungsvorschläge würden zur Zeit geprüft. Ein Großteil hiervon ließe sich auf vertraglichem Wege realisieren. Soweit erforderlich, werde die Bundesregierung die Heizkostenverordnung ändern.

## STEUEREINNAHMEN / Soll-Ansätze im Bundeshaushalt haben sich voll bestätigt

### Der Anteil des Bundes geht zurück

HEINZ HECK, Bonn

Die Steuereinnahmen im Mai haben das zuvor düstere Bild aufgeheitelt und bestätigen die Steuerschätzer in ihrem Urteil vom 28. Mai, als sie erklärten, das Schätzergebnis vom November 1985 und damit auch die Soll-Ansätze im Bundeshaushalt 1986 seien „nahezu voll bestätigt“ worden.

Der Bund erwartet 1986 eine Zunahme um 2,5 Prozent auf 211,4 Milliarden und die Länder um 0,1 Prozent auf 163,6 Milliarden Mark. Die Zuwachsraten der ersten vier Monate blieben mit 1,2 und 5,1 Prozent deutlich zurück. Allein der Mai brachte jedoch Zuwachsen um 4,8 und 7,5 Prozent. Damit wurde das Fünf-Monats-Ergebnis mit 1,9 und 5,6 Prozent der Jahresprognose angenähert. Der Bund kassierte von Januar bis Mai 74,9 Milliarden (plus 1,4 Milliarden). Für die Länder lauten die Zahlen 58,4 und 3,1 Milliarden. Die Steuereinnahmen der Gemeinden werden quats-

weise vom Statistischen Bundesamt erfaßt. Zahlen liegen noch nicht vor. Für 1986 insgesamt werden 64,4 Milliarden Mark (plus 4,6 Prozent) erwartet.

Die Europäische Gemeinschaft ist mit einer Zunahme um 16,4 Prozent auf 7,2 Milliarden der große Gewinner. 1986 fließen der EG durch eine Erhöhung des Anteils von 1,0 auf 1,4 Prozent der Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer rund 4 Milliarden Mark mehr zu. Mit der erwarteten Erhöhung auf 1,6 Prozent 1988 wird der Zugriff der EG auf die Bundeskasse um weitere bis zu 2,2 Milliarden Mark erhöht.

Dies ist nur einer der Gründe für das relativ schlechtere Abschneiden des Bundes im Vergleich zu den Ländern. Ein weiterer: ist die um 0,5 Prozentpunkte erhöhte Beteiligung der Länder am Umsatzsteuerverkommen für die Jahre 1986 und 1987. Hiermit sollte ein Teil der Einnahmeverluste

aus der Steuersenkung kompensiert werden.

Weitere Faktoren, die insgesamt den Einnahmehaushalt der öffentlichen Hände zum Jahresbeginn hemmten, sind der strenge Winter, die Wachstumsdeile im ersten Quartal, der rasant zunehmende Außenhandel, die längere Andauern der Tarifverhandlungen (so daß sich die Impulse auf den privaten Verbrauch verzögern) - und vor allem die Preisstabilität.

Schließlich ist nicht zu verkennen, daß der Anteil des Bundes am Steuereinkommen langfristig deutlich zurückgeht. Betrug er 1982 noch 48,4 Prozent, so waren es 1985 nur noch 47,2 und werden es 1990 nur noch 45,3 Prozent sein (darin ist der künftige Aderlaß an die EG noch nicht einmal berücksichtigt). Dieser Rückgang um drei Prozentpunkte in weniger als einem Jahrzehnt ist kein Pappentitel. Er entspricht 1990 einem Betrag von weit mehr als 16 Milliarden Mark.

## POSTMINISTERIUM

### Die Digitalisierung des Telefonnetzes kommt voran

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Um die vom Markt verlangten Möglichkeiten der Telekommunikation zu realisieren, müsse bei der Digitalisierung des Telefonnetzes zügig voran. Derzeit sind bundesweit 16 digitale Vermittlungsstellen in Betrieb. Bis Ende dieses Jahres werden es bereits 50 Vermittlungsstellen sein, mit etwa 330 000 digitalen Fernleitungsanschlüssen.

Auch wirtschaftlich hätten sich die Erwartungen erfüllt, denn schon heute, zwei Jahre nach Systemeinführung, seien die Preise für die digitale Fernvermittlungstechnik auf 30 bis 40 Prozent der herkömmlichen Technik gefallen. Mit ähnlich großen Kostenvorteilen rechnet der Minister für die Digitalisierung des Netzes. In bezug auf die ISDN-Einführung meinte Schwarz-Schilling, daß es an der Zeit sei, sich verstärkt sich um Anwendungsmodelle zu kümmern.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth gab zu bedenken, daß derzeit 43 Prozent aller arbeitenden Bundesbürger in irgendeiner Form mit der Informationstechnik zu tun hätten, eine Zahl, die bis zum Jahr 2000 zwischen 48 und 56 Prozent liegen dürfte. Da er der Meinung sei, daß die Informationstechnologie eher zur Dezentralisierung als zur Konzentration führe, bekäme auch der Begriff der Infrastruktur einen neuen Inhalt. Regionale Nachteile könnten durch Einsatz dieser Techniken besser ausgeglichen werden.

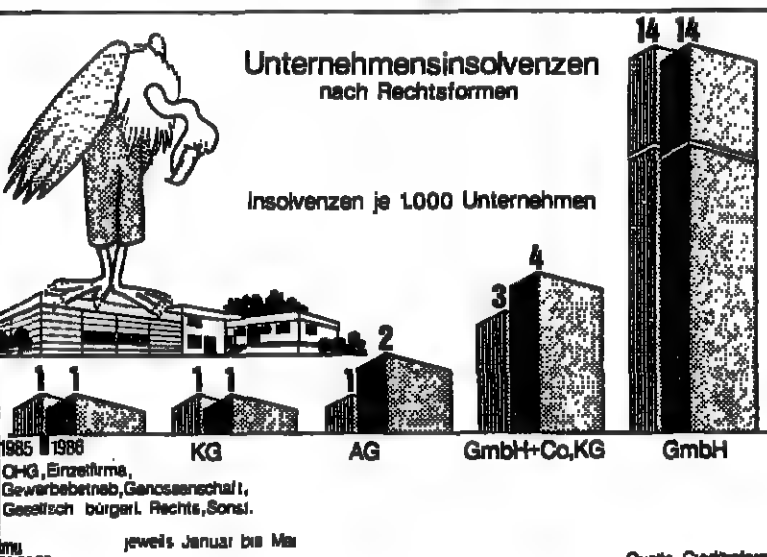
Mit Stolz stellte Schwarz-Schilling fest, daß die Bundespost bei der Umsetzung ihres vor zwei Jahren vorgestellten Konzepts zur Weiterentwick-

lung der Fernmeldeinfrastruktur voll im Zeitplan liege. Die ausgewiesenen Entwicklungsschritte seien entweder vollzogen oder planmäßig eingeleitet. Auch schreite die Digitalisierung des Telefonnetzes zügig voran. Derzeit sind bundesweit 16 digitale Vermittlungsstellen in Betrieb. Bis Ende dieses Jahres werden es bereits 50 Vermittlungsstellen sein, mit etwa 330 000 digitalen Fernleitungsanschlüssen.

Auch wirtschaftlich hätten sich die Erwartungen erfüllt, denn schon heute, zwei Jahre nach Systemeinführung, seien die Preise für die digitale Fernvermittlungstechnik auf 30 bis 40 Prozent der herkömmlichen Technik gefallen. Mit ähnlich großen Kostenvorteilen rechnet der Minister für die Digitalisierung des Netzes. In bezug auf die ISDN-Einführung meinte Schwarz-Schilling, daß es an der Zeit sei, sich verstärkt sich um Anwendungsmodelle zu kümmern.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth gab zu bedenken, daß derzeit 43 Prozent aller arbeitenden Bundesbürger in irgendeiner Form mit der Informationstechnik zu tun hätten, eine Zahl, die bis zum Jahr 2000 zwischen 48 und 56 Prozent liegen dürfte. Da er der Meinung sei, daß die Informationstechnologie eher zur Dezentralisierung als zur Konzentration führe, bekäme auch der Begriff der Infrastruktur einen neuen Inhalt. Regionale Nachteile könnten durch Einsatz dieser Techniken besser ausgeglichen werden.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL



In der Bundesrepublik Deutschland meiden Gesellschaften mit beschränkter Haftung häufiger den Konkurs als alle anderen Unternehmensformen zusammen. Ihr Anteil an den gesamten Insolvenzen liegt bei etwa zwei Drittel. Bei den GmbHs bleiben auch mit Abstand die meisten Arbeitsplätze auf der Strecke.

## Jahreswagen: Vorerst keine Konsequenzen

Bonn (AP) - Die Forderung des Bundesrechnungshofes nach Abschaffung der Steuerfreiheit für Jahreswagen und anderen „geldwerte Vorteile“ wird vor der Bundestagswahl keine Konsequenzen nach sich ziehen. Der Sprecher des Bundesfinanzministeriums, Karlheinz von der Driesch, sagte in Bonn, das Ministerium prüfe derzeit die entsprechende Prüfmittlung des Rechnungshofes. Gegenstand der Prüfung sei auch die Frage, ob im Rahmen der für die nächsten Wahlperiode geplanten großen Steuerreform Korrekturen an den bisher geltenden Steuerbefreiungen in diesem Bereich notwendig seien.

## „Sehr unschön“

Hamburg (dpa/VWD) - Scharfe Kritik an der geplanten Verflechtungsaktion von EG-Butter hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, geübt. Diese Maßnahme sei „sehr unschön“ und zeige wie „absurd die alte EG-Agrarpolitik bisher gewesen ist“, sagte von Geldern. „Der eigentliche Skandal“, so von Geldern, bestehe darin, „daß die EG ihre Agrarpolitik nicht rechtzeitig angepaßt hat“. Dieses Übel müsse jetzt an der Wurzel gepackt werden. Der Selbstversorgungsgrad bei Milch liege derzeit in der EG bei 114 Prozent und in der Bundesrepublik bei 115 Prozent.

## 17 Prozent mit Abitur

Bonn (A.G.) - Bereits jeder sechste Lehrling hat Abitur. Ende 1985 machten 140 800 Abiturienten eine Ausbildung in Industrie, Handel, bei Banken und Versicherungen sowie im Gast- und Verkehrsgewerbe gegenüber 118 600 im Vorjahr (plus 18,7 Prozent). Der Anteil der Auszubildendenverhältnisse mit Abiturienten ist damit auf 16,1 Prozent gegenüber 14,1 Prozent im Vorjahr gestiegen.

## Für private Vorsorge

Frankfurt (ed.) - Die Beibehaltung der steuerlichen Begünstigung privater Kapitalbildung im Zuge einer Steuerreform fordert Bundesbankpräsident Pöhl. Begründung: Die Leistungen aus der staatlichen Rentenversicherung von 60 bis 70 Prozent des letzten Nettogehalts seien langfr-

stigt nicht finanzierbar, so daß die sich gegenüber dem derzeitigen Zustand öffnende Sicherungslücke durch private Vorsorge geschlossen werden muß; überdies sei die private Lebensversicherung rentabler als die gesetzliche Rentenversicherung bei Beiträgen von mehr als 20 Prozent. Bei einem Vortrag in Wiesbaden betonte Pöhl ferner, daß die starke Geldmengenerweiterung derzeit keine Zinssenkung zulasse.

## Dollar fällt

Frankfurt (rtv) - Der US-Dollar ist zur Wochenmitte an den europäischen Devisenmärkten deutlich abgerutscht. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs mit 2,3770 DM um mehr als zwei Pfennig unter dem Vortagesfixing von 2,3950 DM ermittelt. Die Deutsche Bundesbank griff nach Angaben Frankfurter Händler nicht in die Kursfindung ein. Dagegen bestätigte der Präsident der japanischen Notenbank, Satoshi Sumita, am Mittwoch in Tokio Marktberichte, daß die Bank von Japan am gleichen Tag zur Stützung des Dollar-Kurses interveniert habe. In Tokio hatte der Dollar mit 166,70 Yen und 2,21615 DM geschlossen.

## EG-Programm zu teuer

Brüssel (Ha.) - Zu hoch gegriffen hat die EG-Kommission mit ihren Vorschlägen für ein Mehrjahresprogramm für Forschung. Die großen Länder (Frankreich, Bundesrepublik und Großbritannien) wollen weit weniger für EG-Programme ausgeben, als die Brüsseler Behörde. Sie hat mit Rücksicht auf den Wettbewerbsvorsprung der USA und Japans bis 1991 rund 22,3 Mrd. Mark gefordert, fast doppelt so viel wie die Zustimmung kleinerer Mitgliedsstaaten, die über keine ausreichende eigene Forschungskapazität verfügen.

## WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 163,89 (164,50); Elektrowerte: 300,57 (300,52); Autowerte: 765,05 (769,29); Maschinenbau: 157,29 (158,38); Versorgungssaktien: 166,49 (168,18); Banken: 401,10 (403,71); Wohnhäuser: 141,36 (142,36); Bauwirtschaft: 476,56 (483,33); Konsumgüterindustrie: 167,49 (167,77); Versicherungsindustrie: 1449,54 (1477,64); Stahlpapiere: 163,45 (164,78); Gesamt: 274,31 (276,33).



## MEXIKO

## Neues Abkommen in Sicht?

VWD, Washington  
Mexiko nähert sich dem Abschluss eines Abkommens mit seinen ausländischen Gläubigern über ein neues Finanzierungsprogramm im Volumen von rund 8 Mrd. Dollar, das außerdem ein Anpassungsprogramm enthält. Das verläuft auf offizieller Ebene, aber ungenannt gebliebenen Washingtoner Kreisen. Die Regierung von Staatspräsident Miguel de la Madrid habe zwar noch nicht ihr endgültiges Einverständnis hierzu erklärt, doch eine Zustimmung der mexikanischen Regierung binnen acht bis 14 Tagen gilt als wahrscheinlich.

Am Dienstag hatte bereits David Mulford, Staatssekretär im Treasury, erklärt, er sehe weder die Gefahr einer abrupten Zahlungsunfähigkeit

Anzeige

### Sie sollten bei Ihrer eigenen Karriere-Planung nichts dem Zufall überlassen.

Nutzen Sie den großen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte.

## Jeden Samstag in der WELT

noch die, daß Mexiko seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werde. Zugleich hatte er die Chancen, daß Mexiko seine Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erfolgreich beenden werde, als gut bezeichnet.

Unklar ist jedoch, ob das Kreditpaket ein IWF-Darlehen über 1 Mrd. oder über 1,5 Mrd. Dollar enthält und ob es Kredite über 1 Mrd. oder 1,2 Mrd. Dollar von der Weltbank und der Inter-American Development Bank umfaßt. Die Geschäftsbanken wurden ersucht, nochmals neue Mittel (rund 3,5 Mrd. Dollar) an Mexiko herauszuliehen, hieß es in US-Regierungskreisen.

## JAPAN / Viele Unternehmen verlagern einen Teil der Produktion nach Übersee, um Beschränkungen zu umgehen

## Kapitalanleger drängen stärker ins Ausland

FRED de LA TROBE, Tokio

Japans Direktinvestitionen im Ausland beliefen sich im Fiskaljahr 1985/86 (31.3.) auf einen Wert von 12,2 Milliarden Dollar oder 20,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Nach den Vereinigten Staaten und England ist der fernöstliche Staat der drittgrößte Auslandsinvestor in der Welt. Die japanischen Banken haben ihr Netz in Nippon kaufen Grundstücke in anderen Ländern auf. Außerdem errichten immer mehr Unternehmen Fertigungsstätten im Ausland, um die Nachteile aus dem Yen-Kursanstieg auszugleichen, in der Nähe der Absatzmärkte zu produzieren und dortige Importbeschränkungen zu umgehen.

Der Höhenflug des Yen seit vergangener Herbst hat die japanischen Produkte auf den ausländischen Absatzmärkten verteuert. Die Regierung in Tokio billigt die Verlagerung von Produktionen nach Übersee und vertritt den Standpunkt, daß die japanische

Industrie nicht mehr bestrebt sein sollte, möglichst alles selber herzustellen.

Die Auslandsinvestitionen Japans im Fiskaljahr 1985/86 waren am größten in den nichtverarbeitenden Wirtschaftszweigen. Im Bereich Banken und Versicherungen erreichten sie einen Wert von 3,8 Mrd. Dollar, 47 Prozent mehr, bei Handelsunternehmen kamen sie auf 1,6 Mrd. Dollar, 6 Prozent mehr, im Transportwesen beliefen sie sich auf 1,2 Mrd. Dollar, 15 Prozent weniger, im Immobiliengeschäft betrugen sie ebenfalls 1,2 Mrd. Dollar, das Dreifache und im Dienstleistungsgeschäft stellten sie sich auf 665 Mill., 4 Prozent weniger.

In der verarbeitenden Industrie lag der Wert auf 627 Mill. Dollar an der Spitze, 24 Prozent mehr. Es folgten Elektro- und Elektronikgeräte mit 513 Mill., 24 Prozent mehr, Metalle mit 385 Mill., 45 Prozent weniger und Maschinen mit 352 Mill., das Doppelte. Auslagerungen von Fertigungsstätten der verarbeitenden In-

dustrie betrafen vor allem solche mit billigen Produkten und schmalen Gewinnspannen. Teuere, hochtechnische Erzeugnisse werden dagegen weiterhin vorwiegend in Japan hergestellt.

Die größten japanischen Investitionen haben bisher die Vereinigten Staaten, Südostasien und Europa aufgenommen. 1985/86 nahmen die Kapitalanlagen Japans in den USA um 60,6 Prozent zu, in den Schwellenländern Südostasiens (Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur) stiegen sie um 52,6 Prozent und in Europa um 48,2 Prozent. In Asien insgesamt nahmen sie dagegen um 11,9 Prozent ab. Seit Anfang dieses Jahres haben infolge der steigenden Wettbewerbsstärke der südostasiatischen Schwellenländer eine Reihe japanischer Unternehmen aus der Stahl-, Elektronik- und Werkzeugmaschinenindustrie Betriebe in diese nacheinander verlagert.

Laut dem Verband der elektronischen Industrie Japans befinden sich

224 Betriebe der Branche in Asien - davon 173 in den Schwellenländern - 55 in Nordamerika, 38 in Lateinamerika, 36 in Europa und 33 in anderen Gebieten. In der EG hatten japanische Investoren bis 1985 202 Fertigungsstätten verschiedener Branchen errichtet, davon 41 in England, 35 in Frankreich und 33 in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach der Zahl der Investitionen lagen die USA mit 1859 Fällen an der Spitze. Es folgten Hongkong mit 550, Taiwan mit 514, Singapur mit 507 und Brasilien mit 380. Nach einer Schätzung des japanischen Industrieministeriums (Miti) wird Japan bis zum Ende dieses Jahrzehnts 560 000 Arbeitsplätze verlieren, wenn seine Auslandsinvestitionen bis dahin um jährlich zwölf Prozent steigen werden. In der gleichen Periode würden dadurch im Ausland 1,95 Millionen neue Arbeitsplätze direkt geschaffen. Die kämen jedoch nicht nur Japanern zugute. (SAD)

## CREDIT AGRICOLE / Niederlassung in Frankfurt geplant

## Privatisierung angekündigt

J. Sch. Paris

Die französische Regierung will in ihrer Privatisierungsaktion den Crédit Agricole einbeziehen, der sich von einer genossenschaftlichen Landwirtschaftsbank inzwischen zu einer auch international tätigen Universalbank mit einer Bilanzsumme von 929 Mrd. Franc und einem konsolidierten Reingewinn von 1,1 Mrd. Franc entwickelt hat. Wie jetzt Landwirtschaftsminister François Guillaume vor der Generalversammlung des Crédit Agricole angekündigt, soll ein entsprechender Gesetzentwurf im Oktober vorgelegt werden.

Es geht dabei vor allem um die „Entstaatlichung“ der Caisse Nationale de Crédit Agricole (CNCA), der „Zentralbank“ des Crédit Agricole. Dieses öffentlich-rechtliche Institut wirkt nach außen wie eine Großbank, steht aber zugleich im Dienste der 94 regionalen Landwirtschaftskassen, die private Genossenschaften sind. Gegenüber den Kassen übt die CNCA Koordinierungs- und Überwachungs-

funktionen aus und steht ihnen wie der Hauptsitz einer Großbank beziehungsweise deren Muttergesellschaft zur Verfügung - ohne allerdings an den Kassen beteiligt zu sein.

Außerdem verfügt die CNCA über staatliche Privilegien; insbesondere für die Verteilung von subventionierten Krediten an die Landwirtschaft, die nach der Privatisierung im Rahmen einer neuen Konvention mit dem Staat fortgeführt werden sollen. Die Entstaatlichung des Crédit Agricole geht nicht so weit wie die der französischen Großbanken.

Die Eigenmittel betragen 38,2 Mrd. Franc. Von den Krediten an die Kundschaft, die 1985 um 8,1 Prozent auf 507 Mrd. Franc stiegen, gingen je 40 Prozent an die Landwirtschaft und an den Wohnungsbau, 20 Prozent an Unternehmen. Die Einlagen erhöht sich um 10,9 Prozent auf 541 Mrd. Franc. Zur Verstärkung des internationalen Geschäfts soll im Oktober eine Niederlassung in Frankfurt eröffnet werden.

## LUFTFAHRTINDUSTRIE / Neues europäisches Jagdflugzeug in den neunziger Jahren

## 500 Firmen hängen am Tornado-Auftrag

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit der Unterzeichnung eines Vertrages über die Fertigung weiterer 124 Kampfflugzeuge des Typs „Tornado“ geht die Luftfahrtindustrie in den beteiligten Ländern Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien mittelfristig einer berechneten Produktionsauslastung entgegen. Das mit dem Vertrag gesicherte Auftragsvolumen erreicht, erklärte ein Sprecher der trilateralen Managementorganisation Panavia Aircraft GmbH, München, einen Umfang von fast 7 Mrd. DM. Vertragspartner für Panavia auf der Industrie- und von den drei Regierungen gestellte Aufsichtsorganisation NAMMA, ebenfalls München. Der Vertrag zwischen beiden wurde, wie am Rand der internationalen Luftfahrtschau in Hannover bekannt wurde, am Dienstag in der bayerischen Landeshauptstadt unterzeichnet.

Der neue Auftrag über 124 Flugzeu-

ge setzt sich aus 35 Maschinen in der ECR-Version für die deutsche Luftwaffe, 72 für Saudi-Arabien, 8 für Oman sowie 9 weiteren zur Auffüllung der britischen Geschwader zusammen. Das deutsche ECR-Flugzeug wird mit elektronischen Kampfmitteln ausgestattet, damit die anderen Angriffsfähigkeiten des Typs „Tornado“ sich gegen eine gegnerische Luftabwehr durchsetzen können. Mit dem neuen Auftrag, der die Produktionslinien für den Tornado-Typ bis Ende 1992 auslastet, werden die Industrien der drei Länder insgesamt 929 Flugzeuge fertigen.

An der Tornado-Produktion sind in Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien rund 500 Firmen beteiligt. Etwa 70 000 Arbeitsplätze umfaßt das Tornado-Programm in den drei Ländern. Der deutsche Anteil ist mit 42,5 Prozent so groß wie der britische, die restlichen 15 Prozent liegen bei Italien. Nach Panavia-Aussagen sind in

der Bundesrepublik etwa 25 000 Arbeitsplätze mit der Tornado-Fertigung befaßt. Bis jetzt stehen 550 Flugzeuge aus dieser Produktion im Dienst der Streitkräfte in der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und Saudi-Arabien.

Nach dem Auslaufen der Tornado-Produktion erwartet die Industrie 1992 Anschlußaufträge der drei Länder zur Kampfwertsteigerung des Flugzeuges und zur weiteren Unterhaltung und Wartung des Waffensystems. Dies eröffnet für die beteiligten Unternehmen die Aussicht, weit über das Jahr 2000 hinaus mit Tornado-Arbeiten ausgelastet zu sein. Hinzu kommt die sich nun konkret abzeichnende Produktion eines neuen europäischen Jagdflugzeuges, für das erste Fertigungsteile von 1994 an erwartet werden, so daß die „Durststrecke“ bis zur Erreichung des Anschlußauftrages „Eurofighter“ allenfalls ein Jahr dauern wird.

## Montedison-Gerüchte nicht beseitigt

ds, Mailand

Zwischen dem italienischen Chemiekonzern Montedison und dem schwedischen Pharmaunternehmen Fermenta wird Erklärungen Mailänder Firmensprecher zufolge zumindest nicht formell verhandelt. Gerüchte über eine mögliche Beteiligung der Montedison-Pharmatochter Farmitalia Carlo Erba waren in den letzten Wochen entstanden, nachdem Farmitalia die Absicht angekündigt hatte, das Produktangebot durch Akquisitionen zu erweitern. Inzwischen hat die Hauptaktionärin von Fermenta, Refaat El Sayed, aus Anlaß der in Mailand stattgefundenen HV der Fermenta-Tochter Pierrel bestätigt, daß er einen Partner für sein Unternehmen suche. Dabei betonte El Sayed, daß es sich bei einem möglichen Partner nicht nur um eine Finanzbeteiligung handeln dürfe, sondern um ein industriell engagiertes Unternehmen, das in dem gleichen Bereich tätig ist, in dem auch Fermenta arbeitet.

## GOLDSTAR / TV- und Videogeräte in Worms produziert

## 500 neue Arbeitsplätze

Wb, Mainz

Dem Bundesland Rheinland-Pfalz ist es gelungen, nach dem Magnetband-Hersteller TDK einen zweiten fernöstlichen Unterhaltungselektronik-Produzenten zur Ansiedlung zu bewegen: Die Goldstar Co Ltd., das größte koreanische Unternehmen der Elektronik- und Elektrotechnik.

Schon im August dieses Jahres will die neu zu gründende Goldstar Europe GmbH mit dem Bau eines Farbfernseh- und Videogerätewerks in Worms beginnen. Bis 1991 sollen dort 65 Mill. DM - bei einem Eigenkapitaleinsatz von 8 Mill. DM - investiert werden. Dafür werden auf einer Gesamtfläche von 64 000 Quadratmetern zunächst 200 und im weiteren Ausbau bis 1990 rund 500 Arbeitsplätze entstehen. Geplant ist in der Endstufe die Produktion von jährlich 300 000 Farbfernsehgeräten und 400 000 Videorecorder für den europäischen Markt.

Mit solchen Mengen werden die Koreaner mit einiger Sicherheit neue Unruhe in den europäischen Unterhaltungselektronikmarkt bringen. Das ist nicht unbeabsichtigt. Es ist vorgesehen, daß Goldstar seinen Marktanteil in Europa mit zunehmenden Gewinnen ausbaut, so eine Erklärung des Unternehmens.

Goldstar ist seit 1981 mit einer Düsseldorf Vertriebsgesellschaft in der Bundesrepublik vertreten. Die koreanische Muttergesellschaft gehört zur Unternehmensgruppe Lucky-Goldstar, einen der größten Konzerne des Landes. Zum Gruppenumsatz von umgerechnet 11 Mrd. US-Dollar hat Goldstar 1985 etwa 1,5 Mrd. Dollar beigetragen. Die Produktion des 17 000 Mitarbeiter zählenden Unternehmens reicht von Elektrobauelementen über die Unterhaltungselektronik bis hin zu Geräten der elektronischen Datenverarbeitung.

Aus unserem Geschäftsbericht 1985

**Das »Herz« des Superzuges der Bahn stammt von BBC.** Drei Beispiele aus unserer Arbeit: (1) In ihrem Jubiläumsjahr stellte die Deutsche Bundesbahn den neuen Hochgeschwindigkeitszug ICE vor; das dank der von uns entwickelten Drehstrom-Antriebstechnik robuste »Herz« bringt diesen Superzug auf Geschwindigkeiten von über 300 Stundenkilometern. (2) Am 16. November 1985 lieferte der von uns gebaute Hochtemperaturreaktor THTR 300 zum ersten Mal Strom ins öffentliche Netz. (3) Unsere bewährte Gasturbinenreihe ergänzen wir um eine Maschine mit 140 MW Leistung. Sie ist die zur Zeit größte auf der Welt mit dem höchsten thermischen Wirkungsgrad.

Die Hauptversammlung hat am 11. Juni 1986 beschlossen, aus dem Bilanzgewinn von 22 345 068,- DM für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von 7,- DM je Aktie im Nennwert von 50,- DM auf das dividendenberechtigte Grund-

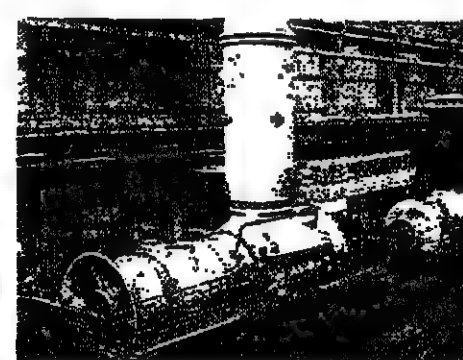
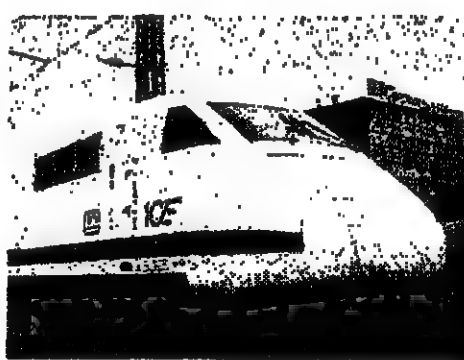
kapital von 156 000 000,- DM auszuschütten und den Rest von 505 068,- DM auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Inhaber der Genußscheine erhalten gemäß § 2 der Genußscheinbedingungen auf je 100,- DM Grundbetrag eine jährliche Ausschüttung in

Höhe des 1,6fachen der Dividende auf eine Aktie im Nennwert von 50,- DM; für das Geschäftsjahr 1985 erhalten die Inhaber der Genußscheine somit eine Ausschüttung von 11,20 DM je 100,- DM Grundbetrag.

Der vollständige Jahresabschluß und der vollständige konsolidierte Jahresabschluß, die beide den uneingeschränkten Bestäti-

gungsvermerk der Industrie-Treuhand-GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Mannheim, tragen, werden im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 20. Juni 1986 veröffentlicht.



Konsolidierte Bilanz der Brown, Boveri & Cie, Aktiengesellschaft, Mannheim, zum 31. 12. 1985

Aktiva	Mio. DM	Passiva	Mio. DM
Sachanlagen	671,2	Grundkapital	156,0
Finanzanlagen	83,6	Rücklagen	362,6
Anlagevermögen	754,8	Genußscheinkapital	31,2
Vorräte	3 186,5	Sonderposten mit Rücklageanteil	35,4
Geleistete Anzahlungen	432,4	Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	31,1
Geldmittel und Forderungen	3 616,9	Rückstellungen	2 370,5
Umlaufvermögen	7 235,8	Anzahlungen und Kredite zur Finanzierung von Kundenaufträgen	3 188,9
		Andere Verbindlichkeiten	1 787,1
		Bilanzgewinn	27,8
Bilanzsumme	7 990,6	Bilanzsumme	7 990,6

Aus der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung

	Mio. DM
Umsatz	8 177,3
Gesamtleistung	6 088,5
Materialaufwand	2 927,7
Personalaufwand	2 067,6
Abschreibungen	201,0
Steuern	73,5
Jahresüberschuß	25,7

Mannheim, den 12. Juni 1986

BROWN, BOVERI & CIE  
AKTIENGESellschaft

Der Vorstand

**BBC**  
BROWN, BOVERI

سكنا مينه لا محل



PKV / Bald zehn Millionen Kunden - Kaum Pflgetarife

## Preiswettbewerb begrüßt

**HARALD POSNY, Düsseldorf**  
Der 1985 eingetretene Verschärfung des Preiswettbewerbs zwischen den gesetzlichen Krankenkassen (GKV) und den Unternehmen der privaten Krankenversicherung (PKV) steht der Verband der 40 „Privaten“ gegenüber. Im Rechenschaftsbericht des PKV-Verbands sehen dessen Vorsitzender Heinrich Frommknicht und der Verbandsdirektor Christoph Ueber die „deutlich erhöhten Zugänge an versicherten Personen einmal mehr als Beweis dafür, daß die Marktchancen der PKV um so besser sind, je mehr es ihr gelingt, den Beitrag zu stabilisieren.“

Ende letzten Jahres waren 5,24 (5,14) Mill. Personen im bedeutendsten Bereich (Krankheitskosten) versichert. Dazu kommen noch 4,4 (4,2) Mill. Zusatzversicherte aus dem Kreis der gesetzlich Versicherten, so daß jetzt insgesamt bald zehn Mill. Bundesbürger privat versichert sind.

Die Gesamtaufwendungen und Leistungen an die Versicherten (Aufwendungen für Krankheitskosten, Beitragsrückerstattung und Zuführungen zur Altersrücklage) erhöht sich um 3,1 (3,2) Prozent auf rund 13 Mrd. DM. Die Ausgaben für die reinen Krankheitskosten um 4,7 (5,7) Prozent auf rund 9,3 Mrd. DM. Sie sind damit etwas geringer als bei der GKV (5,1 Prozent) gestiegen. Beteiligt um den Neuzugang an Versicherten liegt der Leistungsanstieg jedoch auf dem Niveau der Beitragseinnahmen (plus drei Prozent auf 13,5 Mrd. DM).

Das Wachstum des Prämienvolumens beruht nicht nur auf der Bestandserweiterung, sondern auch auf

Anpassungen des Versicherungsschutzes in der Tagelohn- und Krankenhaus-Tagegeld-Versicherung. Beitragssteigerungen waren im Gegenzug zur GKV nur in geringem Umfang erforderlich. Vielfach ist die Prämie sogar gesunken worden. Die Leistungsquote (Gesamtleistungen im Verhältnis zur Prämie) dürfte auch 1985 wieder oberhalb 96 Prozent liegen. Am stärksten stiegen 1985 die Aufwendungen für ambulante ärztliche Behandlung.

Der PKV-Verband bedauert, daß trotz anhaltender Diskussion um die Abdeckung des Pflegekostenrisikos im Alter die Pflegeversicherung bislang keine steuerliche Förderung erfährt. Nach wie vor hält man die Marktchancen der günstigen Tarife (30 bzw. 25 DM pro Monat für ein Pflegegeld von monatlich 1500 DM für eine jetzt 35jährige Frau bzw. einen gleichaltrigen Mann) für sehr gut. Die Breitenwirkung dürfte jedenfalls größer sein als die des geplanten Bundesgesetzes, das zudem die Lohnnebenkosten noch weiter belasten würde.

Die Lösungsvorschläge der PKV würden, wenn alle 30- bis 60jährigen eine solche Pflegeversicherung abschließen würden und deren Beitrag bis zu 300 DM jährlich steuerlich begünstigt würde, einen jährlichen Steuerertrag von 1,6 Mrd. DM bringen. Dagegen kostete der Gesetzentwurf des Landes Bayern jährlich 5 Mrd. DM, bietet aber nur ein Pflegegeld von maximal 600 DM monatlich. Bisher haben die sieben Anbieter - angesichts mangelnden Vorsorgebewusstseins und fehlender steuerlicher Anreize bei den Beiträgen - nur etwa 2000 Verträge abschließen können.

MERCK, FINCK & CO. / Spezialist für Wertpapiere

## Am Aktienboom gut verdient

**S. EDENHOFER, München**  
Der Jahresabschluß des Münchner Privatbankhauses Merck, Finck & Co. für 1985 fiel glänzend aus. Obwohl die Bank als offene Handelsgesellschaft keine GuV-Rechnung veröffentlicht, machte der Chef des Hauses, August von Finck, auf der Jahrespressekonferenz keinen Hehl daraus, daß 1985 alle Rechnungen seiner betont konservativen Politik aufgegangen sind. Die seit drei Generationen auf das Wertpapiergeschäft, in den letzten Jahren zusätzlich auf Vermögensverwaltung und mittelständische Kundschaft spezialisierte Bank, profitierte vor allem von dem glänzenden Börsenjahr. Das Wertpapiergeschäft lieferte einen „überdurchschnittlichen Erfolgsbeitrag“.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bank lag der Provisionsüberschuß über dem Zinsüberschuß. Während die Bilanzsumme nur „leicht kontinuierlich“ um 6,9 Prozent auf 2,730 Mrd. DM zunahm, kletterten das Betriebsergebnis und der Jahresüberschuß um 80 Prozent.

Nach Angaben des persönlich haftenden Gesellschafters Adolf Kracht verwaltet die Bank rund 10 000 Kundendepots, von denen das Gros erst bei einer Summe von 2 Mill. DM beginnt und deren Gesamtvermögen das Verzeichnis der Bilanzsumme der Bank ausmacht. Die haftenden Eigenmittel betragen unverändert 150 Mill. DM.

Um die Wertpapierkundenbetreuung weiter zu verbessern, hat das Institut die Zahl mehrsprachiger Mitarbeiter erhöht, so daß die Münchner Privatbankiers inzwischen auch für

Schweizer, Franzosen und Opec-Anleger eine attraktive Adresse sind.

Die Zahl und das Gesamtvermögen der Spezialfonds, bei denen die Bank Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen von Industrieunternehmen und -verbänden als beratende Depotbank dient, wuchs inzwischen auf 13 an. Das Fondsvolumen belief sich auf 650 Mill. DM. Die Bank wirkte 1985 bei 37 Kapitalerhöhungen bzw. Emissionen und 20 Optionsanleihen mit. Wie Kracht einräumte, hat sich allerdings der Wunsch des Bankhauses, an mehr Neumissionen teilzunehmen, nicht erfüllt. Die Geschäftsführung akzeptiert hier die Führungsrolle der Deutschen Bank.

Das Kreditvolumen ermöglichte sich auf 2,226 Mrd. DM, weil weniger Kredite an Banken gegeben wurden. Die Kundeneinlagen, die nach wie vor gut 60 Prozent der Gesamtverbindlichkeiten stellen, erreichten 1,610 Mrd. DM und lagen damit um 5,4 Prozent höher als zum Ende des Vorjahres. Die ersten fünf Monate des neuen Geschäftsjahres knüpfen an den glänzenden Abschluß an, Zinsen und Provisionen sind sogar noch gestiegen.

Die Geschäftsleitung rechnet allerdings mit einer schlechteren Weltkonjunktur und Börsen in absehbarer Zukunft, spätestens 1988. Auch für diese Situation glauben die Privatbankiers genügend vorgesorgt zu haben, indem sie sich ständig darum bemühen, die Kosten niedrig zu halten. Das Haus, mit Filialen in Frankfurt und Düsseldorf, beschäftigt 512 Mitarbeiter.

AXEL SPRINGER VERLAG / Ohne Probleme die Mammut-Investitionen bewältigt

## Ertragsstark auf schwierigem Markt

**JAN BRECH, Hamburg**

Den Szenenwechsel vom Familienunternehmen mit der überragenden Verlegerpersönlichkeit Axel Springer an der Spitze zu einer Publikums-Gesellschaft, in der die verlegerische Verantwortung nun auf den Vorstand übergegangen ist, hat die Axel Springer Verlag AG, Berlin, erfolgreich bewältigt. Die Umstellungsprobleme seien durch eine den Gegebenheiten angepaßte Führungsstruktur und durch organisatorische Straffungen gelöst, erklärt der Vorstandsvorsitzende, Peter Tamm. Das Unternehmen könne für das zweite Halbjahr 1985 eine hervorragende Bilanz seiner journalistischen und wirtschaftlichen Leistung ziehen.

Unter Ertragsaspekten ist dies vor allem für die inzwischen mehr als 9000 freien Aktionäre treffliche Kunde. Der Hauptversammlung wird, wie vorgesehen, für das zweite Halbjahr 1985 eine Dividende von 6 DM vorgeschlagen, die auf das ganze Jahr bezogen einer Spitzenausschüttung von 24 Prozent entspricht. Vom Jahresüberschuß, der im zweiten Halbjahr gegenüber dem ersten sechs Monaten des Jahres 1985 um 9,6 Mill. DM gestiegen ist, werden dafür 20,4 Mill. DM verwendet, 14,7 Mill. DM stärken die Rücklagen.

### Pro Aktie 25 Mark verdient

Die überdurchschnittlich gute Ertragsentwicklung des Unternehmens, die sich bereits in der Verbesserung des ausgewiesenen Jahresüberschusses niederschlägt, belegt Tamm zusätzlich mit dem nach DVFA (Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Anlageberatung) ermittelten Nettoergebnis. Es verbesserte sich im zweiten Halbjahr auf rund 51 Mill. DM und ergibt - addiert mit dem Nettoergebnis des ersten Halbjahres - ein Jahresergebnis von 84,1 Mill. DM. Springer hat damit pro Aktie rund 25 DM verdient und, auf den Umsatz bezogen, eine Nettoertragsrate von 3,4 Prozent erreicht.

Die finanzielle Kraft des Unternehmens spiegelt kraft der hohen Liquidität und vor allem die Entwicklung des Cash-Flow wider, der aufgrund hoher Abschreibungen nach den

Mammutinvestitionen der Vorjahre, auf eine in der Geschichte des Unternehmens bislang nicht erreichte Höhe gestiegen ist. Er macht 9,25 Prozent des Umsatzes aus und übersteigt die Investitionen des Jahres 1985 um das Doppelte. Ohne geringste Probleme zu haben, die Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren, hat Springer die solide Ertragsentwicklung gleichzeitig zum weiteren Abbau der langfristigen Verschuldung genutzt.

Die Ertragsfortschritte verdankt das Unternehmen in erster Linie internen Straffungsmaßnahmen, Kostenentlastungen, die sich aus der veränderten Unternehmensstruktur ergeben, und einer dem modernsten Stand entsprechenden Technik. Das wirtschaftliche Umfeld der Verlagsbranche bleibt dagegen schwierig. Die Printmedien, betont Tamm, seien sowohl in den Vertriebs als auch das Anzeigengeschäft angeht, keine Vorreiter der Konjunktur gewesen.

Die Entwicklung der eigenen Objekte bezeichnet er als überdurchschnittlich, doch fiel auch im Springer-Blätterwald das Wachstum mit zwei Prozent über das ganze Jahr nicht gerade üppig aus. Einbußen erlitten vor allem die Zeitschriften, die sich auf einem preislich hart umkämpften, strukturell im Umbruch befindlichen Markt behaupten müssen. Durch konzeptionelle Gegenmaßnahmen sei es aber gelungen, so erklärt Tamm, den Umsatzrückgang des ersten Halbjahres in der zweiten Hälfte des Jahres zum Stillstand zu bringen. Den Umsatz-Ausgleich brachten wie schon im Vorjahr die Zeitungen und vor allem auch der Lohndruck.

In der Geschäftsparte Vertrieb betrug das Plus über das ganze Jahr 0,6 Prozent, mit den Stützen „Bild“ und „Bild der Frau“ sowie den Sonntags- und Regionalzeitungen in Hamburg und Berlin. Anhaltend steigende Auflagenrenditen zeigt auch die WELT, bei der das Unternehmen nach Angaben von Tamm finanziell nichts mehr zusetzen muß. Das Wachstum im Anzeigengeschäft mit einer Rate von 1,7 Prozent trugen ebenfalls in erster Linie die Zeitungen.

Vor dem Hintergrund, daß vom Markt derzeit nur verhaltene Impulse ausgehen, hat sich nach Tamm Worten die Grundphilosophie des Unternehmens erneut bewährt, mit preiswerten hochauflagen Objekten in den Märkten zu operieren. Die Möglichkeiten dazu habe sich Springer durch eine technologische Spitzstellung geschaffen.

### Erfolge in der Offensive

Auch für die kommenden Jahre kündigt Tamm hohe Investitionen in die Sachanlagen und in den Markt an. Die im Februar dieses Jahres eingeführte „Auto Bild“, deren Absatz alle Erwartungen übertrafen hat, sei jüngstes Beispiel einer unveränderten Offensiv-Strategie. Daneben werde das Unternehmen im Verbund mit starken Partnern auf anderen Feldern, so vor allem den elektronischen Medien, voranzuschreiten, auch wenn dieser Bereich, wie Tamm einräumt, zur Zeit noch ein kräftiges Zusatzgeschäft ist.

In den ersten Monaten dieses Jahres hat das Unternehmen, getragen vom Anzeigengeschäft, mit einem Umsatzplus von drei Prozent einen guten Start gehabt. Im weiteren Verlauf dürften sich Preiserhöhungen bei den großen Programmzeitschriften und bei „Bild“ auch positiv auf die Vertriebsumsätze auswirken. Die Ertragsentwicklung bezeichnet Tamm als „sehr freundlich“, sie werde voraussichtlich in ein gutes Gesamtergebnis 1986 einmünden.

Springer Verlag	1985	±%
Konzernumsatz (Mill. DM)	2475	+ 2,0
dav. Zeitungen	1821	+ 3,1
Zeitschriften	639	- 3,5
Lohndruck	173	+ 15,3
Sonstiges	52	± 0
Umsatzanteile in %		
Anzeigen	46,9	47,1
Vertrieb	44,0	44,6
Sonstiges	8,1	8,3
Belegschaft	11 411	- 0,9
Jahresüberschuß	61	(39)
Investitionen	112	- 42,9
Abschreibungen	139	+ 14,9
Cash-Flow	229	+ 18,8
Eigenkapital	223	+ 8,8
in % d. Bilanzsumme	21,5	(20,6)

\* wegen geänderter Unternehmensstruktur nicht vergleichbar

AMK BERLIN / Messegesellschaft will Verlust abbauen

## Dicht gedrängtes Programm

**ot. Berlin**

Über einen Rekordumsatz von 110,4 (99,0) Mill. DM, aber auch über einen durch das Land Berlin abzudeckenden höheren Verlust von 31,2 (29,3) Mill. DM berichtet die AMK Berlin Ausstellung-Messe-Kongress-GmbH im Jahr 1985. In diesem Jahr will die Berliner Messegesellschaft den Verlust wieder unter die Marke von 30 Mill. DM drücken, betonten die beiden Geschäftsführer Wolfgang Wegmann und Manfred Busche. Deshalb seien einige Eigenveranstaltungen zunächst gestrichen worden.

Auch im Bereich Sport und Unterhaltung denkt die AMK über Veranstaltungen nach. Große Sorgen bereite z.B. das 6-Tage-Rennen, das in diesem Jahr allerdings noch auf dem Programm steht. Von hohem Wert für Berlin bezeichnet Wegmann das Festival Europäischer Musik, das Gastspiel des Bolschoi Ballets Moskau und das Weltcup-Finale der Spring-

reiter. Sie könnten aber nicht unbedingt mit der unternehmerischen Elan gemessen werden.

Der Rekordumsatz des Berichtsjahres erklärt sich auch aus der Funkausstellung, die alle zwei Jahre stattfindet. Gegenüber dem wegen seiner Struktur besser vergleichbaren Jahr 1983 hat die AMK den Umsatz um neun Prozent steigern können. Für dieses Jahr ist Busche optimistisch. Der Programmkalender des zweiten Halbjahres sei dicht gedrängt.

Auch künftig wird es nach Angaben des Kongress-Generalbevollmächtigten Peter W. Haupt in Berlin keine Hotelprobleme geben. Haupt, der Senatsbeauftragte für die Jahrestagung von Internationalen Währungsfonds und Weltbank 1988 in Berlin wird (bis 11 000 Teilnehmern), erwartet für diese Veranstaltung ebensowenig Beherbergungsprobleme wie für die Tagung der Dermatologen mit 7000 Teilnehmern.

PHOTO FORST / Umwandlung mit schwarzen Zahlen

## Durchbruch nach Verlustphase

**dpa/VWD, Schwabach**

Nach sechs Verlustjahren schließt die Bilanz der Photo Forst GmbH & Co. KG, Schwabach, für das Geschäftsjahr 1985 wieder mit einem Jahresüberschuß von 1,53 Mill. DM. Rückwirkend zum 1. Januar 1986 wurde nach Gesellschaftsbeschuß vom 9. Juni Photo Forst in eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung Forst AG umgewandelt. Der Verzicht auf den Namenszusatz „Photo“ markiert nach Aussage des künftigen Vorstandsvorsitzenden Heinz Wohlrab verstärkte Hinwendung des Unternehmens zum Bereich Unterhaltungselektronik.

Das Kapital von zwölf Mill. DM, das bisher zu 64 Prozent von der Schweizer Interdiscount-Holding SA, Fribourg, und zu 36 Prozent von der Hanns Heinz Forst KG gehalten wurde, wird auf 25 Mill. DM aufgestockt. Es teilt sich dann auf 12,5 Mill. DM Stammaktien und 12,5 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien auf, woran Interdiscount mit 52 Prozent des stimmberechtigten Kapitals

mehrheitlich beteiligt bleibt. Auf die Hanns Heinz Forst KG entfallen dann 26 Prozent und auf die bisherigen Gesellschafter Leo Hirschberg und Hartmut Krahwinkel 32 Prozent.

Bei planmäßiger Geschäftsentwicklung soll bei Forst zum Jahreswechsel 1987/88 der Gang an die Börse erfolgen, wobei noch offen sei, mit welcher Aktienform. Bereits für das laufende Geschäftsjahr, bei dem sich das Ergebnis wesentlich verbessern soll, ist an eine Ausschüttung zu denken. An den Vorzugsaktien der neuen Forst AG sollen auch die Führungskräfte mit 2 Mill. DM beteiligt werden.

Nachdem seit 1979 bei Photo Forst rote Zahlen geschrieben wurden (mit insgesamt 55,3 Mill. DM Verlust), konnte 1985 mit einem Jahresüberschuß von 1,53 Mill. DM - nach einem Vorjahresminus von 2,2 Mill. DM - abgeschlossen werden. Der Umsatz (auf Bruttopreisbasis) stieg dabei einschließlich der Franchise-Partner um 13 Prozent auf 364 Mill. DM.

PWA / Harte Konsolidierung und tiefgreifenden Strukturwandel erfolgreich durchgestanden

## Neue Chancen durch mehr Marktnähe

**DANKWARD SEITZ, München**

Nach einem jahrelangen tiefgreifenden, erfolgreichen Strukturwandel und harter Konsolidierung kann die PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, München, nun wieder den Blick nach vorne richten und sogar an Expansion denken. „Mehr Marktnähe“ lautet dabei das Motto, mit dem Vorstandsvorsitzender Willi Klein-Gunnewyk das Unternehmen vorsichtig hin zu mehr Weiterverarbeitung und Veredelung steuert. Hier sieht er für die Zukunft die größeren Wachstumschancen, nicht aber in einem Ausbau der Zellstoff- und Papierkapazitäten, denn: „DIN-A-4-Papier kann man auch am Polarkreis herstellen.“

Über seine konkreten Vorstellungen schweigt sich der PWA-Chef noch aus. Zwei Schritte kennzeichnen jedoch die Richtung: Da wird zum einen demnächst bei der Mannheimer Tochter Zewawell, die Faltschachteln und Kartonagen herstellt, eine dritte Schicht eingeführt. Zum anderen hat sich PWA vor kurzem an der französischen Firma Sept in Le Teil beteiligt, die „No-name“-Produkte (unter anderem Papiertaschentücher, Küchentücher) herstellt und mit einem Umsatz von 70 bis 80 Mill. DM in Frankreich einen Marktanteil von etwa 30 Prozent hat. Bereits vereinbart ist, so Klein-Gunnewyk, daß PWA diese Beteiligung demnächst auf eine deutliche Mehrheit ausbaut.

Offensichtlich um diese Expansion abzusichern - denn das anstehende Investitionsprogramm der nächsten fünf Jahre über 600 bis 800 Mill. DM wird man, so Klein-Gunnewyk, „aus eigener Kraft finanzieren können“ -

wird der Hauptversammlung (23. Juli) die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 100 Mill. DM vorgeschlagen. Konkrete Absichten, wann dies genutzt werden soll, bestanden derzeit allerdings nicht.

Als „erfreulich“ bezeichnete Klein-Gunnewyk die Geschäftsentwicklung in den ersten fünf Monaten 1986. Der Auftragseingang bewegte sich auf dem hohen Niveau des Vorjahres, und bei einer Absatzsteigerung um 3,5 Prozent habe der Gruppenumsatz um 4,5 Prozent zugenommen. So könne auch für das Gesamtjahr wieder mit einem „befriedigenden“ Ergebnis gerechnet werden. Zur möglichen Dividende meinte er lediglich, daß man sich „auch in Zukunft ordentlich verhalten“ wolle. Investiert werden sollen 1986 etwa 250 Mill. DM, davon 100 bis 120 Mill. DM in eine Wattenmaschine im Werk Mannheim und 57 Mill. DM in die Zellstofffabrik der österreichischen Tochter Hallein Papier AG.

Das Geschäftsjahr 1985 beurteilte Klein-Gunnewyk als das „beste Jahr in der Geschichte der PWA“. Das auf den ersten Blick gegenüber der Branche (plus 4,7 Prozent) bescheidene Umsatzwachstum, die rückläufige Produktion von Zellstoff/Holzschliff und die geringeren Exporte sind, fast ausschließlich auf den Verkauf der Zellstofffabrik Villach/Österreich zurückzuführen. Ansonsten wären der Umsatz um 4,5 Prozent und die Produktion um 1,3 Prozent gestiegen. Bedingt dadurch sank auch der Umsatz in der Produktgruppe Grafische Papiere um 3,1 Prozent auf unter 1,4 Mrd. DM, während er bei Hygienepapieren um 8,3 Prozent auf 553 Mill.


DM und bei Verpackungspapieren um 9,8 Prozent auf 708 Mill. DM stieg. Der größte Zuwachs ergab sich bei Technischen Spezialpapieren mit 12,9 Prozent auf 214 Mill. DM.

Die deutlich verbesserte Ertragskraft der PWA-Gruppe läßt sich, so Klein-Gunnewyk, nicht am Jahresüberschuß ablesen. Vielmehr müsse bei einem Vergleich mit dem Vorjahr dabei berücksichtigt werden, daß bei „harter Bilanzierung“ über 85 Mill. DM an steuerlichen Maßnahmen und fast 22 Mill. DM höhere Steuern verrechnet wurden. Wesentlich besser komme dies dagegen in dem Ergebnis je Aktie von 31,35 (19,85) DM zum Ausdruck. Seinen Niederschlag fand dies im Bilanzbild der Gruppe. So konnten die Finanzschulden um weitere 111 (200) Mill. DM abgebaut, die flüssigen Mittel um 123 (24) Mill. DM erhöht und die Eigenkapitalquote auf 22,8 (20,7) Prozent verbessert werden. Insgesamt sei damit ein „weiterer entscheidender Schritt in Richtung Ertragsstabilität gelungen“.

PWA-Gruppe	1985	±%
Produktion (1000 t)		
Zellstoff/Holzschliff	610	- 4,8
Papier	1 396	+ 0,5
Papierzeugnisse	565	+ 11,0
Umsatz (Mill. DM)	2 840	+ 2,4
dav. Export	1 186	- 1,7
Roberttrag	1 947	+ 3,8
Sachinvestitionen	121	+ 10,0
Abschreibungen	262	+ 44,3
Beschäftigte (31.12.)	9 577	- 1,9
Bilanzsumme	1 617	- 2,2
Grundkapital	200	unver.
Rücklagen	82	+ 8,7
Jahresüberschuß	48	- 44,4
Bilanzgewinn	28	+ 75,9
Dividende *	7,00	(4,00)

\* der AG in DM je 50-DM-Aktie

# WIR SIND NICHT NUR IN BAYERN EIN GEFRAGTER BANK-PARTNER



**Kapitalbeschaffung**  
in internationalen Dimensionen setzt eine solide Platzierungskraft und den weltweiten Operations-Radius einer Bank voraus. Sind diese Kapazitäten gefordert, ist die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale eine der ersten deutschen Adressen.

**Dank unseres finanziellen**  
Backgrounds und der Kompetenz unserer Experten-Teams genießen wir das volle Vertrauen unserer Kunden, mit denen wir gemeinsam Erfolg haben.

Wenn Sie also Ihr Finanz-Management optimieren wollen, sollten Sie sich von uns beraten lassen. Wir bieten professionelle Konzepte.

**Die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale**  
gehört zu den führenden deutschen Emissionshäusern. Mit Anschluß an alle Börsen- und Finanz-Plätze der Welt und über 5.000 Korrespondenz-Banken.

## Bayerische Landesbank Girozentrale

In München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Bonn, Frankfurt und Luxemburg. Außerdem in London, New York, Singapur (Niederlassungen), Johannesburg, Toronto, Wien (Repräsentanz).  
Sie erreichen uns auch über Btx: \* 38000 #











1550	Shel Co
170	Shelby
2200	

[illegible]

... ..

## ALLEGATIONS

## ALLEGATIONS

## AUFSPARTN

### Produktgruppen aus der

mit hohen technischen Leistungswerten

wichtigsten Industriebereichen der Zukunft  
in

**und Anlagenbau, Chemie, Ab-  
wirtsch. Kältetechnik, Wasser-**

\_\_\_\_\_

... zur automatischen Beeinflussung  
edien.

n aktiven Vertragspartnern – Niederlassungen  
er Handelsvertreter – erwarten wir in der

### **Verhältnisse und -kontakte sowie einschlägige**

ELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Es

\_\_\_\_\_

**Ernehmen des Inkassowes****mit bundesweit Vollexistenzen in Gestalt**

## ndigen Gebietsvertretu

Kreis- bzw. Großstadtebene (Gebietssch

## Kapitaleinsatz erforderlich

an: Graff GmbH, Winterbuder Weg

\_\_\_\_\_

# WELT

GESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zentralredaktion: 5200 Bonn 2, Godesberg  
Allee 44. Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50. Beizstein

Tel. (0 30) 25 31 39 31/32, Telex 1 84 505  
 Fax (0 30) 25 31 39 31/32

Dr. M.A. Schmitt:  
Tel. 040: 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2170 010, Anzeigen Tel. 040: 34 72

43061 Erben 18. im Teilbruch 100. 7

Fernkopierer (0 20 54) 8 27 39 und 8 27 39

Hudler: 3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel (05  
1 79 11, Telex 9 22 918

Telex 9 231 106

3900 Drexelhardt 1, Graf-Adolf-Platz 11, 7  
102 11) 37 31 43-44, Anzigen Tel. 102  
37 50 51, Telefon 8 567 756

8000 Frankfurt (Main) | Westendstraße  
Tel. 09 891 71 73 11. Telex 4 12 442

Anzeigen Tel. (0 69) 77 90 11-13  
 Telex 1 185 525

2000 Stuttgart 1, Rottenthiplatz 20a. T  
07 11 22 13 28, Telex 7 13 84

**Baum Vorkurs 40, Schellingstraße 29-33, T**

Адрес: г. Тбилиси, ул. Т. Шевченко, 10  
Тел.: 5 23 630







Vom Los der Donauschwaben in Jugoslawiens KZs

## Auf blutigen Spuren

Von den Ereignissen und Folgen des Zweiten Weltkrieges mit am härtesten betroffen waren die Deutschen in Jugoslawien. Mindestens 100 000 von der 500 000 großen Volksgruppe von Slowenien bis zum Banat haben Krieg, Vertreibung, Erschießungskommandos und Hungerlager der Partisanen nicht überlebt. Ein besonders grausames Schicksal erlitten die Donauschwaben, also jene Deutschen hauptsächlich aus dem Südwesten des Reiches, die nach der Verdrängung der Türken aus der pannonischen Tiefebene vor allem im 18. Jahrhundert angesiedelt wurden und eine Ödlandschaft in blühendes Kulturland verwandelten.

Die 200 000 Donauschwaben in Jugoslawien (die anderen Teile der Volksgruppe lebten in Rumänien

mit dem Buch den mindestens 70 000 in Titos Konzentrationslagern umgekommenen, von der „großen Welt“ vergessenen Donauschwaben ein Monument errichten, damit es den roten Machthabern nicht gelingt, alle blutigen Spuren ihrer Greuel taten vollkommen zu vernichten.“

Peter Gruber schreibt das „Monument“ in der einfachen, knorrigen Sprache der donauschwäbischen Landbevölkerung, die in dem Tagebuch ihr eigenes Schicksal wiedererkennen soll. Es ist ein Los, das dem Leser unter die Haut geht: So zum Beispiel die Passage über eine Mutter, die Karotte für ein Kind ins Lager einzuschmuggeln will, weil es die tägliche Maischrot-Mahlzeit nicht mehr vertrug.

Ein Partisan bemerkt das und schießt auf sie. Die älteste Tochter, die sterbende Mutter zum Friedhof fahren, wo sie durch einen zweiten Schuß getötet wird. Oder die Szene, in der über ein Arbeitslager in Panschowa berichtet wird, in dem hübsche Donauschwäbinnen den siegreichen Soldaten gefügig sein mußten. Hunderte mit Syphilis angesteckte Frauen wurden erschossen. Von seiner Heimatstadt erzählt der Autor über die Selektion der im Ort verbliebenen Männer in zwei Gruppen. Die 212 der einen Seite mußten ihre eigenen Gräber schaufeln, bevor sie getötet wurden.

Unermüdlich setzt sich der Jesuitenpater in den Nachkriegsjahren für seine verfolgten Landsleute ein: Mal überredet er einen Lagerposten, flüchtende Menschen aus einem KZ zu übersehen, mal gelingt ihm eine Erstkommunionfeier für mehrere hundert Kinder, bevor diese zumeist elterlosen Jungen und Mädchen wie 20 000 andere junge Donauschwaben auch in die staatlichen Kinderheime überführt und dort ihrem Volkstum entfremdet wurden.

Das ignominische „agere contra“ gab Peter Gruber die Kraft, selbst die schwere achtjährige Gefangenschaft zu überleben, bevor er auf Intervention von Bundeskanzler Adenauer 1950 entlassen wurde. Das bittere Los der Donauschwaben lohnt sich nachzulesen. Vor allem für die Deutschen, die im gesamten deutschen Schicksal nach 1945 unvergleichlich besser wegkamen als ihre Landsleute im Südosten Europas. HANS KRUMP

Wendelin Gruber SJ, 1914 in der Batschka geboren, hat die Passion des Gefährten, im Grunde völlig unpolitischen Bauernvolkes miterlebt. In seinem Tagebuch „In den Fängen des roten Drachen“ beschreibt er, wie er sich jahrelang in die KZs der Woiwodina wie Gakowa, Rudolfsgrad oder Molodorf eingeschlichen hat, um den gepeinigten Landsleuten zu helfen. Der Jesuit will



Ein Lebensgefühl, von Nostalgie und Sehnsucht geprägt: „Das Goldene Zeitalter“ von János Vaszary, aus der Budapest Ausstellung

„Seele und Form“: Jugendstil-Ausstellung in der Budapester Nationalgalerie

## Nach Gödöllő des Ausdrucks wegen

„L'éléphant est mort“, der nostalgische Schriftzug des Plakates und der Bucheinband, der dafür Modell gestanden hat, deuten darauf hin, daß die Ausstellung, die derzeit in der Budapester Nationalgalerie zu sehen ist, dem Jugendstil gewidmet ist. „Seele und Form“ lautet ihr Titel in der Übersetzung.

Gleich in der Eingangshalle wird das Phänomen der ungarischen Kunst um die Jahrhundertwende deutlich. Es liegt in ihrem stark ethnisch geprägten Charakter. Die Modelle der sieben Stämme, die auf dem heutigen Heldenplatz das Millenniumdenkmal mit der vom Engel Gabriel mit der Stephanskrone übertragene Säule umgeben, drücken den Stolz auf die historischen Leistungen des Magyarreiches aus. 1896 feierte man dessen tausendjähriges Bestehen in einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität, mit der ein Aufschwung der Künste einherging.

Der Eingang zum ersten Saal ist eine Replik des Eingangsbogens zum ungarischen Stand auf der Pariser Weltausstellung im Jahr 1900. Hier werden die verschiedenen Quellen und Facetten der Kunst um die Jahr-

hundertwende etwas summarisch gebündelt, die große Allegorie der Hungaria von Lajos Deak Ebner, noch ganz in der Manier des akademischen Historismus, neben einer Büste Kaiser Franz Josephs, die auf die Verbindung zu Wien in der Doppelmonarchie hinweist. Daneben hängt eines der wichtigsten Werke des ungarischen Jugendstils, „Das goldene Zeitalter“, das János Vaszary 1898 malte, eine Symbiose der Überwindung herkömmlicher Malstile und des Ausdrucks eines neuen, von Nostalgie und Sehnsüchten geprägten Lebensgefühls.

Besonders eindrucksvoll ist die der Architektur gewidmete Abteilung, denn in der Baukunst tritt der Jugendstil in Ungarn am stärksten und einheitlichsten zutage. Das zeigen besonders die vielen Modelle und Zeichnungen gebauter und nicht realisierter Häuser: der Wasserturm von Keszthely, das Hauptgebäude in Budapest von Ödön Lechner, die Pläne für das Nationaltheater in Mexiko City von Géza Maróti, die zahlreichen Entwürfe für ein Denkmal zu Ehren der Kaiserin Elisabeth. In Budapest und vor allem in Keszthely sind gan-

ze Straßenzüge in reinem Jugendstil erhalten.

Breiter Raum ist der Malerei der Jahrhundertwende eingeräumt, die ein äußerst vielfältiges und uneinheitliches Bild bietet. Da sind zunächst die vielen Darstellungen historischer Themen, teils romantisierend, teils im Stil des Akademismus. Der Jugendstil in der bildenden Kunst war in Ungarn eine eher sporadische Erscheinung. Er wurde von den magyrischen Künstlern auf Reisen nach München und später Paris adaptiert, ohne ihm eine eigene charakteristische Prägung zu geben.

1902 wurde die Künstlerkolonie von Gödöllő gegründet, deren Mitglieder nach neuen Impulsen für ihre Ausdrucksformen suchten. Sándor Nagy, einer ihrer Hauptvertreter, gelang in „Ave Myrtilis“, einer etwas pathetisch-mystischen Allegorie, doch eine künstlerische Vergeltung. Béla Iványi Grünwalds Gemälde „Im Tal“ ist von einer Jugendstil-Atmosphäre und romantisch-nostalgischem Gefühl getragen. (Bis Anfang September. Katalog, mit englischer Zusammenfassung, 200 Forint) DOROTHEE VON FLEMMING

Die Max-Planck-Gesellschaft feiert Geburtstag

## Erfahrene Enthusiasten

Neue Ideen für wissenschaftliche Pionierarbeit seien bei uns keineswegs Mangelware, meinte Heinz Staab, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, doch stehe zu befürchten, daß die Finanzminister von Bund und Ländern das Ansehen der renommierten Forschungsgemeinschaft regelrecht kaputtsparten. Angesichts der seit vierzehn Jahren anhaltenden Stagnation im Haushalt der Wissenschaftsorganisation wollte denn auch bei ihrer Jahresversammlung in Aachen keine rechte Geburtstagsgesinnung aufkommen. Dabei galt es, sowohl den 75. Gründungstag der Vorläuferin, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, als auch den 40. Geburtstag der Max-Planck-Gesellschaft selbst zu feiern.

Mehr als tausend Mitglieder und Gäste hatten sich versammelt, vor denen Staab seine überwiegend pessimistische Perspektive ausbreitete. Geradezu flehentlich appellierte er an den staatlichen Geldgeber, die Leistungsfähigkeit der „Institute“ zu sichern. Eine „einmalige Aufstockung unseres Grundniveaus“ in Höhe von 17 bis 20 Millionen Mark müsse für den Etat 1987 bewilligt werden, um das „Defizit auszugleichen, das wir über die Jahre hinter uns herschleppen“.

Seit dem Ende des explosionsartigen Ausbaus im Dezennium bis 1972 erhält die Max-Planck-Gesellschaft heute von ihren Geldgebern, dem Bund und den Ländern, die sich die Kosten teilen, jährlich Etatsteigerungen zugestanden, die unterhalb des Bedarfs liegen, was im Wissenschaftsbetrieb durch Inflation aufgezehrt wird. Staab: Wir können heute für investive Ausgaben nur noch 60 Prozent von dem verwenden, was wir Anfang der siebziger Jahre hatten.

Um die Relation des Betrages zu verdeutlichen, um den die Max-Planck-Gesellschaft als einmalige Zusatzleistung mit den Finanzministern ringt (bei unverhohlener Unterstützung durch die Wissenschaftsminister), verwies Staab darauf, daß es sich hierbei um eine Summe handle, die dem „Bruchteil eines Prozents des Haushalts des Bundesforschungsministeriums“ entspricht. Zur Zeit wird das erreichte Niveau unter anderem durch private Spenden sowie Sonderzuweisungen von Baden-Württemberg und Niedersachsen für dort jeweils im Ausbau befindliche Institute mehr schlecht als recht erhalten. In großzügiger Manier

haben die Finanzminister auch die Einstellung von fünf zusätzlichen Stellen – bei einem Gesamtbestand von rund 1800 Wissenschaftlern – für junge Nachwuchskräfte bewilligt, für die in den kommenden Jahren im Gegenzug zu la feibiger Plan die Stellen auszufüllen werden. Doch finanzielle Mittel sind hierfür genauso wenig zugestanden worden wie für das im vergangenen Jahr neugegründete Sozialwissenschaftliche Institut in Köln, das nun haushaltmäßig völlig unabhängig ist.

Zwar werden in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 50 Milliarden Mark für Forschungszwecke ausgegeben, doch die Aufstockung des mit einer Milliarde Mark ohnehin in Relation zu seiner Leistungsfähigkeit kleinen Etats der Max-Planck-Gesellschaft um bis zu 20 Millionen Mark ist noch nicht gesichert. Bedroht von der Sparsamkeit sind zwei Felder:

1. Der Ausbau von Forschungsschwerpunkten wie dem Freiburger Institut für Immun-Biologie um Medizin-Nobelpreisträger Georges Köhler herum und der Stuttgarter Festkörperforschung um dessen Nobelpreis-Kollegen Klaus von Klitzing. Auch die zweite Ausbaustufe der für weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit wichtigen Polymerforschung in Mainz gerät ins Stocken.

2. Der hochbegabte wissenschaftliche Nachwuchs hat für die kommenden zehn Jahre praktisch keine Chance, in der Grundlagenforschung beschäftigt zu werden. Auf diese Weise steigt gleichzeitig der Altersdurchschnitt der Stelleninhaber immer weiter an. Die „Verweildauer“ in der Max-Planck-Gesellschaft ist inzwischen von sechs Jahren auf durchschnittlich zehn Jahre, das Durchschnittsalter der dortigen Wissenschaftler auf 45 Jahre angestiegen. Aber, so mahnt Staab, „die Wissenschaft lebt vom Kontakt zwischen jungen Enthusiasten und älteren Erfahrenen“.

Manfred Eigen, Direktor am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen, gelang es schließlich innerhalb der Aachener Versammlung ein wenig von den harten Tagesproblemen wegzuführen. In brillanter, teilweise anekdotischer Form setzte er sich in seinem Festvortrag mit der Frage auseinander: „Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Grundlagenforschung?“ PETER PHILIPPS

Vierteiler über eine kurze US-Präsidentschaft – bis zu den Schüssen in Dallas

## Den frischen Fahrtwind genießen

Als am 28. Januar der „Challenger“-Schock die Nation lähmte, riß die Trauer bei vielen Amerikanern alte Wunden auf. „Das letzte Mal, daß ich einen solchen Schock spürte“, sagten sie, „war bei der Ermordung von John F. Kennedy.“

Der Vergleich war enthieltend. Er verriet, daß dieser Mann, seit 23 Jahren tot, zuerst und vor allem zum Maßstab nationaler Katastrophen geworden ist. Die Tragik und die Hinterhältigkeit seines Todes überdauern immer noch die Erinnerungen an sein Leben, an sein politisches Werk. Die Kennedy-Ära hatte kaum Chancen, zu einem historischen und politischen Kategorie-Begriff zu werden. Sie war zu kurz, zu turbulent, gedanklich zu zerissen.

Häufig blieben Episoden wie die Kubakrise, das fatale Abenteuer in der Schweinebucht, die Wiener Begegnung mit Chruschtschow, die Berlin-Rede. Kennedy war politisch weniger effektiv als beispielsweise Harry Truman, dennoch ist er für alle Amerikaner der meistverehrteste Präsident seit dem Kriege. Und wenn die Jugend nach ihren Helden befragt wird – John F. Kennedy, der erste in diesem Jahrhundert geborene Präsident dieses Jahrhunderts, ist neben Martin Luther King und Abraham Lincoln stets dabei – sie alle starben eines gewaltsamen Todes.

Die Verehrung hat alle Parteigrenzen überschritten. Es fällt auf, daß Ronald Reagan häufiger als zuvor seine Reden mit Zitaten des Demokraten Kennedy schmückt.

Er hat sich mit wachsender Intensität mit dem Denken Kennedys beschäftigt und beschreibt die Philosophie dieses Mannes kürzlich in einer Rede mit diesen Sätzen: „Kennedy

Kennedy (1) – ARD, 25 Uhr

hatte schon früh erkannt, daß das Leben ein sehr schnell fahrender Zug ist, auf den man aufspringen, den Hut festhalten und den frischen Fahrtwind genießen muß, der ins Gesicht bläst. Man muß Vergnügen und Spaß an dieser Reise haben. Es wäre undankbar, es nicht zu tun. Ich glaube, so hat dieses Land John F. Kennedy in Erinnerung.“

Das Erbe, das er seiner Familie hinterließ, war problematischer. Die Ereignisse in der Dynastie der Kennedys seit dem Tode sind ein Drama verzweifelter Epigonen, die mit dem Anspruch des John F. Kennedy nicht fertig wurden. Dies ist eine tragische Familie der Geschichteten geworden.

Edward Kennedy, der jüngste der Kennedy-Brüder, beschrieb diese Belastung nach seinem Chappaquiddick-Unfall, als er sein Schicksal mit dem seiner Brüder John und Robert verglich: „Beide werden im Laufe der Zeit nur noch jünger und ihre Taten heldenhafter. Wir, die Kennedy-Überlebenden, sind zur Normalität verurteilt.“

Sollte es zutreffen, so haben viele Nachfahren dieses Clans dieses Urteil nicht akzeptiert. 29 Mitglieder hat die dritte Kennedy-Generation. Sie sind heute zwischen 13 und 35 Jahre alt. Kaum einer von ihnen hatte eine leichte oder problemlose Jugend. 17 dieser jungen Leute wuchsen für den größten Teil ihrer Jugend ohne die helfenden Hände ihrer Väter auf. 13 von ihnen verloren ihre Väter durch politischen Mord, vier durch Scheidung. Sie sind eine Dynastie der zerbrochenen Ehen und der entgleiten Illusionen geworden. Viele flüchteten in den Alkohol, einige suchten Zuflucht zum Rauschgift. David Kennedy, der sich damit tötete, hinterließ diesen Satz: „Amerika braucht eine Pause von den Kennedys, und die Kennedys von Amerika.“

Seinen Vater Robert und seinen Onkel John hätte dieser Satz ungutlich gemacht. Er verstieß gegen einen Lehrsatz, den der Patriarch der Familie, Joseph Kennedy, seinen Kindern eingebläutete: „Die Kennedys sind zu großen Dingen ausersehen.“ FRITZ WIRTH



Kennedy (Martin Sheen) und seine Helferin sind im Wahlkampf 1960 zueversichtlich FOTO: DEFO

## Der Bottroper Nachbar mit Klarinette

Theodor Jörgensmann, Jazzmusiker – so steht es im Bottroper Telefonbuch. Für die Nachbarn ist er „der Mann mit der Klarinette“, unter Fachleuten gilt er als einer der besten Jazz-Klarinetten der Welt. Wie lebt und arbeitet ein Jazzmusiker? Christoph Hübner, Dokumentarfilmer aus Witten (seit April als erster deutscher „Stadtfilmer“ in Unna tätig), hat Theo Jörgensmann im Rahmen seines Zyklus „Menschen im Ruhrgebiet“ mit der Kamera begleitet.

Er ist gelernter Chemielaborant, seit 1980 lebt er ausschließlich von der Musik.

Hier arbeitet der Musiker, übt jeden Tag wie besessen, spielt von Klassik über Tanzmusik bis Free Jazz alles. „Üben ist unheimlich wichtig“, meint er, „handwerklich gut zu sein,

Theo Jörgensmann, Klarinette – West III, 21.45 Uhr

genügt heute nicht mehr. Man muß originell, ja man muß ein Original sein!“, sagt Jörgensmann, dem Heinrich Böll Vorbild ist. „Als Musiker eine moralische Instanz wie Böll zu sein, ist mein Ziel!“. Deshalb entzieht er sich dem Geschäftedenken vieler Kollegen, um seine musikalischen

Ziele zu verfolgen. Doch Hübners Film zeigt den Bottroper nicht nur im Gespräch, sondern auch an seinem Arbeitsplatz, der Bühne; zeigt auch ruhige Bilder vom Revier, von Zechenschloten und dem nächtlichen Lichtermeer der Industrie-Anlagen.

So einfühlsam zeichnet er einen Solo-Auftritt auf, daß diese Sequenz auf der Oberhausener Kurzfilmtage, wo der Film außerhalb des offiziellen Programms lief, mit spontanem Applaus bedacht wurde.

Hübner dokumentiert die Verbindung zwischen dem Klarinettenisten und dem Ruhrgebiet; zeigt auf, wie sehr Landschaft und Musik einander bedingen, wie ein Musiker schöpferisch mit den Einflüssen seiner Region umgeht. S.T./DW

## Gerhard Baur: Erfolgreichster Bergfilmer

Die Achttausender des Himalaya und die Nordwände der Alpen sind Gerhard Baur Arbeitsstätten. Der Allgäuer (38) ist einer der besten, mit Sicherheit der erfolgreichste Bergfilmer der Welt. Vor ein paar Jahren gewann er beim Bergfilm-Festival von Trient einen Goldenen Enzian, 1985 und 1986 einen Silbernen.

Leider sind Baur's Filme nur einer Minderheit bekannt. Er produziert sie im Auftrag des BR, gezeigt werden sie meist nur im bayerischen Regionalprogramm. Ein BR-Sprecher: „Viele wurden den üblichen ARD-Sendern angeboten, doch nur selten ins Programm genommen. Die Begründung lautete stets, das Publikum habe dafür zu wenig Interesse.“ Beim Alpenverein ist man darüber unzufrieden. „Bergfreunde gibt es überall“, sagte ein DAV-Sprecher. „Mindestens die Hälfte unserer 460 000 Mitglieder gehört nicht-bayerischen Ortsvereinen an.“

Baur gewann seinen diesjährigen Enzian mit einem Film über die Erststurmung der Nordwand der Grand Jorasses in den Westalpen. „Wir filmten mit einem kleinen Team“, erinnert er sich, „im Sommer, zwei Monate lang. Unter dem Eis floß Wasser, dieses riß Steine mit. Deshalb filmten wir die Szenen im Schnee mitten im Winter nach. Da waren die Steine festgefroren – bei minus 20 Grad.“

Baur schreibt seine Drehbücher selbst, ist Kameramann und Regisseur. Mit seinem Vater zog er als Junge in die Berge, als Halbwüchsiger machte er gewagte Klettertouren in den Dolomiten. 1970 gehörte Baur der Herrliker-Expedition zum Nanga Parbat an. Er erreichte mit Reinhold Messner und dessen Bruder Günther das Lager vor dem Gipfel, sah aber letzteren lebend nicht wieder. Günther kam beim Abstieg ums Leben.

1975 war Baur beim Sturm einer Expedition auf den 8598 Meter hohen Kangchendzönga dabei. Sein Filmdokument über den Gipfelstieg wurde 1976 preisgekrönt. 1982 wagte sich Baur an die berühmte Eiger-Nordwand. In der fast 2000 Meter hohen Wand entstand eine atemberaubende Dokumentation über den Versuch der Erstbesteigung 1938, der mit dem Tod der Bergsteiger endete.

Baur's beruflicher Weg war schwierig: Maschinenschlosserlehre, zweiter Bildungsweg, Abitur, Berufsschullehrer-Studium. In den Semesterferien bekam ich als Träger von Bergfilmemern erstmals Kontakt zum heutigen Metier“, erzählt der mit einer Bergsteigerin verheiratete Vater von drei Kindern. „Der Packesel nutzte die gebotene Chance.“ WALTER H. RUEB

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info  
10.00 Tagesschau  
10.25 Die Montagsmacher  
11.10 Manfred Krug: Krumme Touren

11.55 Unschers  
12.10 ZDF Magazin  
12.15 Pressemagazin  
12.30 Tagesschau

6.00 Fußball zum Frühstück  
bis 9.00 Uhr  
7.15 Fußball-WM  
10.20 Tagesschau  
10.50 Tiere vor der Kamera  
Der Sommer der Entführung  
Von E. Arendt und H. Schweiger  
14.15 Tom Sawyer und Huck Finn  
16.40 Fußballspiele  
12. Sturmspitzen  
17.15 Fußball-WM  
17.45 Tagesschau  
dazw. Regionalprogramme  
20.00 Tagesschau  
20.15 Video – Das Fernseh-Hearing  
Mit Bundesforschungsminister  
Heinz Riesenhuber

21.00 Der 7. Stern  
21.05 Bundesrat des Clowns  
Festlicher Abend anlässlich der  
Preisverleihung des Prix Jeunesse  
International 1986 in München  
Mit Beto Kollo, den Clowns Ferru-  
co Cainero (Italien), Colomaldi  
(Italien), David (USA), Gardi Hut-  
ter (Schweiz), Natural Theatre  
Company (England), Sechazfin-  
der (Deutschland)  
Präsentator: Ron Williams

22.30 Tagesschau  
23.00 Kennedy (1)  
Engl. Fernsehfilm in vier Teilen  
Präsident Kennedy entstammte  
einer berühmten Familie. Im Mit-  
telpunkt des Filmes stehen nicht  
nur seine drei Präsidentschafts-  
jahre, sondern auch der Clan, Jack-  
ie und seine Kinder.  
Die Fortsetzungen zu den näch-  
sten drei Donnerstagen um 23 Uhr

0.15 Tagesschau  
2.30 Nachtgedanken

14.00 heute  
14.04 Heute feiern mit ausländischen  
Mitbürgern  
In einer türkischen Familie  
Anschließend heute-Schlagzeilen  
14.55 Der Stein des Maraca Polo  
17.00 heute / Aus den Ländern  
17.15 Tele-Historie  
17.45 Der neueste Panther  
Anschließend heute-Schlagzeilen

18.20 Wunderyahre  
Madonna auf Abwegen  
19.00 heute  
19.30 Fußball-WM-Studio  
19.50 Algerien – Spanien  
Live aus Montevideo, Gruppe D  
Reporter: Günter-Peter Ploog  
In der Halbzeit: heute-journal  
anschließend, ca. 21.50:  
Nordland – Brasilien  
Aufzeichnung aus Guadalajara,  
Gruppe D  
Rapport: Rolf Kramer

22.50 Filmforum  
Filmstadt München  
Jedes Jahr im Januar trifft sich in  
München Filmprominenz zu zwei  
Filmabenden. Dazwischen liegen die  
Verleihung des Bayerischen Film-  
preises im prächtigen Cavaliere-  
Theater, der Empfang des bayeri-  
schen Ministerpräsidenten für die  
Vertreter der bayerischen Film-  
wirtschaft und das CSU-Filmge-  
spräch.

25.15 Ze lemmen die Zeiten ...  
Britische Filmstudenten präsentie-  
ren Komödien: Mind Your Own Bu-  
siness. Liebe Mutter. Benidorm '64.  
One For My Baby  
Originale mit Untertiteln  
6.45 heute







Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_